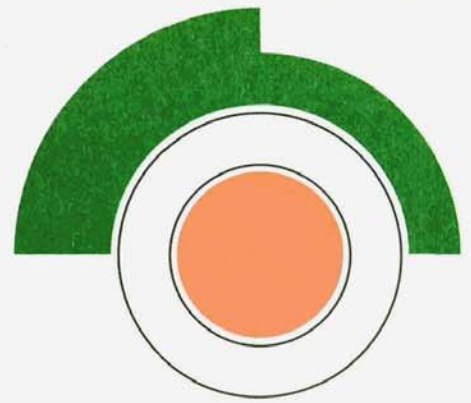


# Nordrhein-Westfalen Landtag intern 13



Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen, 29. Jahrgang, 12. Wahlperiode, 8.9.1998

## WORT UND WIDERWORT

### Kann ein Industrieland auf eigene Energieproduktion verzichten?

Nordrhein-Westfalen sei als Industrie- und Dienstleistungsland erster Güte langfristig auf eine zukunftsichere, preiswerte Energieversorgung angewiesen. Deshalb lege man größten Wert auf eine eigene Energieversorgung aus Braunkohle zu 26 Prozent, Steinkohle zu 27 Prozent und regenerativen Energien zu fünf Prozent Anteilen an der Stromversorgung. Der Energiesektor habe hohe Bedeutung für Wertschöpfung und Arbeitsplätze in NRW. Das gebe man nicht ohne Not aus der Hand. Das erklärt der SPD-Abgeordnete **Werner Bischoff**. Der CDU-Abgeordnete **Laurenz Meyer** betont, auch vor dem Hintergrund der zurückgehenden Förderung von Steinkohle habe die Braunkohle eine Schlüsselstellung für eine sichere und preiswerte Energieproduktion in NRW. Im Gegensatz zur Steinkohle — aber auch zur Windkraft und zur Solarenergie — komme die Braunkohle ohne Subventionen aus. Der Braunkohlentagebau Garzweiler II stehe für diese sichere und preiswerte Energieproduktion in NRW bis in die Mitte des kommenden Jahrhunderts. Der GRÜNE-Abgeordnete **Gerd Mai** bekräftigt, NRW werde nicht auf eine eigene Energieproduktion vor Ort verzichten. Bei von der Politik richtig gesetzten Rahmenbedingungen werde mit fortschreitender Liberalisierung der Energiemärkte die ökologisch sinnvolle Art der Energieerzeugung, die Kraft-Wärme-Kopplung auch wirtschaftlich lukrativ. Eine hocheffiziente und dezentrale Energieproduktion erfolge vor Ort und bedeute mehr Arbeitsplätze und mehr Wertschöpfung. (Seite 2)

### CDU-Antrag: Länderfinanzausgleich neu regeln Koalition will Wahlen abwarten

Die CDU-Fraktion hat sich für eine umfassende neue Finanzstruktur zwischen Bund und Ländern eingesetzt. Die Koalition von SPD und GRÜNEN wollte indessen trotz „Berührungspunkten“ einem entsprechenden Antrag der Opposition zum gegenwärtigen Zeitpunkt vor der Bundestagswahl nicht zustimmen.

Bei einer Sitzung des Hauptausschusses unter Leitung seines stellvertretenden Vorsitzenden Lothar Hegemann (CDU) erklärte Oppositionssprecherin Ruth Hieronymi, ihre Fraktion habe diesen Antrag eingebracht, weil man, und das sei einvernehmlich, gerade in einem stärker werdenden, vereinten Europa auch einen starken und leistungsfähigen Föderalismus in der Bundesrepublik für unverzichtbar halte. Und da sei der geltende Länderfinanzausgleich eindeutig ausweislich aller Zahlen mit einer Struktur belastet, die sich mittlerweile extrem leistungsfördernd auswirke und damit den Föderalismus nicht stärke, sondern schwäche. „Nordrhein-Westfalen ist von dieser Entwicklung eines der hauptbetroffenen Länder“, sagte die Abgeordnete. Sie fuhr fort: „Sie wissen, wir stehen auf Platz sechs in

dem Finanzausgleich und verlassen ihn auf Platz 14 aller Bundesländer.“ Ruth Hieronymi erläuterte, das heiße, wäre man ein weniger leistungsfähiges Land, ginge es einem aufgrund dieses Länderfinanzausgleiches (Fortsetzung Seite 10)

## Die Woche im Landtag

### Haushalt 1999

Finanzminister und Innenminister haben gemeinsam das Haushaltsgesetz 1999 sowie das Gemeindefinanzierungsgesetz eingebracht. (Seite 3)

### Forensik

Ex-Gesundheitsminister Franz Müntefering (SPD) hat u.a. ein fehlendes Therapiekonzept für die Schwierigkeiten im Maßregelvollzug verantwortlich gemacht. (Seite 7)

### Standort

Ministerpräsident Wolfgang Clement (SPD) hat im Hauptausschuß davor gewarnt, die Affäre um HDO könne dem Standort NRW schaden. (Seite 8)

### Offene Tür

Annähernd 50 000 interessierte Bürgerinnen und Bürger haben am „Tag der offenen Tür“ den Landtag besucht. (Seite 19)

### Nölting

Erik Nölting, erster Wirtschaftsminister des Landes, war ein Gegner der Demontage. Der Politiker starb vor 45 Jahren. (Seite 21)

### Chlorchemie

„PVC in NRW“ hat die CDU-Fraktion ihre Große Anfrage 11 überschrieben. In ihrer Antwort setzt sich die Landesregierung mit der Chlorchemie auseinander. (Seite 23)



Atempause für Sisyphus

Zeichnung: Nik Ebert (Rheinische Post)



## WORT UND WIDERWORT

### In NRW wird auch künftig der meiste Strom erzeugt

Von  
Werner Bischoff

Nordrhein-Westfalen ist als Industrie- und Dienstleistungsland erster Güte langfristig auf eine zukunftssichere, preiswerte Energieversorgung angewiesen. Deshalb legen wir größten Wert auf eine eigene Energieversorgung aus Braunkohle (Anteil: 26 Prozent an der Stromversorgung), Steinkohle (27 Prozent) und regenerativen Energien (fünf Prozent). In NRW werden rund 85 Prozent der deutschen Steinkohle gefördert. Mehr als 50 Prozent der deutschen Braunkohle werden im rheinischen Revier erbracht. Die deutsche Bruttostromerzeugung findet zu einem Drittel bei uns statt. NRW verbraucht selber ca. 30 Prozent der gesamten, in Deutschland benötigten Energie. Damit wird deutlich, welche hohe Bedeutung der Energiesektor für Wertschöpfung und Arbeitsplätze in NRW hat. Das gibt man nicht ohne Not aus der Hand, weil es volkswirtschaftlich kontraproduktiv wäre.

Deutschland führt bereits jetzt ca. 70 Prozent seiner Energie aus dem Ausland ein. Die Importabhängigkeit kann aus grundsätzlichen Erwägungen heraus nicht weiter gesteigert werden. Heimische Energieträger sind sicherer als Importenergie. Auch wenn wir ein Außenhandelsland sind, muß die bestehende

#### SPD: Wertschöpfung und Arbeitsplätze im Energiesektor als Standortfaktor

Abhängigkeit in der Energieversorgung, auf ohnehin hohem Niveau, begrenzt werden. Dies muß geschehen, um Preis- und Mengenrisiken zu begegnen, und, um Risikovorsorge zu betreiben.

Die Risiken liegen auf der Hand: Beim Mineralöl sind wir zu 100 Prozent importabhängig. Das Mineralöl bleibt in Zukunft der wichtigste Energieträger in Deutschland. Beim Erdgas (acht Prozent an der Stromversorgung) nimmt unsere Importabhängigkeit von Jahr zu Jahr zu. Sie liegt aktuell bei 80 Prozent. Die Abhängigkeit von russischem Gas wird in der nahen Zukunft weiter steigen. Insbesondere im Wärmemarkt wird eine deutliche Zunahme des Erdgases von heute 14 Millionen auf 19 Millionen Wohnungen im Jahr 2010 erwartet.

Die Kernenergie, die heute einen Anteil von 29 Prozent an der Stromversorgung hat, leistet einen wichtigen Beitrag für die Grundlast – politisch bleibt sie umstritten.

Der Weltenergiebedarf steigt auf absehbare Zeit mit der Entwicklung der Weltwirtschaft. Die Konkurrenz um die knappen Energien wird weltweit zunehmen.

Auch die „Verheißung“, durch die Liberalisierung des europäischen Elektrizitätsmarktes gebe es preiswerte Importenergie, ist kritisch zu betrachten. Französische Kernenergie, Importsteinkohle, Strom aus skandinavischer Wasserkraft – sie stehen begrenzt bzw. gar nicht in ausreichendem Maße zur Verfügung, so daß wir unsere heimische Energieversorgung nicht leichtfertig herunterfahren dürfen. Import von Energie ist außerdem keine Einbahnstraße. Der Stromexport aus deutscher Erzeugung wird zukünftig selbstverständlich auch zunehmen.

Von  
Laurenz Meyer

Gerade vor dem Hintergrund internationaler Krisen, z. B. in Rußland und Nahost, ist es für die wirtschaftliche Entwicklung sowie den Erhalt und die Schaffung von Arbeitsplätzen in Nordrhein-Westfalen und der Bundesrepublik wichtig, so weit wie möglich unabhängig von krisenhaften Entwicklungen zu sein.

Nordrhein-Westfalen ist Energieerzeugerland Nr. 1 in Deutschland. In NRW wird jede dritte Kilowattstunde Strom der Bundesrepublik erzeugt. In unserem Bundesland werden 85 Prozent der deutschen Steinkohle und 50 Prozent der Braunkohle gefördert. Die wichtigsten Energieversorgungsunternehmen haben in NRW ihren Sitz: RWE, VEW, Veba, Ruhrkohle, Ruhrgas, Rheinbraun, Aral. Auf der Verbraucherseite ist die preiswerte und sichere Energieversorgung, gerade für die energieintensiven Branchen, von großer Bedeutung, die in NRW traditionell stark vertreten sind: Chemie, Bergbau, Eisenverarbeitende Industrie. Hier geht es um den Erhalt von Hunderttausenden von

#### CDU: Energie gibt Sicherheit

Arbeitsplätzen. Alleine in der Energiewirtschaft sind unmittelbar rund 180 000 Menschen beschäftigt.

Die CDU bekennt sich nach wie vor zum zukunftsgerichteten Energiemix von Braun- und Steinkohle, Erdgas, Erdöl, Kernenergie und regenerativen Energien im Verbund mit einer rationellen Energieverwendung und verstärktem Energiesparen. Dabei ist klar, daß der Anteil der regenerativen Energien mittelfristig nicht über 10% steigen wird. Stromerzeugung aus Kernenergie gibt es zwar in Nordrhein-Westfalen nicht mehr, aber Nordrhein-Westfalen importiert Strom aus Kernkraftwerken in Niedersachsen und anderen Bundesländern. Auch vor dem Hintergrund der zurückgehenden Förderung von Steinkohle hat die Braunkohle eine Schlüsselstellung für eine sichere und preiswerte Energieproduktion in NRW. Im Gegensatz zur Steinkohle – aber auch zur Windkraft und zur Solarenergie – kommt die Braunkohle ohne Subventionen aus. Der zwischen Rot-Grün heftig umstrittene Braunkohlentagebau Garzweiler II steht für diese sichere und preiswerte Energieproduktion in NRW bis in die Mitte des kommenden Jahrhunderts. Der Erhalt und die Schaffung von 50 000 Arbeitsplätzen hängen von dem Projekt ab. Letztlich entscheidet sich an der Frage „Garzweiler II – ja oder nein?“, ob Nordrhein-Westfalen ein verlässlicher Partner für Industrieunternehmen ist und damit auch in Zukunft ein geeigneter Industriestandort ist.

Von  
Gerd Mai

Nordrhein-Westfalen ist das Energieland Nr. 1 der Bundesrepublik und will es bleiben. Es wird nicht auf eine eigene Energieproduktion vor Ort verzichten. Im Gegenteil: mit der Ruhrkohle, der Ruhrgas, mit RWE und VEW haben die größten Energieunternehmen ihren Sitz in unserem Bundesland. Darneben erbringt eine Vielzahl von Stadtwerken umfassende Energiedienstleistungen für die Kunden in ihren Gemeinden. Gleichzeitig ist das rot-grün regierte NRW unter den Binnenländern zum Spitzenreiter in der Erzeugung CO<sub>2</sub>-freien Stroms aus Windkraft geworden. Im Ruhrgebiet entstehen Europas leistungsfähigste Solarfabrik sowie das größte Solarzellendach. Am wichtigsten jedoch sind die umfassenden Aktivitäten im Land zur rationalen Energieerzeugung und -nutzung. Denn jede eingesparte Kilowattstunde Energie, jedes neue Solardach, jede zusätzliche Wind- und Wasserkraftanlage, jedes Biomassekraftwerk erhöht die Sicherheit und Unabhängigkeit unserer Energieversorgung. Während Gas sowie Stein- und Braunkohle als fossile Energieträger begrenzte Ressourcen darstellen, sind Solar-, Wind-, Wasser- und Biomasseenergien unerschöpflich, weil erneuerbar. Für BÜNDNIS 90/

#### GRÜNE: NRW bleibt Energieland Nr. 1

DIE GRÜNEN ist deshalb klar: ihnen und den Maßnahmen der verbesserten Energieeffizienz gehört die Zukunft!

In den nächsten Jahrzehnten wird die Energieerzeugung aus fossilen heimischen Energieträgern noch eine bedeutsame Rolle spielen. Aus Klimaschutzgründen müssen jedoch die Treibhausgas-Emissionen und damit zwangsläufig auch die Kohleverstromungsmengen deutlich zurückgeführt werden, dazu hat sich die Bundesregierung verpflichtet. Daß und wie dies ohne ein Festhalten an der lebensgefährlichen Atomenergienutzung möglich ist, hat die Klimaschutz-Enquete-Kommission des Bundestages dargelegt.

Gleichzeitig wird es in Europa neben der gemeinsamen neuen Währung jetzt auch einen gemeinsamen europäischen Energiebinnenmarkt geben, der die Energieversorgung in Europa sicherer machen wird, und den alle Parteien begrüßt haben. Wichtig für die GRÜNEN ist, daß mit der Umsetzung in einem neuen Energiewirtschaftsgesetz die bisherigen Energieerzeugungsmonopole endlich zu markt- und wettbewerbsorientierten Dienstleistungsunternehmen werden. Bei von der Politik richtig gesetzten Rahmenbedingungen wird mit fortschreitender Liberalisierung der Energiemärkte die ökologisch sinnvolle Art der Energieerzeugung, die Kraft-Wärme-Kopplung, auch wirtschaftlich lukrativ. Ökologische Energieerzeugung und -dienstleistung findet eben nicht in großen, zentraler Kohle- und Atomkraftwerken mit ihren relativ geringen Wirkungsgraden statt. Eine hocheffiziente und dezentrale Energieproduktion erfolgt vor Ort, und das bedeutet auch mehr Arbeitsplätze und mehr Wertschöpfung vor Ort!

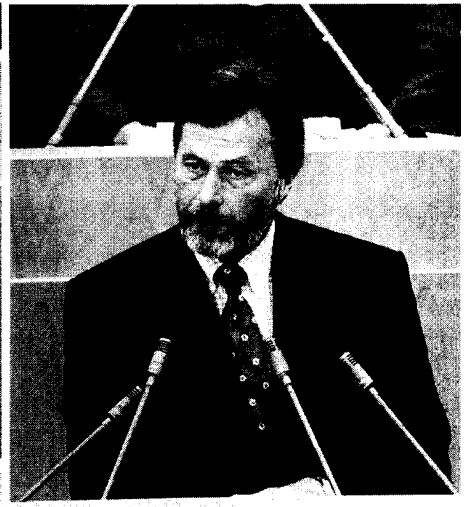
## Finanzminister: Massenarbeitslosigkeit muß wirksam bekämpft werden

### Personalkosten größter Block im Haushalt 99

Finanzminister Heinz Schluëßer (SPD) hat am 2. September das Haushaltsgesetz 1999, das Haushaltssicherungsgesetz 1999 sowie die Mittelfristige Finanzplanung des Landes NRW für die Jahre 1998 bis 2002 in den Landtag eingebracht. Gleichzeitig legte Innen- und Justizminister Dr. Fritz Behrens (SPD) das Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes an Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 1999 vor. Der Haushalt sieht Ausgaben in Höhe von rund 91,2 Milliarden Mark vor, knapp zwei Prozent mehr als 1998. Um den Zuwachs zu begrenzen, fügte der Finanzminister erstmals seit 17 Jahren den Entwurf eines Haushaltssicherungsgesetzes bei. Größter Ausgabenblock im Haushaltsentwurf sind die Personalkosten mit knapp 36,5 Milliarden Mark. Für Investitionen sind 9,5 Milliarden Mark vorgesehen, 0,7 Prozent weniger als im laufenden Jahr (Drs. 12/3300/3301 und 3302).

Finanzminister Heinz Schluëßer (SPD) bekräftigte, man setze mit dem Haushaltsentwurf und der mittelfristigen Finanzplanung den Konsolidierungskurs konsequent fort. Angesichts der bundesweiten Krise der öffentlichen Finanzen sei die Lage auch in NRW weiterhin ausgesprochen schwierig. Ob sich das konjunkturelle Klima nachhaltig bessere und halte, hänge entscheidend von zwei Faktoren ab: erstens von der Entwicklung auf den Exportmärkten, zweitens von der Binnennachfrage. „Wir brauchen spürbare Wachstumsimpulse mit entsprechenden Beschäftigungseffekten“, betonte der Minister. Für die Bundesrepublik gelte immer noch: Das Wirtschaftswachstum koppele sich weiter von der Beschäftigung ab. „Das größte gesellschaftliche Problem ist und bleibt die hohe Arbeitslosigkeit“, sagte Schluëßer. Über vier Millionen Menschen ohne Arbeit, das sei eine schwere Erblast. Er folgerte, man brauche in der Bundesrepublik eine Politik, die die Lösung dieser Probleme vorantreibe, die auf Solidarität und soziale Verantwortung setze. Es gelte, die Massenarbeitslosigkeit wirksam zu bekämpfen und die Krise der öffentlichen Finanzen und die sich daraus ergebende Handlungsunfähigkeit des Staates abzuwenden.

Zu erneuten Einnahmever schlechterungen sagte der Minister, auch NRW habe darunter zu leiden. Man habe gegenüber den Planungen des letzten Jahres erneut die Steueransätze deutlich nach unten korrigieren müssen. Der Ansatz für 1998 sei bekanntlich mit der Ergänzungsvorlage 1997 um 1,75 Milliarden Mark zurückgenommen worden. Für 1999 habe man die Einnahmeerwartungen um 2,1 Milliarden Mark reduzieren müssen. „Für das Jahr 2001 werden wir einen Korrekturbedarf von 4,2 Milliarden Mark haben.“ Nicht nur die Ansätze für die großen Gemeinschaftssteuern blieben hinter den Erwartungen zurück, sondern auch einige Landessteuern. Die vom Jahressteuergesetz 1997 erwarteten zusätzlichen Ein-



Brachten den Haushalt 1999 und das Gemeindefinanzierungsgesetz ein: v. l. Finanzminister Heinz Schluëßer und Innenminister Dr. Fritz Behrens (beide SPD).  
Fotos: Schälte

nahmen bei der Grunderwerbssteuer und der Erbschaftssteuer reichten nicht aus, um die Ausfälle durch die Abschaffung der Vermögenssteuer zu kompensieren. „Die Entwicklung der Steuereinnahmen und die ständig erforderlichen Korrekturen der Schätzungen machen eines deutlich: Wir brauchen wieder mehr Verlässlichkeit und mehr Planungssicherheit.“ Steuerliche Sonderregelungen, Vergünstigungen, die zur Vermeidung von Steuern führten, müßten konsequent beseitigt und die Steuerhinterziehung müsse entschieden bekämpft werden, unterstrich der Minister. „Eine umfassende, eine gerechte und solide finanzierte Steuerreform ist überfällig.“ Das Steuerreformgesetz 1999 der Bundesregierung habe scheitern müssen, weil es unsolide finanziert gewesen sei.

Zu den Ausgaben für den Aufbau der neuen Länder sagte Schluëßer, die Hoffnung, ihre Einbeziehung in den Finanzausgleich würde zu einer spürbaren Reduzierung des Finanztransfers führen, habe sich nicht erfüllt. Man rechne beim Länderfinanzausgleich für NRW im Haushaltsjahr 1999 mit einer Zahlungsverpflichtung von rund 3,3 Milliarden Mark. Der Beitrag des Landes zum Fonds Deutsche Einheit belaufe sich auf 1,65 Milliarden Mark.

Zur Diskussion über den Länderfinanzausgleich meinte der Minister, sie sei von Beginn an belastet durch die Drohung von Bayern und Baden-Württemberg, nach Karlsruhe vor das Bundesverfassungsgericht zu gehen. Es gebe eindeutig Handlungsbedarf. „Nur: Wir müssen miteinander reden, Argumente austauschen.“

Zum Vorschlag des Bundesfinanzministers für ein Trennsystem bei den Steuererträgen, wonach die Umsatzsteuer allein dem Bund, die Einkommen- und Körperschaftssteuer allein den Ländern zustünden, sagte Schluëßer, dieser Vorschlag sei zu Recht von Länderseite zurückgewiesen worden, weil der Bund für sich die relativ stabile Umsatzsteuer erhalten wolle. Alle wüßten zudem, in welche Richtung die Harmonisierungsbestrebungen auf EU-Ebene liefen. „Wir wissen auch; der amtierende Bundesfinanzminister hat eine weitere Mehrwertsteuererhöhung im Gepäck, und zwar zur Finanzierung seiner Einkommenssteuerreform.“ Nach den Waigelschen Vorschlägen

für ein Trennsystem würden 45 Milliarden Mark Steuerausfälle ausschließlich Länder und Kommunen treffen. Der Bund allein hätte das Plus von 15 oder 16 Milliarden Mark durch die Erhöhung der Mehrwertsteuer.

Zum Haushalt des Landes führte Schluëßer aus, die Steuereinnahmen würden im kommenden Jahr im Vergleich zum Vorjahr um gut 2,8 Milliarden Mark steigen. Gleichzeitig stünden ihnen jedoch unvermeidbare Haushaltsbelastungen von 3,6 Milliarden Mark gegenüber. Im Haushaltsplanentwurf 1999 stiegen die bereinigten Gesamtausgaben um 1,9 Milliarden Mark. „Mit dieser Steigerungsrate bleiben wir deutlich unter den Vorgaben des Finanzplanungsrates.“ Man habe sich für deutliche Sparmaßnahmen entschieden. Die disponiblen Ausgaben aller Ressorts seien gegenüber den Ansätzen von 1998 um 300 Millionen Mark gekürzt worden. Allerdings reiche diese Kürzung nicht aus. Als Konsequenz müsse ein Haushaltssicherungsgesetz in die gebundenen Ausgaben eingreifen: Im Personalbereich würden 363 Millionen Mark eingespart. Der Beitrag der Städte und Gemeinden durch Befrachtung des Gemeindefinanzierungsgesetzes liege bei 325 Millionen Mark. Das Haushaltssicherungsgesetz sehe Einschnitte in Leistungsgesetzen im Umfang einer Einsparsumme von 110 Millionen Mark vor. Mit der beabsichtigten Änderung des Landesbesoldungsgesetzes werde die Ministerialzulage abgebaut. Durch die Verlagerung der Bundesministerien nach Berlin werde sich für NRW in Zukunft die Konkurrenzsituation mit der Bundesregierung bei der Gewinnung leistungsstarken Personals entschärfen, gab der Minister zur Begründung an.

Schluëßer beklagte den hohen Schuldenstand des Landes. Ein Vergleich der Eckdaten von Land und Kommunen auf der Basis anerkannter finanzwirtschaftlicher Indikatoren- der Finanzierungssalden, der Schuldenstände und der Zinslastquote zeige: Im Durchschnitt der Jahre bis 1995 mache das negative Finanzierungssaldo des Landes etwa das Doppelte des kommunalen aus. In 1996 und 1997 habe sich die Schere dramatisch geöffnet. Die Unterdeckung liege beim Land bei 10 Milliarden Mark, bei den Kommunen bei einer Milliarde Mark. Diese Konsequenzen ließen sich an

der Entwicklung des Schuldenstandes ableben. So seien Land und Kommunen 1980 noch mit jeweils 30 Milliarden Mark gleich hoch am Kreditmarkt verschuldet gewesen. Inzwischen sei der Schuldenstand des Landes 1997 mit 137 Milliarden Mark auf das 2,7fache des kommunalen Vergleichswertes von 51 Milliarden Mark gewachsen. Allein von 1991 bis 1997 sei die Verschuldung des Landes um 36 Prozent, die der Gesamtheit der Kommunen um 15 Prozent gestiegen. Die hohe Verschuldung belaste den Landeshaushalt auf Dauer. Die Zinslastquote, der Anteil der Zinsen an den bereinigten Ausgaben, betrage beim Land inzwischen neun Prozent, bei den Kommunen seien es fünf Prozent. 1980 seien die Verhältnisse noch umgekehrt gewesen.

Schleußer erinnerte daran, daß das Haushaltssicherungsgesetz Eingriffe in Leistungsgesetze vorsehe. Mit der Änderung des Unterhaltsvorschußgesetzes würden die Kommunen in die Finanzierung eingebunden und zur Hälfte am Landesanteil beteiligt. Der Landesrechnungshof habe festgestellt, daß 80 Prozent der Unterhaltsempfänger gleichzeitig sozialhilfeberechtigt seien. In diesem Umfang würden die Kommunen von Sozialhilfeleistungen entlastet. Deshalb sei ihre Beteiligung in Höhe eines Teils der Ausgaben vertretbar. Beim Rettungsdienst sei die Einstellung der Investitionsförderung vorgesehen. Die duale Finanzierung des Rettungsdienstes — Investitionskosten durch das Land und Betriebskosten durch Gebühren — solle entfallen. Ab 1999 sollten sämtliche Kosten in einem einheitlichen Refinanzierungsschema erfaßt werden. Die landesrechtliche Schülerförderung für bei den Eltern wohnende Schülerinnen und Schüler werde an entsprechende Regelungen anderer Länder angepaßt. Auch würden die Fahrkostenerstattungen für Schüler von Ersatzschulen auf die Kosten begrenzt, die bei dem Besuch einer näher gelegenen öffentlichen Schule entstünden. „Diese Einsparmaßnahmen muten den Betroffenen zum Teil beträchtliche Einschränkungen zu. Aber nur so kann es gelingen, das Ausgabenwachstum im Griff zu behalten“, meinte der Minister.

Zum Arbeitsmarkt erläuterte er, durch den Haushalt könnten alle EU-Arbeitsmarktprogramme abgerufen und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit eingesetzt werden. Zusammen mit den über 450 Millionen Mark des kommenden Jahres werde die gemeinsame Finanzierung von Land und EU in diesem Jahrzehnt eine Höhe von 2,7 Milliarden Mark erreicht haben. Bei den reinen Landesarbeitsmarktprogrammen habe die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit höchste Priorität. Die Landesregierung habe 10 000 jungen Erwachsenen in NRW konkrete Hilfe für einen Arbeitsplatz angeboten. Mit der Initiative „Jugend in Arbeit“ sollten mit Gesamtkosten von 122 Millionen Mark bis zum Ende des Jahres 2000 junge Arbeitslose eine auf ein Jahr befristete Anstellung in einem Betrieb bekommen, die einen Einstieg ins Berufsleben ermögliche. Das Land werde von den Gesamtkosten 82 Millionen Mark übernehmen. Darüber hinaus seien für den neuen Schwerpunkt „Ausbildungskonsens Nordrhein-Westfalen“ im kommenden Jahr rund 34 Millionen Mark, 13 Millionen mehr als im Vorjahr, angesetzt. Im Kindergartenbereich bleibe es auch 1999 „bundesweit weiterhin bei unserer Spitzenposition“. Mit einem Ermächtigungsrahmen von 61,9 Millionen Mark für 4 000



Marianne Dohmen (l.) aus Mönchengladbach und Hannelore Ludwig (2. v. r.) aus Marburg sind als neue SPD-Landtagsabgeordnete von Landtagspräsident Ulrich Schmidt (r.) verpflichtet worden. Sie rückten aus der Landesreserveliste der SPD für die ausgeschiedenen Abgeordneten Franz-Josef Kniola und Wolfram Kusche (beide SPD) in das Parlament nach. Verpflichtet werden sollte auch der CDU-Abgeordnete Dr. Harald Pohlmann aus Lemgo. Er sei offensichtlich dem Stau in Nordrhein-Westfalen zum Opfer gefallen, entschuldigte der Landtagspräsident den neuen Oppositionsabgeordneten.

Foto: Schälte

neue Kindergartenplätze werde der Schlußpunkt unter ein gewaltiges Aufbauprogramm zur Sicherung des Rechtsanspruchs in NRW gesetzt, betonte der Minister. Im Maßregelvollzug finanziere das Land auch 1999 die bundesweit mit Abstand die höchste „pro Platzförderung“ mit Betriebskosten in Höhe von 201 Millionen Mark. Das seien 16 Millionen Mark mehr als 1998. Zur Situation im Personalbereich sagte der Minister, in den Jahren 1993 bis 1997 seien aufgrund von Organisationsuntersuchungen 12 627 Stellen in der Landesverwaltung mit kw-Vermerken versehen worden. Davon seien 3 627 bis zum Ende des Jahres 1997 realisiert worden. Auch mit dem Haushalt 1999 würden weitere 1 000 Stellen mit kw-Vermerken versehen. Mit dem Haushaltsgesetz würden kw-Vermerke zukünftig laufbahngruppenspezifisch statt bisher besoldungsgruppengenau ausgebracht. Hierdurch würden die Chancen für die Realisierung der kw-Vermerke vergrößert und die Fluktuation effizienter genutzt.

## Gemeindefinanzierung

Innen- und Justizminister Dr. Fritz Behrens (SPD) sah als Ursache für erste Konsolidierungserfolge bei den Gemeindefinanzen die Zurückhaltung bei den Ausgaben an. Dennoch bereiteten ihm die Fehlbeiträge in den kommunalen Verwaltungshaushalten Sorgen, die 1997 den zweithöchsten Stand erreicht hätten. Städte und Gemeinden dürften in ihren Anstrengungen zum Haushaltsausgleich nicht nachlassen. Trotz aller Zwänge bleibe der Verbundsatz unangetastet. Die Verbundmasse steige um knapp 600 Millionen auf 14,5 Milliarden Mark. Laut Verfassungsgericht sollten Zweckzuweisungen um so geringer sein, je angespannter die Finanzlage sei. Das Land NRW weise kommunalfreundlich beim Finanzausgleich den höchsten Anteil allgemeiner Zuweisungen aus, 1999 91,2 Prozent der Verbundmasse. Mit den 325 Millionen Mark für die Flüchtlings-Kostenpau-

schalen leisteten die Kommunen einen fairen Beitrag zur Konsolidierung. Die Schlüsselzuweisungen sollten um drei Prozent wachsen. Die Aufstockung der Investitionspauschalen auf 739 Millionen Mark, das seien 43,5 Prozent mehr als 1998, sollten zur Wirtschaftsstärkung beitragen. Neu sei der Einbezug der kommunalen Beteiligung an der Umsatzsteuer bei der Steuerkraft. Die Systematik des Solidarbeitrags bleibe unverändert. Letzte Zweifel seien vom Bundesverwaltungsgericht im März 1998 ausgeräumt worden. Der Soziallastenansatz werde sorgfältig geprüft. Um das Instrument des „Standard-Controlling“ werde NRW benediet. Die Finanzpauschalen für Abwasserbeseitigung, die Vereinfachung der Schulbauförderung und fachbezogene Pauschalen gäben den Kommunen mehr Gestaltungsfreiheit. Die „Experimentierklausel“ sei ein wichtiger Baustein. Rund 300 Anträge und erste Praxisberichte lägen vor. Noch in dieser Wahlperiode würde Experimentieren in Regeln überführt. Die Innenminister der Länder hätten sich auf einen Unterausschuß zur Modernisierung des Gemeindehaushaltsrechts verständigt. Er hoffe auf schnelle Fortschritte. Modernisierung könne einer Selbstverwaltung nicht verordnet werden, sondern sei ein selbstgesteuerter Reformprozeß. Das schließe allerdings kommunalaufsichtliche Hilfe nicht aus. Er lasse Orientierungshilfen für die verschiedenen Aspekte des „New Public Management“ erarbeiten, die es vor allem kleinere Gemeinden erleichtern sollten, mit der Entwicklung Schritt zu halten. Der jüngste Baustein sei das Kommunalisierungsmodell. Nach anfänglicher Skepsis wüßten die Kommunen jetzt um die grundsätzliche Bedeutung und gingen den Weg mit. Mittlerweile lägen 150 Anträge aus Kreisen, Städten und Gemeinden aus ganz NRW vor. Nicht allen werde stattgegeben. Aber wo rechtlich möglich, werde das Experiment nicht an der Kommunalaufsicht scheitern. Die „Konnexitäts“-Kommission werde Anregungen erarbeiten, wo der Rechtsrahmen vermeidbare Kosten oder wirtschaftlich sinnvolles Verhalten behindere.

## Ressortbündelung: Verfassungspolitisch verfehlt oder Organisationsrecht?

**Dr. Helmut Linssen**, CDU-Fraktionsvorsitzender, bezeichnete die Zusammenlegung als Fehler, den einzugestehen der Ministerpräsident die Größe haben sollte. Er äußerte die Erwartung, daß die Umorganisation der Ministerien in den anderthalb Jahren bis Ende der Legislaturperiode nicht zu schaffen sei, sondern vor allem das Geld des Steuerzahlers kosten werde. Auch er, Linssen, habe für acht Ministerien schon plädiert, aber „an geeigneter Stelle und nach Recht und Gesetz“. Clements Entschluß stoße auf breiten Widerstand und sei verfassungspolitisch verfehlt. Linssen: „Hier wird weniger Transparenz organisiert, weniger Kontrolle, und es muß zu unauflösbaren Interessenkonflikten in der Person des neuen Innen- und Justizministers kommen.“ Den GRÜNEN warf er vor, „bei einer Güterabwägung zwischen dem Bestand der Koalition und dem Wert der Bürgerrechte entscheiden Sie sich für den brüchigen Fortbestand dieser Koalition“.

**Klaus Matthiesen**, SPD-Fraktionsvorsitzender, wertete die Zusammenlegung als verfassungskonform; die CDU könne die Sache gern vor Gericht prüfen lassen. Er erinnerte daran, daß die Organisationsbefugnis des Ministerpräsidenten Verfassungsrang habe, das bedeute: ihre Grenzen können sich nur aus der Verfassung ergeben; und: Es gibt keinerlei Zugriffsrecht des Landtags. Darum sei der Vorwurf, der Ministerpräsident greife in das rechtsstaatliche Gefüge ein, „schlicht eine politische Unverschämtheit“. Der Verdacht, die richterliche Unabhängigkeit könnte angetastet werden, sei „ehrschneidend“ gegenüber zuständigen Ministern und der ganzen Richterschaft des Landes: „Die Richterinnen und Richter des Landes Nordrhein-Westfalen sind unabhängig und bleiben unabhängig, und zwar kraft unserer Verfassung.“

**Roland Appel**, Sprecher der GRÜNEN, ließ „kein Haar eines Zweifels“ daran, daß seine Partei die Zusammenlegung nicht für richtig halte, aber (an die CDU gewandt) „Ihren rein wahltaktischen Antrag lehnen wir ab“. Man werde den Schritt nicht mit verantworten und sehe ihn als verfassungspolitisch verfehlt an. Die Koalition halte diese unterschiedlichen Ansichten aus. Unter Hinweis auf 56 Gesetzesänderungen, die die Bonner Koalition in 16 Jahren „zum Abbau von Bürgerrechten, zur Ausweitung der Kompetenzen von Polizei und Geheimdiensten, zur Beschneidung der Rechte des Beschuldigten im Ermittlungsverfahren und des Angeklagten im Prozeß“ vorgenommen habe, könne die CDU sich hier nicht zum Gralshüter von Rechtsstaatlichkeit und Bürgerrechten aufspielen.

**Ministerpräsident Wolfgang Clement** (SPD) wertete die Organisationsgewalt des Ministerpräsidenten als „einen der letzten wichtigen Bereiche des politischen Handelns“, den könne man nicht der Justiz überantworten. Wer das tue, der zeige damit, daß er sich von der Hoffnung verabschiedet habe, einmal selbst als Ministerpräsident die Organisation einer Landesregierung bestimmen zu können. Was das Argument der Unabhängigkeit der dritten Gewalt im Staate angehe — die könne nur aus

*In direkter Abstimmung haben SPD und GRÜNE den Antrag der CDU-Fraktion (Drs. 12/3244) abgelehnt, die Zusammenlegung von Innen- und Justizministerium aufzuheben. Die Entscheidung des Ministerpräsidenten dazu greife in das rechtsstaatlich gewachsene Gefüge des Landes ein und sei „im Hauruckverfahren“ erfolgt. Gestützt auf ein Gutachten will die CDU gegen die Bündelung beider Ressorts in einem Ressort vor dem Verwaltungsgerichtshof des Landes klagen, denn, so steht es im Antrag, „die organisatorische Unabhängigkeit der Rechtspflege, der Aufsicht über die Staatsanwaltschaft und des Strafvollzugs durch ein eigenständiges Justizministerium einerseits und der inneren Verwaltung, Polizei und Verfassungsschutz durch ein Innenministerium andererseits ist als Folge verfassungspolitischer Gewaltenteilung zu gewährleisten“.*

der dritten Gewalt selbst herauskommen. Die Absicht der CDU, den Verfassungsgerichtshof anzurufen, quittierte er mit der Bemerkung: „A la bonne heure, das ist Politik auf höchstem Niveau.“

**Maria Theresia Opladen** (CDU) nannte es abenteuerlich, wie SPD und GRÜNE mit dem Thema umgingen, dafür schäme sie sich als Juristin, daß sie im Landtag sitze. Sie sei froh, daß des öfteren verfassungsrechtliche Fragen nicht von der Politik entschieden würden, sondern von den Gerichten.

**Robert Krumbein** (SPD) bestritt, daß die Bündelung zu Schaden für das Land führen werde, „sondern es ist eine schlichte Notwendigkeit, wenn man Verwaltungsreform ernst meint“. Der Schutz vor Kriminalität bewege die Menschen eher als eine „akademische Debatte über Verfassungskultur“.

**Christiane Bainski** (GRÜNE) leitete aus der Entscheidung, die der Ministerpräsident allein getroffen habe, daß er diesen Beschluß auch allein zu verantworten habe, „wir sitzen da nicht mit im Boot“. Im Koalitionsvertrag stehe nichts von einer „Vasallentreue zu Alleinentscheidungen“. Wer mit rudern solle, müsse beteiligt werden.

**Dr. Hans-Ulrich Klose** (CDU) sah die Gefahr, daß die Zusammenlegung bei den Bürgerinnen und Bürgern das Vertrauen in die Rechtspflege nicht stärkt, sondern verschlechtert. In dieser Sache gelte es, nicht einmal den Anschein zu erwecken. Die Zusammenlegung sei ein Rückschritt in die Vergangenheit und keineswegs ein Fortschritt.

**Klaus Matthiesen** (SPD) fragte sich, worauf die Opposition sich bei ihrer Klage stützen wolle: auf die Verfassung oder auf ein Landesgesetz aus dem Jahr 1969 oder weil man sich persönlich in seinen Rechten tangiert fühle? Er sei es leid, daß mit dem Gang zum höchsten Gericht leichtfertig gedroht werde, weil die politischen Argumente ausgegangen seien.



Mit dem Bundesverdienstkreuz 1. Klasse ist der CDU-Abgeordnete Werner Stump (l.) ausgezeichnet worden. In einer Feierstunde überreichte Erster Landtagsvizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose (r.) den vom Bundespräsidenten verliehenen Orden. Klose sagte in seiner Laudatio, nach der bereits im Jahr 1990 erfolgten Verleihung des Verdienstkreuzes am Bande werde in besonderer Weise anerkannt, daß Werner Stump neue auszeichnungswürdige Leistungen erbracht habe. Mit seiner Arbeit verbinde sich vor allem ein Stichwort: Garzweiler II. Als Mitglied im Braunkohleausschuß bei der Bezirksregierung Köln und besonders in der Funktion des Sprechers der CDU-Gruppe setze er sich für den weiteren Abbau im Bereich Garzweiler ein. Seit 1985 gehöre er dem Landtag an. Er wirke als ordentliches Mitglied im Ausschuß für Umweltschutz und Raumordnung sowie im Ausschuß für Grubensicherheit mit. Der Vizepräsident erinnerte daran, daß Stumps parteipolitische Aktivitäten mit dem Eintritt in die CDU vor 34 Jahren begonnen hätten. Auch ehrenamtlich sei er engagiert. So sei Werner Stump die Gründung der sozialen Stiftung „Kolping-Stiftung“ zu verdanken. Der Feierstunde wohnte auch die Ehefrau des Ordensträgers, Anita Stump (M.), bei.

Foto: Schälte

## Aktuelle Stunde zur Lage auf dem Lehrstellenmarkt

### SPD verweist auf Erfolge durch Ausbildungskonsens

Auf Antrag der SPD-Fraktion hat sich der Landtag in einer Aktuellen Stunde am 2. September mit der Lage auf dem Ausbildungsmarkt beschäftigt. Dabei traten deutliche Meinungsunterschiede zwischen den drei Fraktionen zu Tage.

**Werner Bischoff** (SPD) dankte dem Ministerpräsidenten für dessen Beitrag, im Rah-



*Trendwende auf dem heimischen Markt für Ausbildungsstellen oder nicht – darüber waren sich nicht einig (v.l.): Werner Bischoff (SPD), Hermann-Josef Arentz (CDU), Daniel Kreutz (GRÜNE) und Ministerpräsident Wolfgang Clement (SPD). Fotos: Schälte*

men seiner Ausbildungstour durch das Land zusätzliche Lehrstellen für die jungen Menschen zu finden: Das mache den Jugendlichen Mut und zeige, daß auf dem Ausbildungsmarkt etwas zu bewegen ist. Wenn dennoch am rechnerischen Ausgleich von Nachfrage und Angebot noch 13 500 Stellen fehlten, dann sei das Anlaß, daß alle am Ausbildungskonsens NRW Beteiligten ihre Bemühungen noch einmal steigerten. Die Bedingungen für eine erfolgreiche Einlösung der Zusage, daß jeder junge Mensch im Lande, der ausgebildet werden will, eine Ausbildungsstelle finde, seien „neue Berufe, Differenzierung in der Berufsausbildung, ein gutes Verhältnis zwischen Berufsschule und Betrieb und somit ein gemeinsamer Weg zur Verbesserung der regionalen Mobilität von Jugendlichen und zu mehr Flexibilität bei der Berufswahl.“

**Hermann-Josef Arentz** (CDU) sah keinen Grund zur Selbstzufriedenheit, vor allem nicht bei der Landesregierung, denn die Zahlen in NRW seien schlechter als im Bundesdurchschnitt: Hierzulande gebe es mehr als doppelt so viele Arbeitslose unter 20 als in den süddeutschen Ländern. Auch bei den Lehrstellen sehe es nicht besser aus; es sei geradezu ein Skandal, daß in dieser Situation die Landesregierung in ihrem Verantwortungsbereich die Zahl der Ausbildungsstellen Jahr für Jahr verringere. Arentz sprach dem Ministerpräsidenten das „moralische Recht“ ab, vor diesem Hintergrund Privatunternehmer aufzufordern, zusätzliche Lehrstellen zu schaffen. Er verlangte von ihm eine Änderung der Politik im Lande, weil sonst über Jahre junge Menschen schlechtere Chancen hätten als in vielen anderen Bundesländern. Das Land brauche Anschluß

ans Wirtschaftswachstum, mehr Existenzgründer und Selbstständige sowie eine bessere Schulpolitik.

**Daniel Kreutz** (GRÜNE) bat um Kenntnisnahme der Fakten in diesem Bereich, aus denen er den Schluß zog, „daß wir seit Vereinbarung des Ausbildungskonsenses nicht eine Entschärfung, sondern eine weitere Verschärfung des Problems zu verzeichnen haben.“ So seien nach den Zahlen der Arbeitsverwaltung im Juli 6 400 effektiv zusätzliche Ausbildungsstellen erforderlich; die Ausbildungstour des Ministerpräsidenten habe 2 314 erbracht – ein Mehrfaches sei aber erforderlich. Der Abgeordnete be-

zifferte die rechnerische Lehrstellenlücke im Land mit bis zu 40 000 Stellen – „das liegt nun offensichtlich weit jenseits dessen, was durch Beatzung von Einzelarbeitgebern auch nur denkbar ist.“ Statt dessen sollte man sich auf den Lösungsansatz konzentrieren, der von den GRÜNEN, von den „Roten“ und von einer satten Mehrheit der Bevölkerung für richtig gehalten werde, das Umlagengesetz.

**Ministerpräsident Wolfgang Clement** (SPD) rechnete vor, das Defizit von fehlenden Ausbildungsstellen sei von 13 000 im Juli auf 9 800 Ende August gesunken, „das heißt, der Prozeß des Zusammenführens von ausbildungsplatzsuchenden Jugendlichen und offenen Ausbildungsstellen ist in vollem Gange.“ Die Schere sehe in diesem Jahr trotz einer um vier Prozent gestiegenen Nachfrage sogar ein wenig besser aus, betonte er und fuhr fort, alle Beteiligten am Ausbildungskonsens würden auch in diesem Jahr wieder dafür sorgen, daß bis zum Ende des Jahres jedem jungen Menschen im Lande ein Ausbildungsplatz angeboten werde. Die 2 314 zusätzlichen Plätze in seinem Sektor seien „fabelhaft“, er danke jedem beteiligten Unternehmer. Im übrigen habe die Landesregierung ihre Ausbildungsleistung nicht reduziert, sondern im letzten Jahr die Zahl der neuen Ausbildungsplätze auf 1 800 erhöht. Die geforderte Ausbildungsabgabe nannte er „problematisch“, weil darunter viele ausländi-

sche Firmen seien, die Probleme im Umgang mit der Bürokratie hätten und denen oft die vorgegebene Ausbildungszeit fehle. Wenn statt der zehn Prozent alle 40 Prozent, die ausbilden könnten, Lehrstellen anböten, dann wäre das Ausbildungsplatzproblem im Lande nahezu gelöst. Zudem gebe es ganze Menge Berufe mit hohem Fachkräftemangel, etwa in der zukunftsträchtigen Kommunikationsbranche.

**Laurenz Meyer** (CDU) strich ebenfalls den Zusammenhang zwischen wirtschaftlicher Situation und Umfang des Ausbildungsplatzangebots heraus und verlangte dringend eine Änderung der, wie er sagte, „verrückten“ Bildungspolitik im Lande.

**Manfred Degen** (SPD) nannte es „perfide“, einen Zusammenhang zwischen Ausbildungskonsens und Lehrstellenmangel herzustellen. Wer unbesetzt bleibende Lehrstellen darauf zurückführe, daß viele junge Menschen „ausbildungsunfähig“ seien, der versuche, „Opfer zu Tätern zu machen“.

**Hubert Schulte** (CDU) riet dem Ministerpräsidenten, nicht nur die Betriebe bei seinen Reisen zu besuchen, sondern auch in die Schulen zu gehen. Wenn er sich mit der Ausbildung dort beschäftigen würde, dann sähe er, „mit weit geringen Vorkenntnissen in verschiedenen Bereichen unsere Schulabgänger in die Berufe hineingehen sollen.“

**Wirtschaftsminister Bodo Hombach** (SPD) konstatierte ein Bündnis zwischen CDU und GRÜNEN, das von den Konflikten der Gesellschaft und den Problemen der Menschen lebe, anstatt zu einer Lösung beizutragen. NFW gehe einen anderen Weg als den „unsinnigen Versuch, über Umlagefinanzierung das Problem zu lösen“: Hier werde eine kooperative Wirtschaftspolitik betrieben, die die Möglichkeiten von Wirtschaft und Gewerkschaften einbinde. Im übrigen hätten sich die Ausgaben des Landes für berufliche Ausbildung und Weiterbildung seit 1995 nahezu verdoppelt. Hombach kündigte an, dem Ausbildungskonsens 1 folgten weitere Anstrengungen in Form des Ausbildungskonsenses 2 und weiterer Initiativen und Maßnahmen.

**Hermann-Josef Arentz** (CDU) erkannte unterschiedliche Standpunkte innerhalb der Koalition und verlangte von Clement, er solle sich ausdrücklich von einer Umlage, die er ja für ungeeignet halte, distanzieren.

**Ministerpräsident Wolfgang Clement** (SPD) stellte richtig: NRW brauche nicht noch 50, sondern zehn Prozent Lehrstellen der im gesamten Bundesgebiet benötigten Ausbildungsplätze.

**Irmgard Schmid** (SPD) riet dazu, nicht die Hindernisse in den Vordergrund zu stellen, sondern lieber darüber zu reden, was getan werden könne. Mancher Beruf, der von den Jugendlichen zuerst nicht als Traumberuf angesehen werde, könne sich durchaus im Lauf der Zeit dazu entwickeln.

**Gisela Nacken** (GRÜNE) sah nicht, daß der „engagierte und sehr ehrenvolle“ Versuch des Ministerpräsidenten, über den Ausbildungskonsens das Problem zu lösen, zum Ziel führen werde. Auch sie warb für die Ausbildungsumlage und erinnerte an den SPD-Parteitagbeschuß in dieser Sache.



## Ex-Minister bestreiten Versäumnisse im Maßregelvollzug

Der Parlamentarische Untersuchungsausschuß Forensik (PUA I, Vorsitzender Edgar Moron, SPD) hat die Reihe seiner Zeugenvernehmungen begonnen. Am 21. August als erster geladen: der ehemalige Sozialminister Dr. Axel Horstmann (SPD), in dessen Amtszeit (November 1995 bis Juni 1998) die spektakuläre Flucht eines mutmaßlichen Doppelmörders aus der Rheinischen Landes klinik Düren im Mai diesen Jahres gefallen ist. Eine Woche später trat sein Amtsvorgänger, der derzeitige SPD-Bundesgeschäftsführer und Landtagsabgeordnete Franz Müntefering, in den Zeugenstand.

Horstmann unterstrich in seinen Darlegungen, schon frühzeitig nach seinem Amtsantritt habe er sich mit den vorhandenen Problemen im Maßregelvollzug (MRV) des Landes vertraut gemacht. Er schilderte die historisch gewachsenen, unterschiedlichen Ausprägungen des MRV im rheinischen und westfälischen Landesteil: Hier die bundesweit größte psychiatrisch-forensische Klinik im westfälischen Eickelborn, dort die Unterbringung in entsprechenden Abteilungen an allgemein-psychiatrischen Einrichtungen des rheinischen Landesteils. Während es in Eickelborn vor allem um eine Dezentralisierung dieser großen und nach einem Kindesmord zunehmend bei den Anwohnern umstrittenen Klinik gegangen sei, seien im Rheinland die Anstrengungen seines Hauses dahin gegangen, weitere Plätze zu schaffen.

Auf Fragen des Ausschußvorsitzenden Moron schilderte Staatsminister a.D. Dr. Axel Horstmann die – bislang – gescheiterten Bemühungen, den Standort für eine weitere Klinik neben Eickelborn zu finden (in Hertfen waren 90 Plätze geplant). Nach anfänglicher Unterstützung dieses vom Träger, dem Landschaftsverband (LSV) Westfalen-Lippe, vorgeschlagenen Standorts durch sein Haus, das Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales (MAGS), habe es Zweifel an der Rechtmäßigkeit des Vorgehens, an Dauer und Erfolg des Verfahrens gegeben; darum der Entschluß, dieses Vorhaben nicht weiter zu verfolgen und statt eines Neubaus auch an vorhandenen, allgemein-psychiatrischen Kliniken forensische Abteilungen zu gründen. So hätten 52 weitere Patienten untergebracht werden können. Den Zuwachs im rheinischen Landesteil in seiner Amtszeit bezifferte Horstmann mit 57; weitere 127 Plätze sollten in naher Zukunft geschaffen werden.

Der frühere Minister erläuterte das Zuständigkeitsgeflecht im MRV des Landes zwischen MAGS, Innenministerium, Justizministerium, Landschaftsverbänden und Bezirksregierungen. Der MRV sei Aufgabe der beiden LSVs – „in eigener Zuständigkeit und Selbstverwaltung“. Die Gesundheitsverwaltung habe die Funktion einer Sonderaufsichtsbehörde, die korrigierend eingreifen, sich aber nicht an die Stelle der LSVs setzen könne. Das Land treffe nur die allgemeinen Regelungen und stelle die erforderlichen Finanzmittel zur Verfügung, an denen es nicht gefehlt habe, betonte der Zeuge und wies im weiteren die Frage zurück, ob die Bürokratie seines Hauses dafür verantwortlich gewesen sei, daß geplante Maßnahmen nicht zeitgerecht hätten durchgeführt werden können. Horstmann: „Das Handeln des Landes hat nie im Einzelfall zu Ver-

zögerungen geführt“; im Gegenteil, das MAGS habe mit Nachdruck an der Realisierung neuer Plätze gearbeitet.

Es habe in seinem Haus sogar eine „ungeheuer intensive Gesprächsdichte in Sachen Ausbau des MRV“ gegeben. Nicht zuletzt habe die bekannte Situation im nordrhein-westfälischen MRV 1994 zur Gründung einer interministeriellen Arbeitsgruppe geführt, die kurzfristig (an der aufgegebenen „Kurzfristigkeit“ meldeten Sprecher der CDU massive Zweifel an, da Ergebnisse immer noch nicht vorlägen) Vorschläge zur Verbesserung habe vorlegen sollen. An der habe er aber, wie er auf Nachfrage bestätigte, kein einziges Mal teilgenommen, da sie unterhalb der Ministerebene bis zur Ebene der Staatssekretäre gewirkt habe. Er habe auch den MRV als Minister nicht zur „Chefsache“ gemacht, sondern darum gebeten, an den wichtigen Entscheidungsabläufen persönlich beteiligt zu werden, etwa bei der angestrebten Dezentralisierung in Westfalen-Lippe. Was angebliche Schwierigkeiten mit Bauprojekten im Rheinland angehe, so



Zwei Ex-Minister eröffneten die Reihe der Zeugenvernehmungen des Untersuchungsausschusses Forensik: Dr. Axel Horstmann (SPD, oben) und Franz Müntefering (SPD, darunter). Fotos: Schälte

sei der zuständige LSV in konkreten Einzelprojekten nie an ihn, Horstmann, persönlich herangetreten.

Vom Fall des entwichenen mutmaßlichen Doppelmörders ausgehend, beklagte Ex-Minister Horstmann die Tatsache, daß nach seiner Schätzung, die auf der Meinung von Experten beruhe, zwischen zehn und 15 Prozent der Menschen im MRV „therapieunfähig und -unwillig sind“. Einer der Gründe dafür liege in der relativ starren bundesrechtlichen Regelung, die dem psychisch kranken Täter einen hohen An-

spruch auf die Behandlung im MRV vor Haft und Sicherheitsverwahrung zugestehet. So habe der aus Düren entwichene Mann sicher nicht in den MRV gehört. Er, Horstmann, habe aber inzwischen erfahren, daß im Bund eine Novellierung der fraglichen Bestimmungen angestrebt werde – neun Jahre nachdem die Notwendigkeit einer Änderung festgestellt worden sei, wie er anmerkte. Im weiteren Verlauf seiner Aussage bestritt Horstmann, daß es nach seiner Kenntnis ein allgemeines Sicherheitsdefizit im MRV gegeben habe; wenn, dann habe es sich um Einzelfälle gehandelt, um die er sich, wenn sie ihm bekannt geworden seien, gekümmert habe.

Horstmanns Vorgänger, Franz Müntefering (SPD), der das Amt des Gesundheitsministers von Dezember 1992 bis November 1995 bekleidet hatte, sah sich bei seinem Amtsantritt in derselben Situation wie sein späterer Nachfolger: Auch er habe sich in den Komplex MRV erst einarbeiten müssen. Bald habe er erkannt: „Dieser Bereich fordert die Gesellschaft insgesamt heraus. Mir war bewußt, daß da Handlungsbedarf ist.“ So habe es seit 1992 die Entscheidung gegeben, ein Organisationsgutachten erstellen zu lassen, der Auftrag dafür sei 1994 erteilt worden – eine Zeiddauer, deren Länge von der CDU im Ausschuß zum Gegenstand mehrerer Nachfragen gemacht wurde. Müntefering: „Die Organisationsuntersuchung ist ohne schuldhaftes Verzögern in Gang gesetzt worden.“ Daneben habe eine mit Experten besetzte Arbeitsgruppe in seinem Auftrag an der Erarbeitung eines neuen Therapiekonzepts für den MRV gearbeitet, das Ergebnis dieser Arbeit sei aber in seiner Amtszeit nicht mehr vorgelegt worden, erklärte der Zeuge. Müntefering sah einen engen Zusammenhang zwischen diesem neuen Therapiekonzept und Bauinvestitionen: Schließlich müsse man sich, bevor Neubauentscheidungen fallen könnten, über die Art und Weise eines erfolgreichen MRV im klaren sein. Das habe aber nicht bedeutet, daß notwendige Zubauten nicht erfolgt seien – die seien nie am fehlenden Geld gescheitert, betonte er und nannte die anderen Hinderungsgründe: die Schwierigkeit, qualifiziertes Personal zeitgleich zu gewinnen und einzustellen (Müntefering: „Das größte Problem während meiner Amtszeit“, weswegen ein Personalkonzept für Notsituationen aufgelegt worden sei), die abnehmende Akzeptanz in der Bevölkerung und das Fehlen von konkreten neuen Standorten. Vielleicht, sinnierte Müntefering, hätte man die Knoten mit konsequentem Einsatz staatlicher Handlungsmöglichkeiten durchschneiden sollen; seine Meinung aber sei gewesen, dies geschehe am besten in Übereinstimmung mit den Menschen.

Der Ex-Minister beklagte in seiner Aussage das geringe Ansehen, das nach seiner Erkenntnis der MRV in der Bevölkerung habe. „In Deutschland werden Leistungen und Therapieerfolge der Beschäftigten in diesen Einrichtungen zu gering geschätzt. Man sollte nicht den Eindruck vermitteln, als ob alle Bemühungen vergeblich wären.“ Land, Landschaftsverbände und MRV-Mitarbeiter hätten in Tausenden Fällen im Interesse der Menschen erfolgreich gearbeitet. Die totale Sicherheit gebe es nun einmal nicht, „es sei denn, man schließt die Täter lebenslang ein. Aber das geht nicht.“

## Erneut Sondersitzung des Hauptausschusses auf CDU-Antrag zu HD Oberhausen

### Clement: Keine Hinweise auf Subventionsbetrug

In einer zweiten Sitzung des Hauptausschusses auf Antrag der CDU-Fraktion zum Medienprojekt HD Oberhausen am 24. August hat Ministerpräsident Wolfgang Clement (SPD) verdeutlicht, daß die früheren Geschäftsführer der HDO-Betreibergesellschaft nicht aus Steuergeldern bezahlt worden seien. „Nicht eine Mark“ sei für Gehälter und Dienstwagen aus Landesmitteln geflossen, betonte Clement in der Sondersitzung. Das Land habe ausschließlich Investitionen gefördert. Entschieden wies er den Vorwurf des politischen Subventionsbetrugs zurück. Der Regierungschef warnte davor, die Affäre könne dem ganzen Standort Nordrhein-Westfalen schaden. Die Opposition blieb bei ihrer Kritik, Clement habe viel früher eingreifen müssen. Zu Beginn hatte der Vorsitzende des Hauptausschusses, Klaus Matthiesen (SPD), um ein Votum gebeten, ob die Öffentlichkeit hergestellt werden sollte. Die Fraktionen erklärten sich einverstanden. Die CDU hatte erneut eine Sondersitzung zu HDO beantragt, weil nach ihrer Ansicht einige Themenkomplexe beim ersten Termin am 10. August nicht hätten abschließend geklärt werden können.

Ministerpräsident Wolfgang Clement (SPD) legte bei seiner Einführung „allergrößten Wert“ darauf, daß im Zuge der Vorwürfe, die im Rahmen des Projektes HDO (High Definition Oberhausen) erhoben worden seien, absolute Öffentlichkeit und Transparenz hergestellt werde. Er habe deshalb auch dem CDU-Fraktionsvorsitzenden Dr. Linsen zugesagt, jegliche Informationen zu verschaffen, die aus dem Bereich der Landesregierung verfügbar seien, vor allem ihm und dem Hauptausschuß die Möglichkeit zu geben, in alle Akten der Landesregierung zu

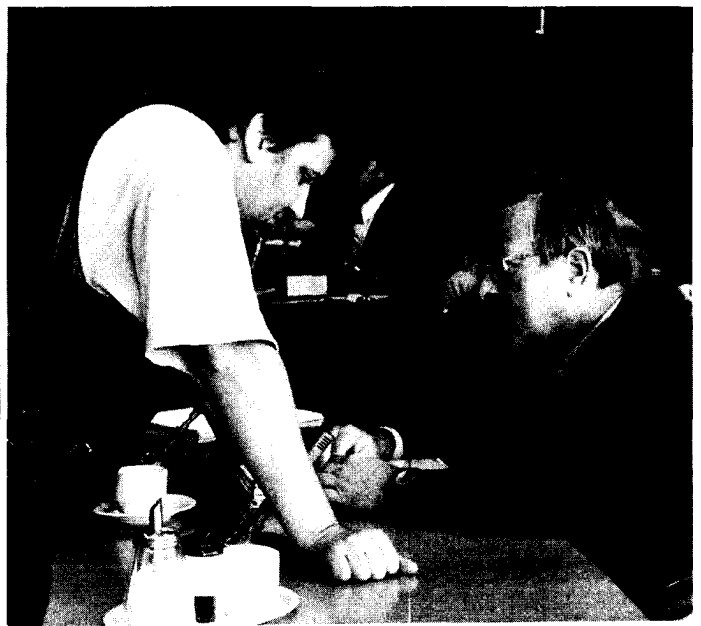
HDO Einsicht zu nehmen. „Uns geht es bei diesem Bemühen um Transparenz nicht um die Sorge vor einem Untersuchungsausschuß“, betonte Clement. Sondern er habe Sorge um das Projekt HDO, und er sei hoch interessiert an einer raschen Aufklärung dieser Affäre.

Der Ministerpräsident erwähnte dann einen „Vorgang“, wonach nach seinen Angaben ein Brief des kaufmännischen Geschäftsführers der HDA GmbH an alle Gläubiger, Lieferanten und Dienstleister der HDA, in dem dieser zur gegenwärtigen Lage des Unternehmens Stellung genommen habe, an die Öffentlichkeit gelangt sei. „Und zwar nach dem, was erkennbar ist, wäre dies geschehen über die CDU-Landtagsfraktion“, sagte Clement. Er halte das deshalb für eine bemerkenswerte Angelegenheit, weil es ja doch um die Zukunft eines Unternehmens gehe, an dem maßgebliche Unternehmen aus Europa, u.a. Philips, beteiligt seien, und die Landesregierung natürlich ein klares Interesse habe, dieses Unternehmen in eine bessere, eine sichere Zukunft zu bringen. „Ich bin zuversichtlich, daß wir das auch schaffen werden.“

Die CDU hatte nach den Gründen für ein Fehlen der rechtlichen Voraussetzungen einer von HDO erbetenen Landesbürgschaft in Höhe von 5 Millionen Mark gefragt. Der Regierungschef teilte dazu mit, daß der HDA nach Beratungen im Landesbürgschaftsausschuß mit Schreiben des Finanzministers vom 19. Februar eine 80prozentige Landesbürgschaft zu einem Kredit von 5 Millionen bewilligt worden sei. Die Aushändigung der Bürgschaftsurkunde hätte im April 1998 angestanden. Dies sei auf Grund der zwischenzeitlichen Erkenntnisse im wesentlichen aus zwei Gründen nicht erfolgt: weil die nachhaltige Kapitaldienstfähigkeit des Unternehmens nicht mehr hinreichend gewährleistet erschienen sei und weil es Mitteilungen der Kreditgeber gegeben habe, wonach inzwischen die Gesellschafterfrage ungeklärt sei. Das sei ja eine Frage, die inzwischen auch die Gerichte beschäf-

tige. Aus diesen Gründen sei die Urkunde im April nicht ausgehändigt worden. Durch Fristablauf sei die Zusage des Finanzministers ab 27. August hinfällig geworden. Zur Finanzierung der sogenannten Altprojekte von HDO, insbesondere der zweck- und fristgerechten Verwendung von Fördermitteln, sagte der Ministerpräsident, alle diese Projekte seien ordnungsgemäß abgerechnet und geprüft worden. Es gebe bei diesen Projekten „aus unserem Kenntnisstand“ keinerlei Veranlassung, auch nach Erkenntnis der Prüfungen von Subventionsbetrug oder von einer Veruntreuung von Steuermitteln zu sprechen. „Nichts von alledem ist gerechtfertigt.“

Der Ministerpräsident erinnerte noch einmal an die Geschichte der EMG, einem Unternehmen aus der film- und fernsehwirtschaftlichen Hinterlassenschaft der DDR. Bei der Hauptausschußsitzung am 10. August hatte Clement bereits ausgeführt, daß bei der Gründung der HDA GmbH Mitte 1993 die EMG in der Position eines Minderheitsgesellschafters gewesen war. Als dann das Unternehmen in die Rolle eines Mehrheitsgesellschafters hineinwuchs, war man dann auf Landesebene 1994 zu der Erkenntnis gekommen, daß diese EMG wegen personeller Konstellationen nicht Gesellschafter der Betreibergesellschaft HDA GmbH sein sollte. Clement erinnerte nun daran, daß diese Firma EMG in den Jahren 1991/92 von der Treuhandanstalt übernommen worden sei, einer Einrichtung des Bundes, und daß sie dann von der Treuhand an einen britischen Trust verkauft worden sei. Die Fragestellung, die sich daran anschließe, sei, ob unterstellt werden solle, daß die Treuhand ein Unternehmen wider besseres Wissen an den britischen Trust veräußert und ob man etwa gewollt habe, daß der britische Trust nur mit außerdeutschen Unternehmen Verträge und Kontrakte abschliesse. Das könne kaum gemeint gewesen sein. „Übrigens, das damalige zuständige Vorstandsmitglied der Treuhand war Herr Dr. Rexrodt, der heutige Bundes-



Kontroverse um ein Medienprojekt: im linken Bild CDU-Fraktionsvorsitzender Dr. Helmut Linsen, im rechten Bild von rechts SPD-Sprecher Reinhard Grätz und GRÜ-NE-Fraktionssprecher Roland Appel. Fotos: Schälte





Sorgen um den Standort Nordrhein-Westfalen: im linken Bild der Vorsitzende des Hauptausschusses Klaus Matthiesen (SPD), im rechten Bild von rechts Ministerpräsident Wolfgang Clement und Staatssekretär Jörg Bickenbach. Fotos: Schälte

wirtschaftsminister“, berichtete Clement. Der Vorsitzende der CDU-Fraktion, Dr. Helmut Linssen, eröffnete die Aussprache. Er sagte, er würde zu Beginn gerne auf die Bemerkung des Ministerpräsidenten eingehen, daß möglicherweise die CDU den Brief der HDA an alle Lieferanten und Dienstleister, abgesandt am 19. August in Oberhausen, in Umlauf gebracht habe. Linssen unterstrich, er könne nur sagen, daß er von der CDU-Pressestelle nicht verteilt worden sei. Der Ministerpräsident hätte auch in Oberhausen mal fragen sollen, wie der Brief in Oberhausen verteilt worden sei, da natürlich etliche Lieferanten und Dienstleister der HDA, an die der Brief gerichtet gewesen sei, auch in Oberhausen saßen.

Die Diskussion machte dann deutlich, wie schwierig es sein kann, sich über Unternehmen zu informieren. Der CDU-Wirtschaftsexperte Laurenz Meyer fragte den Ministerpräsidenten, ob er den Kooperationsvertrag, vor allem den Paragraphen 4 dieses Vertrages, der zwischen HDA und HDT (Besitzgesellschaft) geschlossen worden sei, kenne. Laut Meyer heißt es darin, daß sich die HDA GmbH zur Sicherung des mit der öffentlichen Förderung und den gewährten Fördermitteln verfolgten Zweckes dazu verpflichte, die mit dieser Förderung verbundene Zweckbindung einzuhalten. Sie unterwerfe sich daher den Richtlinien der Regionalförderung des Landes NRW mit der Folge, daß das Land berechtigt werde, aus diesem Kooperationsvertrag direkte Rechte gegen HDA GmbH geltend zu machen. Dazu Meyer: „Ich frage deshalb, hat die Landesregierung über die Laufzeit bisher diese Rechte, die ein direktes Prüfungsrecht bei der HDA, ein Betretungsrecht bei der HDA und Auskunftsrechte jeglicher Art wie beim Zuschußempfänger selbst, der Stadt Oberhausen, beinhalten, wahrzunehmen, jemals Gebrauch gemacht?“ Er schloß: „Wollen Sie heute noch behaupten, Sie hätten keinerlei Einsicht haben können in die Verhältnisse bei HDA?“

Für die Landesregierung antwortete der medienwirtschaftliche Experte Dr. Hans Gerd Prodoehl. Er erläuterte, insoweit die

HDA GmbH mit dem Investitionsprojekt zu tun habe, müsse sie Auskunft erteilen, aber wenn es um betriebsinterne Dinge gehe, gebe es dieses Auskunftsrecht nicht, weil man als Landesregierung diesen Betrieb der HDA nicht gefördert habe. „Mit keiner Mark.“ Wenn man als Landesregierung nicht fördere, könne man betriebsinterne Daten der HDA GmbH nicht erfassen.

Der stellvertretende CDU-Fraktionsvorsitzende Lothar Hegemann meinte im Anschluß: „Sie haben ja dargestellt, daß Sie überhaupt keine Zuwendungen an HDA gegeben haben. Da haben Sie keinen Zugriff drauf, denen haben Sie kein Geld gegeben, sondern Sie haben immer nur mit HDT zu tun gehabt.“ Er folgerte: „Stimmen Sie mir denn zu, daß es HDT nur gibt, um HDA zu ermöglichen?“ Unter Anspielung auf stasibelastete Gesellschafter meinte Hegemann: „Sie wissen ganz genau von Anfang an, was bei HDA läuft.“ Der Ministerpräsident konterte: „Sie wollen mir doch unbedingt diese Kommunisten-Geschichtchen anpappen. Deshalb müssen Sie unbedingt HDA und EMG haben. Was Sie nicht zur Kenntnis nehmen: Der aktive Teil in Oberhausen ist Philips.“

## Subunternehmer

SPD-Sprecher Reinhard Grätz griff die Anwürfe „Kommunisten“ und „dunkelroter Filz“ auf und stellte fest: „Ich sage nur vorsorglich, wenn das so weitergeht, wird meine Fraktion darauf bestehen, daß auch Herr Rexrodt zu diesem Tatbestand aussagt.“ Da sei ja das Stichwort „Subventionsbetrug“. Das sei ja das einzige Stichwort. Im übrigen zeigte er sich froh, daß endlich klargestellt zu sein scheine, daß man zwischen Betriebsmittelförderung und Investitionsförderung unterscheiden müsse. Jeder, der sich die Anlage in Oberhausen mal angesehen habe, könne gut abschätzen, wenn er denn vom Bauen, von der Technik etwas verstehe, daß dort tatsächlich diese Mittel investiert worden seien. „Das ist offenkundig.“ Staatssekretär Jörg Bickenbach vom Wirt-

schaftsministerium bekräftigte, daß HDT korrekt gehandelt habe, indem es alle Verpflichtungen, die im Verhältnis zwischen Land und HDT als Zuschußempfänger bestanden hätten, auch was das Offenlegen von Informationspflichten angehe, an den Subunternehmer weitergegeben habe. Das gleiche gelte auch für das Verhältnis HDA zu Philips. „Das ist in der Tat in unseren Förderrichtlinien so festgelegt, daß Informationspflichten und -rechte, die aus dem Zuschußverhältnis entstehen, an alle Subunternehmer weitergegeben werden müssen.“ Im Verhältnis zum Land als Zuschußgeber seien sowohl HDA als auch Philips Subunternehmer, mit denen man keine unmittelbaren vertraglichen Beziehungen gehabt habe. Man habe nur dafür zu sorgen gehabt, daß der Zuschußempfänger in seinen Verträgen die Verpflichtungen aus der Zuschußgewährung weitergebe.

Der Fraktionssprecher der GRÜNEN, Roland Appel, berichtete von einer Information im Vorfeld durch die Staatskanzlei. Er stellte fest: „Ich habe hier ja eine sehr illustre Aufstellung von Aufsichtsratsmitgliedern der HDT-Gesellschaft.“ Der Aufsichtsrat habe nun, entgegen CDU-Ansicht, durchaus nicht nur beratende Funktion gehabt. Das bringe ihn zu der Frage, ob der Aufsichtsrat, auch die CDU-Mitglieder, eigentlich über die Kooperationsvereinbarung, aus der der Kollege Meyer zitiert habe, informiert gewesen sei und davon möglicherweise auch Gebrauch gemacht habe.

Gegen Ende der rund vierstündigen Sitzung bestätigte der Ministerpräsident, dem Oppositionssprecher Laurenz Meyer zuvor „unprofessionelles Verhalten und laxer Aufsicht“ vorgehalten hatte, es gebe keinerlei Hinweis auf Subventionsbetrug. „Der Subventionsbetrug, davon bleibt offensichtlich nichts übrig.“ Das andere sei die Frage der Geschäftsführer, und da glaube die CDU, auch nachweisen zu sollen, daß er Kommunisten finanziell ausgestattet habe, am besten noch mit Dienstwagen. Dieser Vorwurf sei auch weg.

## Finanzausgleich . . .

(Fortsetzung von Seite 1)

besser. Das Saarland hingegen komme von Platz elf, auf dem es aufgrund seiner Leistungsfähigkeit stehe, im Länderfinanzausgleich auf Platz drei. „Wir brauchen eine umfassende neue Finanzstruktur zwischen Bund und Ländern“, schloß Frau Hieronymi. Sie erläuterte die drei Punkte des Antrages. Man halte es für unverzichtbar, daß Geber- und Nehmerländer sich in gemeinsamen Verhandlungen über die neuen Strukturen verständigten. Weil bisher niemand den Anfang gemacht habe, die Länder Bayern und Baden-Württemberg Klage eingereicht hätten, sei der Ansatz unverzichtbar, um auch unter dem Druck der Klage beim Bundesverfassungsgericht Verhandlungen zu beginnen. Ferner sollten Bundesrat und Bundestag eine gemeinsame Enquete-Kommission einrichten. Die politische Forderung der CDU sei, daß der neue Bundestag und Bundesrat sich dieser Aufgabe stellten. Als drittes sprach die Abgeordnete die Folgen der Währungsunion und die Folgen der höchstzulässigen Neuverschuldung zwischen Bund und Ländern an. Auch hier sei dringender Handlungsbedarf gegeben. Die CDU spreche sich eindeutig für eine Paketlösung aus. Auch hier bedürfe es gemeinsamer Verhandlungen. Es sei unverzichtbar, daß die Länder miteinander redeten und der Landtag deutlich sage, er wolle, daß die Verhandlungen vorangingen und daß eine Lösung für eine Fortentwicklung des Länderfinanzausgleiches gefunden werde.

Für die SPD erinnerte deren Sprecher Reinhard Grätz daran, er sei eher der Meinung gewesen, daß eine solche grundsätzliche Frage sich eigentlich außerhalb des Bundestagswahlkampfes besser und sachlicher behandeln lasse, zumal ja in Einzelpunkten durchaus Übereinstimmung bestehe, und die müsse ja auch bestehen, wenn es letztlich zu einer konstruktiven und gemeinsamen Korrektur der 93er Vereinbarung kommen solle. Der Abgeordnete fuhr fort, es sei richtig, daß NRW mit hauptbetroffen sei. Aber er sage auch, daß dieses Land trotz aller Probleme eben ein sehr leistungsfähiges Land sei, das im Länderfinanzausgleich seit Jahren dazu herhalten müsse, für die ärmeren zu zahlen. „Das ist ja an sich eine positive Feststellung für unser Land“, schloß der Abgeordnete daraus. Übereinstimmung räumte er auch in dem Punkt ein, daß sich Leistung, die sich in NRW auch in seinem Finanzvolumen letztendlich ausdrücke, irgendwann lohnen müsse. „Nur wir sagen, wir haben Anfang der 90er Jahre eine Ausnahmesituation in Deutschland gehabt, und es ist die Frage, wann wird sie und unter welchen Konditionen wieder in eine Normalsituation überführt?“ Dieser ganze Finanzausgleich sei letztlich aufgebaut auf einem Ausgleich zwischen West und Ost. Das werde sich irgendwann nach dem Jahr 2000 wieder normalisieren müssen, und über die Konditionen müsse natürlich gesprochen werden. Den holzhammerartigen Weg der Klage in Karlsruhe halte man für falsch. Es sei auch eine falsche Methode, Empfängerländer in der Situation unter Druck zu setzen, die man aus Deutschland hinreichend kenne. Nach den Wahlen würden diese Verhandlungen sicher beginnen, und es werde nur die Frage sein, auch in bezug auf das fixierte Datum 2004, wann eine Degression der gebenden Länder einsetze

und in welcher Höhe und in welchem Zeitraum diese dann erfolgen werde. „Wir sind nicht grundsätzlich gegen die Einrichtung einer Enquete-Kommission“, sagte Grätz. Er glaube aber, das müsse mit der neue Bundestag entscheiden. Er betonte abschließend die große Verpflichtung, die der Westen „unseres Landes“ noch für einige Jahre gegenüber dem Osten des Landes habe. Er meine nach wie vor, daß man zu einer allmählichen Ablösung dieser Verpflichtungen nicht vor Gericht, sondern durch Verhandlungen in einer gemeinverträglichen Lösung kommen müsse.

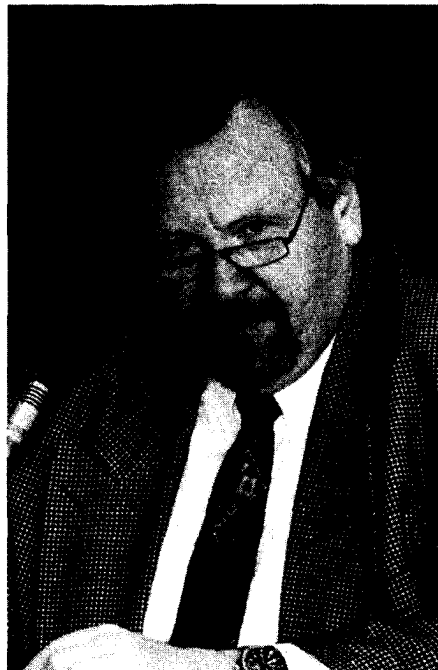
Die Fraktionssprecherin der GRÜNEN, Gisela Nacken, wandte sich dem Kerngedanken zu, daß der Länderfinanzausgleich einen Ausgleich zwischen armen und reichen Ländern schaffen solle und müsse. „Sie erinnerte daran, daß zu einem Zeitpunkt, an dem man vielleicht schon über eine Veränderung nachgedacht habe, eine neue Situation eingetreten sei, dadurch daß die neuen Bundesländer dazugekommen seien. Da habe erst recht die Notwendigkeit bestanden, den Länderfinanzausgleich in der alten, hergebrachten Form aufrecht zu erhalten. Die Sprecherin räumte ein, es sei natürlich für die Geberländer äußerst schmerzhaft, aber sie denke, da sei ja genau der Ansatzpunkt gegeben, daß man sich für einen solchen Länderfinanzausgleich entschieden habe. Sie rief dazu auf, den Solidargedanken nicht zu vergessen, der in der Bundesrepublik lange prägend

klar sei, daß diese Auseinandersetzung kommen werde. Frau Nacken sprach sich ebenfalls für eine einvernehmliche Lösung aus, hielt die Beantragung durch die Opposition vor den Bundestagswahlen allerdings nicht für richtig.

Es sei völlig unstrittig, daß die Leistungen für die neuen Bundesländer bis zum Jahr 2004 auf jeden Fall gesichert seien, unterstrich Ruth Hieronymi. CDU-Fraktionschef Dr. Helmut Linssen meinte, aus den Beiträgen der Koalition habe er keine kritischen Feststellungen zum CDU-Antrag gehört. Das einzige, was übrigbleibe, sei die Feststellung von SPD und GRÜNEN, dieser Zeitpunkt passe nicht. Das halte er für eine sehr merkwürdige Begründung. Ob nun vor den Wahlen oder nach den Wahlen, das spiele doch überhaupt keine Rolle.

Reinhard Grätz betonte daraufhin, es gebe Punkte tendenzieller Übereinstimmung, aber natürlich auch Punkte, wo diese Übereinstimmung im Text nicht da sei. Das heiße, man müsse möglicherweise den ganzen Text überarbeiten, um zu einer gemeinsamen Position zu kommen. Aber die CDU habe im Haushalts- und Finanzausschuß im Frühjahr von sich aus auf sofortiger Abstimmung bestanden, und das habe man zur Kenntnis genommen, so daß das Verfahren von der CDU vorher bestimmt gewesen sei. „Wir können jetzt nicht wieder sagen, zurück marsch, marsch.“ Jetzt müsse abgestimmt werden. Man solle abstimmen, weil offensichtlich eine gemeinsame Überarbeitung im Haushalts- und Finanzausschuß nicht gewünscht worden sei. Das heiße nicht, daß man dieses Thema, auch als Parlament, nach den Wahlen nicht wieder aufgreifen solle. Auch Gisela Nacken unterstrich: „Der Zeitpunkt ist ein schlechter Zeitpunkt.“

Bei der Abstimmung wurde der Antrag der CDU-Fraktion „Für einen gerechten Länderfinanzausgleich und einen starken Federalismus“ (Drs. 12/2890, Vorlage 12/2078) mit den Stimmen der Koalition gegen die Opposition abgelehnt. Zu Beginn der Beratung hatte der amtierende Ausschußvorsitzende Lothar Hegemann berichtet, daß der Haushalts- und Finanzausschuß diesen Antrag in seiner Sitzung am 30. April abschließend beraten habe. In der Gesamtabstimmung in diesem Ausschuß sei der Antrag der CDU mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der antragstellenden Fraktion abgelehnt worden.



Leitete die Sitzung: stellvertretender Ausschußvorsitzender Lothar Hegemann (CDU). Foto: Schälte

gewesen sei. Von daher trage ihre Fraktion auch den Gedanken des Länderfinanzausgleiches und sei immer dagegen gewesen, daß man den Weg einer gerichtlichen Auseinandersetzung suche. „Aber natürlich freuen wir uns auch darüber, daß die CDU genau diesen Weg jetzt nicht vorschlägt.“ Sie stimme mit dem SPD-Sprecher allerdings überein, daß der Zeitpunkt für einen solchen Antrag, wie ihn die CDU gestellt habe, aus Sicht der GRÜNEN nicht gegeben sei. Es sei eine Frage, die sich an den neuen Bundestag richte, wobei allen Beteiligten

## Bahnhöfe in NRW werden „revitalisiert“

Der Verkehrsausschuß befaßte sich am 27. August erneut mit dem Thema „Umgestaltung der Bahnhöfe in NRW“. Zwei Bahn-Manager trugen dem Ausschuß Einzelheiten zu den Umgestaltungsplänen vor. Für „DB-Plus-Punkte“, „3-S-Zentralen“, Bahnsteigaufhöhungen, Wetterschutz/Dächer, Aufzüge, Wegeleitsysteme, Fahrgastinformation an 88 Bahnhöfen stünden 1998 etwa 300 und an 61 Bahnhöfen 1999 etwa 380 Millionen Mark zur Verfügung. Es werde stationäre und mobile „3-S-Zentralen“ (Sicherheit, Sauberkeit, Service) geben. Die Bahnhöfe von Recklinghausen, Siegen-Weidenau, Solingen-Ohligs, Düren, Paderborn-Hbf., Rheine, Wesel und Mönchengladbach Hbf. würden „revitalisiert“ (weiterer Bericht folgt).



Hans-Georg Crone-Erdmann trat für ein innovationsförderndes „Kompetenz-Zentrum“ bei den Industrie- und Handelskammern NRW ein.

Professor Dr. Erich Staudt (Institut für angewandte Innovationsforschung der Ruhr-Universität Bochum) hielt etwa zwei Drittel des vorhandenen „Budenzaubers“ in 52 Transferstellen für entbehrlich, da sie ohnehin nur ein Zehntel des (weltweiten) Innovationspotentials erreichten. Hans-Georg Crone-Erdmann (Vereinigung der Industrie- und Handelskammern NRW) trat dagegen für zielgruppengerechte, regionale und/oder branchenspezifische Profilierung der vorhandenen Technologietransferstellen ein.

Zunächst faßte Crone-Erdmann als Antwort auf einen umfangreichen Fragenkatalog des Ausschusses den Handlungsbedarf in drei Punkten zusammen: ein Netzwerk zur besseren Nutzung der Transferstellen-Infrastruktur, mehr „Sensorik“, was Betriebe und Branchen brauchten; und in kleinen und mittleren Betrieben solle Trends technologischer Entwicklungen nachgegangen werden. Die Industrie- und Handelskammern bereiteten mit den Partnern die bessere Kooperation vor. Ende September solle das „Kompetenz-Zentrum NRW“ als Selbstorganisation der Wirtschaftskammern gemeinsam mit dem Verein Deutscher Ingenieure vorgestellt werden, antwortete er in der anschließenden Diskussion auf eine Frage von Werner Bischoff (SPD).

Dr. Georg Cramer (NRW-Handwerkstag) ergänzte, der Transfer lebe von persönlichem Vertrauen. Tragfähige Beziehungen zwischen Hochschule und Handwerk müßten aufgebaut werden. Es gebe Berührungsängste. Innovationen müßten nicht nur bei Technologien, sondern über Prozeßsteuerung hinaus auch beim Marketing vermittelt werden.

Dr. Bernd Rosenfeld (Verein Technologiezentren NRW) regte mehr direkten Erfahrungsaustausch von Hochschulmitarbeitern in Betrieben und Betriebsangehörigen in Transferstellen an. Die Technologiezentren böten auch Gründungshilfen an.

Dr. Thomas Becker (Transferzentrum für angewandte Technologien Rheine) plädierte für das Umbenennen in „Innovationstransfer“, denn zu neuen Technologien gehöre auch das Unternehmensumfeld. Beim Aufbau eines Netzwerks für strategische Allianzen sei NRW auf einem guten Weg. Technologiefolgenabschätzung gehöre zum Aufspüren neuer Trends. Der Transfer solle mehr in die Landesinitiativen (der Wirtschaftsförderung) eingebunden werden. „Verkürzen Sie die Genehmigungsverfahren!“ forderte er auch von den Abgeordneten.

In der ersten Diskussionsrunde sprachen Ausschußmitglieder Wege an, wie mehr In-

## Sachverständigen-Gespräch im Wirtschaftsausschuß

### Statt „Budenzauber“ Kompetenz-Zentrum NRW

„Wir wollen keine Technologien übertragen, sondern helfen, Innovationen schneller umzusetzen.“ Statt von Technologietransfer solle von Innovationstransfer gesprochen werden, forderte Dr. Thomas Becker vom Transferzentrum für angepaßte Technologien (TaT) in Rheine in dem von Hannelore Brüning (CDU) geleiteten Sachverständigen-Gespräch des Wirtschaftsausschusses am 26. August. Vor den zahlreich erschienenen Abgeordneten und in Anwesenheit von Minister Bodo Hombach (SPD) spitzten sich die Stellungnahmen der acht Sachverständigen auf zwei unterschiedliche Positionen zu.

genieurstudenten zu einer Diplomarbeit im Handwerk verholfen werden könne (Irmgard Schmid/SPD), wie Hemmschwellen von Hochschullehrern zu mehr Auslands- und Betriebserfahrung überwunden werden könnten (Alexandra Landsberg/GRÜNE), und die Frage, ob in NRW zuviel in Gebäude von Transferstellen investiert worden sei und teilweise zu große Entfernung von der Hochschule sich nachteilig auf die Qualität des Transferangebots auswirke (Laurenz Meyer/CDU). Crone-Erdmann und Dr. Cramer hielten mehr Psychologie der Wissensvermittlung, mehr Sprachkompetenz für nötig. In Menschen solle investiert werden. Dr. Becker verdeutlichte: es gehe auch um zu große kulturelle Differenz zwischen Hochschulen und Betrieben. Wettbewerbsvorteile von Hochschulen durch unentgeltlichen Transfer und wenn Hochschullehrer ihr Berufswissen bei Ausgründungen ökonomisch nutzen, könnten die Hochschulen selbst abschließen, antwortete Dr. Rosenfeld auf eine weitere Frage von Laurenz Meyer. Auch die gezieltere Nutzung von Internet-Angeboten angesichts der Informationsflut wurde angesprochen.

In der zweiten Runde ergänzten Hochschulprofessoren ihre schriftlichen Stellungnahmen. Professor Wolf-Thomas Nußbruch (Transferstelle der Gesamthochschule Duis-



Professor Dr. Erich Staudt (Bochum) sah zu viele Akteure in Technologie-Transferstellen am Werk.

Foto: Jens Dietrich

burg) stellte einen extremen Mangel an Ingenieurstudenten fest und beklagte die zunehmende Mittel- und Stellenknappheit an den Universitäten, die die Bemühungen um Existenzgründungen und Anreize für Hochschullehrer behinderten. Hemmend wirkten sich auch die Überlastung des wissenschaftlichen Personals durch Selbstverwaltungsaufgaben und durch Publikations- und Vortragzwänge aus. Zu wenig bekannt sei das hohe (deutsche) Innovationspotential bei modernen Werkstoffen.

Professor Dr. Erich Staudt (Institut für angewandte Innovationsforschung an der Ruhr-Universität Bochum) wies auf heute weltweit verfügbares Expertenwissen hin. Deutsche Unternehmen und Forschungseinrichtungen seien daran nur noch zu etwa zehn Prozent beteiligt. Ein ausgeprägtes „Not-invented-here-Syndrom“ signalisiere das Problem. Weniger die eigene Forschung, sondern die Erschließung und Umsetzung von Ergebnissen anderer, sei für den Erfolg wichtig. Etwa 1200 geförderte Transferdienstleister in Deutschland böten ein breites Spektrum an, aber vieles sei entbehrlich. Die meisten orientierten sich an „Modethemen“, weniger an den tatsächlichen Bedarfen der kleinen Unternehmen. Das System der öffentlich geförderten Unterstützung sei unübersichtlich. Massive öffentliche Förderung hochkomplexer Technologien, wie Mikrosystem- oder Biotechnik, ohne gleichzeitige Kompetenzentwicklung führe zu Umsetzungsproblemen oder sogar zu einem Anwendungstau. Im Ausschuß äußerte Professor Staudt auch, es



Werner Bischoff (l.), neuer wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, im Gespräch mit dem CDU-Sprecher Laurenz Meyer, dahinter: die Vorsitzende des Ausschusses für Wissenschaft und Forschung, Ingrid Fitzek (GRÜNE) und Dietrich Kessel (SPD).

Foto: Schälte



sei eine Szene, die sich vorwiegend mit sich selbst beschäftige. Dieser teure „Budenzauber“ sei zu zwei Dritteln entbehrlich. Wer schon transferiere, beteilige sich daran gar nicht. An den Hochschulen gebe es ein Vermarktungsdefizit. Da müsse etwas getan werden. Der USA-Tourismus bringe nichts. „Abkupfern“, das 90 Prozent des Transfers ausmache, solle gefördert werden. Eine Schlüsselqualifikation sei der professionelle Erwerb von Erfahrungen, das sei etwas ganz anderes als Funktionärsausbildung.

Professor Rolf Sternberg (Wirtschafts- und Sozialgeographisches Institut der Universität Köln) berichtete von geringer Gründungsneigung an Deutschlands Hochschulen und von einem Forschungsprojekt in Köln, das Faktoren tatsächlicher Gründungen ermitteln solle. Eine „Technologie-Landkarte“, nur für NRW, hielt er nicht für sinnvoll. „Weniger wäre mehr“, meinte er und empfahl, die große Zahl von Transferstellen zu verringern, auch im Hinblick auf bessere Transparenz für Unternehmer als potentielle Nachfrager. Eindeutige und zeitlich fixierte Erfolgskriterien seien nötig, ebenso ein „Info-Lotse“.

Ohne öffentliche Förderung, nur über Produkte, finanziere sich sein Institut mit 120 Mitarbeitern, berichtete Diplomvolkswirt Günter Schöppe (Institut für Umwelttechnologie und Umweltanalyse), der Technologietransfer als sein Hobby nach mehr als 30 Jahren „Szenen“-Erfahrung vorstellte. Er widersprach der Darstellung, Innovationen kämen immer schneller. Vielmehr würden sie schwieriger und langsamer. Den Wirtschaftspolitikern riet er, Unternehmen im Lande zu halten, denn ohne Produktion vor Ort gebe es keine Innovation. Aachen und Dortmund seien erfolgreiche Transfer-Standorte auch, weil Generationen von Ingenieuren aus diesen Hochschulen in die Wirtschaft gegangen seien und als Ansprechpartner für Innovationen zur Verfügung stünden. Grenzgänger und Sonderlösungen sollten unterstützt werden. Die Frage nach Stückzahlen und Rendite sei Innovationen nicht förderlich. Schöppe regte an, über das Fördern von Patentierung nachzudenken und die Öffentlichkeitswirkung der guten Forschungsberichterstattung im WDR-Fernsehen zu nutzen.

## Erfahrungstransfer

Auf eine Nachfrage von Christian Weisbrich (CDU) nach der Effizienz der Transferinstitutionen wiederholte Professor Staudt, wirtschaftlich „sensible“ Innovation brauche keine Transfer-Institution und kein Internet. Datenmengen müßten sortiert und selektiert werden. Vor allem gehe es aber um Erfahrungstransfer. Der IHK-Sprecher Cronne-Erdmann hielt ihm die zahlenmäßig belegbare große Nachfrage nach IHK-Veranstaltungen entgegen. Professor Sternberg kritisierte die zu große Anzahl von Transferstellen pro Region und vermißte bei vielen das besondere Profil. Professor Nußbruch setzte sich für eine „Innovations-Offensive“, ähnlich der „Gründungs-Offensive“, ein. Wegen der strukturellen Änderungen im Hochschulwesen werde der Weg „vom Klinikenputzen zum gezielten Angebot“ ohnehin beschritten, meinte er zur Frage von Werner Bischoff nach Kriterien.

## Befreiung von Zuzahlung

Der Petitionsausschuß erreichte, daß die AOK eine Kündigung der Befreiung von der Zuzahlung zu Arznei-, Verband- und Heilmitteln sowie zu Fahrtkosten wieder aufhob.

Die Befreiung war zurückgenommen worden, da durch die zweite Stufe der Pflegeversicherung die pflegebedingten Aufwendungen durch die Leistungen der stationären Pflege abgedeckt sein sollen. Den pflegebedürftigen Aufwendungen von monatlich 2080 Mark stehen Leistungen der Pflegeversicherung von monatlich maximal 2000 Mark gegenüber. Hinzu kommt der Heimkostensatz von täglich 74,05 Mark, für den von der Pflegeversicherung keine Zahlungen geleistet werden. Da die Rente der Mutter nicht ausreicht, zahlt der Petent den Differenzbetrag selbst. Die Überprüfung führte zur Aufhebung der Befreiungs-„Sperr“, so daß die Mutter des Petenten künftig Arzneimittel ohne Zuzahlung erhält.

## Europa-Ausschuß

### Zwischenstation bei Agenda 2000

*Im Ausschuß für Europa- und Eine-Welt-Politik berichtete der Chef der Staatskanzlei, Rüdiger Frohn, am 24. August über die Auswirkungen des Europäischen Gipfels von Cardiff und den Verfahrensstand der „Agenda 2000“. Weiterer Diskussionsgegenstand war der Bericht des Eine-Welt-Beirates „Richtungsimpulse“, den der Beiratsvorsitzende Dr. Klaus Lefringhausen eingangs zusammenfaßte und erläuterte. Der Antrag der CDU-Fraktion „Agenda 2000 darf nordrhein-westfälische Landwirtschaft nicht gefährden“ (Drs. 12/3136) wurde mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN abgelehnt.*

Als „Zwischenstation auf dem Weg zur Agenda 2000“ bezeichnete Staatskanzleichef Frohn die Zusammenkunft des Europäischen Rates der Staats- und Regierungschefs am 15. und 16. Juni in Cardiff. Für die Länder sei das Treffen hinsichtlich der Aussprache über die Agenda 2000 und die zukünftige Ausrichtung und Gestaltung der Europäischen Union von besonderem Interesse gewesen. Angeregt durch einen Brief des Bundeskanzlers und des französischen Staatspräsidenten, sei eine weitreichende Debatte mit den Schwerpunkten Stärkung der Subsidiarität, Kompetenzverteilung und die Reform der Organe in Gang gesetzt worden. Um diese Themenbereiche weiter zu vertiefen, habe der Europäische Rat ein informelles Treffen der Staats- und Regierungschefs für den 24. und 25. Oktober in Pörschach anberaumt.

Bei den Ergebnissen des Rates habe es einige strittige Punkte gegeben, so die Beiträge der Mitgliedstaaten zum EU-Haushalt, die Beziehungen zur Türkei und die Zukunft der Europäischen Union. Bezüglich der Thematik „Agenda 2000“ seien in Cardiff lediglich Leitlinien und ein zeitlicher Rahmen für weitere Beratungen festgelegt worden. In den

Fragen, „die besonders den Ländern auf den Nägeln brennen“, habe der Europäische Rat keine eindeutigen Entscheidungen getroffen: Zur Reform der Strukturfonds habe es keine Vorfestlegungen gegeben, und auch die Ausführungen zur Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik seien sehr zurückhaltend gewesen. Die endgültige Annahme der Kommissionsvorschläge zur Agenda 2000 solle noch vor den Wahlen zum Europäischen Parlament im Juni 1999 erfolgen, berichtete Staatssekretär Frohn.

In ihrem Antrag „Agenda 2000 darf die nordrhein-westfälische Landwirtschaft nicht gefährden“ bemängelte die CDU-Fraktion, daß die Ansätze der Kommission zur Gemeinsamen Agrarpolitik den Erfordernissen der europäischen und den Notwendigkeiten der deutschen und nordrhein-westfälischen Landwirtschaft nicht gerecht würden. Sie forderte die Landesregierung daher dazu auf, „die Bundesregierung in ihren Bemühungen zur Änderung der Agenda 2000 zu unterstützen“. Ausschußmitglieder von SPD und GRÜNEN zweifelten an, ob es überhaupt eine eindeutige Position der Bundesregierung zu dieser Thematik gebe. Sie lehnten einvernehmlich den Antrag gegen die Stimmen der CDU ab. Das Votum wird nun dem federführenden Landwirtschaftsausschuß mitgeteilt.

Von besonderem Interesse war der Bericht des Eine-Welt-Beirates „Richtungsimpulse“, den die Ausschußmitglieder aller Parteien anerkennend aufnahmen. Dr. Klaus Lefringhausen, Vorsitzender des Beirates, welcher aus sehr unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen besteht, faßte zusammen, der Eine-Welt-Beirat habe vor allem den Anspruch formuliert, die Eine-Welt-Politik als Querschnittsaufgabe der Landespolitik zu verstehen. Mit Fragen und eigenen Vorschlägen wollten die Beiratsmitglieder den Suchprozeß vorantreiben. Der Beirat wolle Richtungsimpulse geben, Impulse, „die grundsätzlicher und längerfristiger Natur sind und zur Zukunftsfähigkeit des Landes beitragen sollen“. Für situationsgerechte Technologien, dezentrale Energieversorgung, einen auf das Zukunftsinvestitionsprogramm „Arbeit und Umwelt“ bezogenen Politikdialog und einen Kongreß „Zukunftsfähiges Nordrhein-Westfalen“ enthalte der Bericht konkrete Handlungsempfehlungen.

Auf Antrag der CDU-Fraktion berichtete Dr. Sohn (Wirtschaftsministerium) über die Hintergründe und Konsequenzen des deutsch-britischen Kohle-Streits, um die Rückzahlung von Kohlebeihilfen. Als wesentliche Ergebnisse von seiten der Kommission nannte er hier zwei kohlepolitische Entscheidungen, die am 29. Juli in Brüssel gefällt worden seien. Zum einen habe die EU-Kommission die kartellrechtliche Genehmigung zur Gründung einer „Deutsche Steinkohle AG“ erteilt. Zum anderen sei sie aber in der Anthrazitentscheidung, die auf Lieferungen deutscher Anthrazitkohle nach Großbritannien beruht, in der Sache zu einem Schuldspruch zu Lasten Deutschlands gelangt. Hierbei sei eine Verletzung des EGKS-Vertrages, insbesondere der Beihilferegeln durch Deutschland, unterstellt worden. Wohl aber habe die Kommission die deutschen Kohlebeihilfen von 1997 in Höhe von 10,4 Milliarden DM auf einen unterstellten Anteil für Anthrazitlieferungen in Höhe von ungefähr 20 Millionen DM genehmigt. Dagegen habe das britische Kohleunternehmen R.J.B. in Luxemburg Klage eingereicht. Dies sei jedoch ein Angriff, den die Landesregierung für unbegründet halte.

Astrid Krekelberg

## Haushaltsausschuß

### Umzug Staatskanzlei erst nächstes Jahr

In der von der stellvertretenden Vorsitzenden Gisela Meyer-Schiffer (SPD) geleiteten Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses am 27. August standen unter anderem Berichte zum Raumbedarf der umgebildeten Landesregierung, zur Situation der Rheinisch-Westfälischen Börse, zur Neuregelung des Länderfinanzausgleichs und zu Steuererklärungen in EURO, ferner CDU-Anträge zur Kontrolle der Beteiligungsverwaltungsgesellschaft, zur Förderung der deutschen Kultur des Ostens und zum Bestand der Volkshochschulen auf der Tagesordnung.

Staatssekretär Ernst Gerlach teilte mit, die Verhandlungen über die Anmietung des Düsseldorfer Stadttors seien weit vorangekommen und sollten Anfang September abgeschlossen werden. Die Villa der Staatskanzlei solle verkauft werden. Es gebe eine große Zahl von Interessenten. Die von Winfried Schittges (CDU) vermuteten Miet- und Umzugskosten von 7,4 Millionen Mark könne er weder bestätigen noch dementieren. Der Umzug werde in diesem Jahr nicht mehr stattfinden.

Zur Kontrolle der Beteiligungsverwaltungsgesellschaft habe die Landesregierung eine andere Position als die CDU, sagte Staatssekretär Gerlach. Ernst-Martin Walsken (SPD) verwies auf den Hauptausschuß. Michael Breuer (CDU) bestand auf dem Informationsrecht des Parlaments über die Geschäftstätigkeit mit Landesbeteiligungen. Minister Schleißer erklärte sich bereit, die vorbildliche Handhabung auf Bundesebene im Sinne der CDU nach NRW zu holen. Der von ihm Mitte August dem Ausschuß übermittelte Jahresabschluß 1997 (Vorlage 12/2166) weist eine Beteiligungsbilanz von 700 Millionen Mark aus, ferner als wesentliche Geschäfte 1997 den An- und Verkauf eines 50-Prozent-Anteils am Flughafen Düsseldorf und der Ankauf von Aktien der Duisburg-Ruhrorter Häfen AG. Außerdem erwarb die Gesellschaft Anteile an den Messen Düsseldorf und Köln, an der Aufbaugemeinschaft Espelkamp, die Kölner Wohnungsgesellschaft „Rheinland“ und 68 Prozent an der Landesentwicklungsgesellschaft (Fortsetzung in der nächsten Ausgabe).



Der neue NRW-Verkehrsminister Bodo Hombach (SPD, Mitte) trug den Abgeordneten im Ausschuß (Vorsitzender Manfred Hemmer, SPD, r.) Akzente seiner politischen Vorhaben vor, l. Staatssekretär Joachim Westermann.

## Minister Hombach vom Verkehr fasziniert

### Offensive gegen Stau

In der von Manfred Hemmer (SPD) geleiteten Sitzung des Verkehrsausschusses am 27. August trug Bodo Hombach (SPD) als neuer Verkehrsminister seine Schwerpunkte der Verkehrspolitik für die zweite Hälfte der Wahlperiode vor und berichtete zum neuen ÖPNV-Bedarfsplan. Zwei Referenten der Deutschen Bahn AG informierten den Ausschuß eingehend über die Umgestaltung der Bahnhöfe in NRW (Bericht in der nächsten Ausgabe). Den CDU-Antrag, die Landesregierung solle umgehend den Landesstraßenbedarfsplan fortschreiben, lehnten SPD und GRÜNE im öffentlichen Teil der Sitzung ab, ebenso den CDU-Antrag zum Ausbau des Flughafens Münster/Osnabrück.

Städte und Gemeinden müßten wissen, wo es lang geht, zumal die Haushaltsansätze gekürzt worden seien, begründete Günter Langen (CDU) den Antrag zur Fortschreibung des Landesstraßenbedarfs. Heinz Hardt (CDU) wies auf reduzierte Mittel, ganz neue Projekte, bedrohte Arbeitsplätze in der Bauwirtschaft hin und meinte, die SPD sei vor den GRÜNEN eingeknickt. Heinz Hunger (SPD) lehnte das Anliegen ab, da das

Straßenbau-Volumen bis zum Jahr 2001 eingeplant und abzuarbeiten sei. Johannes Remmel (GRÜNE) hielt das Nachdenken über eine Fortschreibung angesichts der dramatischen Finanzlage für nötig, um keine falschen Erwartungen zu wecken. Minister Hombach bestätigte, das geplante Haushaltsvolumen reiche für die geplanten Straßenbaumaßnahmen aus. Danach halte er jährlich 150 Millionen Mark für Landesstraßen für den Mindestansatz. Der CDU-Antrag wurde dann mit den Stimmen von SPD und GRÜNEN abgelehnt.

Bevor Minister Bodo Hombach Schwerpunkte seiner Verkehrspolitik erläuterte, bemerkte er, dieser komplexe Politikbereich habe ihn schnell fasziniert, er schätze die Praxisnähe und halte ihn auch für wichtig für die Wirtschaft des Landes. Unter anderem schlug er vor: eine „Offensive gegen den Verkehrsstau“, Integrierte Verkehrsplanung mit besserer Vernetzung der Verkehrssysteme, Transportketten und Leittechnik, den Ausbau des ÖPNV mit 235 Kilometern neuer Schienenstrecken und dem Ausbau auf 1772 Kilometern sowie Harmonisierung der Nahverkehrstarife (wird fortgesetzt).



Im Verkehrsausschuß sind gegensätzliche Positionen zwischen den GRÜNEN und der CDU-Fraktion besonders ausgeprägt, v.l. Peter Eichenseher, Gisela Nacken, Johannes Remmel (alle GRÜNE), Hannelore Brüning, Gerhard Wächter, Heinz Hardt, Oliver Wittke (alle CDU).  
Fotos: Schälte

## Kommunale Selbstverwaltung in Großbritannien

### „Best Value“ und gleiche Finanzkraft

Eine Kommission des Ausschusses für Kommunalpolitik informierte sich im Juni in Großbritannien eine Woche lang über die Reformen der kommunalen Verwaltung. London, Brighton und Edinburgh waren die wichtigsten Stationen der Reise unter Leitung des Ausschußvorsitzenden Friedrich Hofmann (SPD).

In London und Brighton vermittelten ein Informationsgespräch mit der „Local Government Association“, einem seit zehn Jahren bestehenden Gemeindeverbund, sowie viele Einzelgespräche mit Politikern aller Ebenen folgendes Bild: Die britische Kommunalverwaltung bildet die zweite Staatsebene und spiegelt sich in erster Linie in den district councils (Gemeinderäte) wider. In ländlichen Bereichen gibt es daneben noch die counties (Grafschaften) mit besonderen überörtlichen Aufgaben. Die Mitglieder der district councils werden gewählt, sind ehrenamtlich tätig und erhalten nur Aufwandsentschädigungen. Deshalb ist es schwierig, qualifizierte Personen dafür zu finden. Die district councils gliedern sich in verschiedene Ausschüsse, deren Vorsitzende eine starke Stellung haben. Der Bürgermeister wird für jeweils ein Jahr aus der Mitte der Ratsmitglieder gewählt. Er hat nur repräsentative Aufgaben und keine Machtbefugnisse. Die eigentlichen Entscheidungen werden in den Parteiliegern außerhalb der Ratssitzungen vorbereitet, so daß sie in den Ausschüssen lediglich abgesegnet und vom council formal abgeschlossen werden können. Getrennte Exekutiv- und Legislativfunktionen gibt es auf dieser Ebene nicht. Die britischen Kommunalverwaltungen haben nur zugewiesene Einzelkompetenzen wie für den sozialen Wohnungsbau, Umweltschutz, lokalen Straßenbau, Tourismus und Abfallbeseitigung. Die counties (Grafschaften) in ländlichen Bezirken sind für Erziehungsfragen, soziale Dienste (Kinder, Rentner, Problemfamilien etc.), überörtlichen Verkehr, wirtschaftliche Entwicklung, Feuerwehr und Polizei verantwortlich. So werden auch die Lehrer von den counties bezahlt.

Der Haushalt der Gemeinden wird zu 20–25 Prozent aus lokalen Steuern, nämlich der Council Tax, einer Art Grundsteuer, und der Business Tax finanziert, einer Art Gewerbesteuer, deren Einnahmen aber an die Zentralregierung abgeführt werden, um anschließend neu verteilt zu werden. Hinzu kommt ein Gebührenaufkommen von etwa zehn Prozent des Haushalts. Die Verteilungsformel für die Zuschüsse der Zentralregierung ist eine der komplexesten der Welt. Berücksichtigt werden die Zahl der in der Gemeinde lebenden Kinder und Rentner, die Größe des Straßennetzes, die unterschiedlichen Einnahmen durch Ortssteuern, so daß in der Theorie jede Gemeinde, ob arm oder reich, über die gleiche Finanzausstattung verfügt. Dieses sozialistische System ist unter der Thatcher-Regierung ausgearbeitet worden. Die Zentralregierung kontrolliert darüber hinaus nicht nur die Höhe der örtlichen Steuern (capping), sondern auch die Schuldenaufnahme. Die Verschuldung der Gemeinden hält sich daher in engen Grenzen und engt heute, im Unterschied zu Deutschland, kaum die politischen Entscheidungsmöglichkeiten ein. Obwohl die Regierung mittels Zweckbindungen über Kontrollrechte verfügt, sind die Kommunalverwaltungen wesentlich freier. Die Labour-Regierung hat al-

lerdings alle Gemeinden verpflichtet, alle ihre „blue collar services“, also alle Nicht-Verwaltungstätigkeiten, im Wege der Ausschreibung zu vergeben.



Mitglieder des Ausschusses für Kommunalpolitik in London, 2. v. l.: Friedrich Hofmann (SPD, Vorsitzender).

Im Unterschied zu Deutschland gibt es in Großbritannien keine Verfassung, so daß die Kommunalverwaltung nicht verfassungsrechtlich geschützt ist. Die Regierung kann jederzeit ändernd eingreifen, was die noch junge Labour-Regierung durch das „Best-Value-Konzept“ umzusetzen versucht. Es basiert auf dem Leistungsprinzip. Schon unter der Vorgängerregierung sollten die Kommunalverwaltungen 100 Leistungskriterien veröffentlichen. Labour fordert nun von jeder Kommune einen Leistungsplan (Performance Plan). Die 1982 geschaffene Audit Commission soll die Leistung beurteilen. Das Mißtrauen gegenüber dieser Kommission ist geringer geworden, nachdem sie sich glaubwürdig, auch für kommunale Belange, in London eingesetzt hat.

Die Labour-Regierung sieht die Wahlbeteiligung, die bei ca. 30–40 Prozent liegt, als Leistungsindikator vor, außerdem eine stärkere Bürgerbeteiligung durch Referenden und die jährliche Neuwahl, jeweils eines Drittels der Ratsmitglieder. Des weiteren will die Regierung die Gemeinden ermutigen, mehr eigene Einnahmen zu erzielen. Abgeschafft werden soll die von der Zentralregierung vorgeschriebene Beschränkung der Gemeindesteuern (capping), und Gemeinden sollen mehr lokale Steuern schaffen und verwalten können, etwa auf Kfz und Besteuerung von privaten Büroparkplätzen.

Ein wesentlicher Bestandteil des Reformkonzepts ist die beabsichtigte Demokratisierung der Kommunalverwaltung in London, die un-

ter dem Stichwort „Greater London Authority“ bereits 1985 eingeleitet worden ist und als Modell für alle größeren Städte in Großbritannien weiterentwickelt werden soll. Kernpunkt dieser Reform ist die Urwahl eines einflußreichen Bürgermeisters an der Spitze der gesamten Londoner Kommunalverwaltung. Dieser muß sich lediglich vor einer Versammlung von 25 Ratsmitgliedern verantworten, die gleichzeitig mit ihm gewählt werden und hauptamtlich gegen Bezahlung tätig sein werden. 14 dieser 25 Ratsmitglieder werden direkt und die weiteren elf nach Liste gewählt. Der direkt gewählte Bürgermeister erstellt den Haushaltsplanentwurf, den die Versammlung nur mit einer 2/3-Mehrheit verändern kann. Dem Bürgermeister obliegen ferner: die strategische Bauplanung und die Planung für alle Verkehrsmittel, Umweltpolitik, Wirtschaftsförderung, Polizeiaufsicht, Aufsicht über die Feuerwehr und den Rettungsdienst, das öffentliche Gesundheitswesen mit Ausnahme der Krankenhäuser sowie die Kulturpolitik. Diese Reform ist bereits durch eine Volksbefragung angenommen worden, muß aber noch gesetzlich vom Parlament abgesegnet werden. Um sich auch ein Bild von der praktischen Umsetzung machen zu können, besuchte die Kommission die Stadt Brighton, die als eine von 37 Pilotgemeinden nach dem „Best-Value-Konzept“ verwaltet wird. Wichtigstes Ziel ist die Sicherstellung der Lebensqualität für alle Bürger. Die Stadt Brighton hat ihren Bürgern eine Optimierung der Verbrechensbekämpfung, des Wohnungsbaus, der Arbeitsplatzbeschaffung und des Bildungsangebots zugesichert. Sowohl die Bürger als auch der Gemeinderat sind davon überzeugt, daß sich das „Best-Value-Konzept“ für alle Gemeinden in Großbritannien durchsetzen wird.

In Edinburgh besuchte die Kommission das Scottish Office (Schottland-Ministerium), das sich im Auftrag der Labour-Regierung mit der Bildung eines eigenen schottischen Parlaments nach der Unterbrechung von mehr als 300 Jahren befaßt. Im Jahre 1999 soll das Schottische Parlament zum ersten Mal zusammentreten. Es wird für Gesundheit, Erziehung, Kommunalpolitik, Wohnungsbau, Polizei, Rechtssystem, Naturschutz, Landwirtschaft, Tourismus und Fischerei zuständig sein. Ausgeklammert werden Verfassungsfragen, Außen- und Verteidigungspolitik, Geldpolitik und Fragen der sozialen Sicherheit.

Es gibt in Schottland 32 Regionen mit sehr unterschiedlichen Strukturen, und einem Gesamtbudget von 6,4 Milliarden Pfund. Außer local authorities gibt es noch den State Secretary für Einzelreglementierungen, die Accounts Commission für die Rechnungsprüfung und den Ombudsman, der Beschwerden der Bürger gegen eine kommunale Entscheidung oder gegen die Untätigkeit der Kommunalverwaltung bearbeitet. Der Ombudsman wird auf Vorschlag des Schottland-Ministeriums von der Queen ernannt. Die Behörde des Ombudsmans hat viele uneingeschränkte Ermittlungsrechte, wie zum Beispiel Akteneinsicht und Auskunftersuchen.

Abschließend stellten die nordrhein-westfälischen Kommunalpolitiker fest, daß die Labour-Regierung in ihrer kurzen Amtszeit bereits eine Menge Bewegung in die Reform der Kommunalverwaltung gebracht habe und auf dem richtigen Weg sei, die kommunale Selbstverwaltung in Großbritannien zu stärken.



## Unterausschuß Personal

### Parkraumbewirtschaftung und Reisekosten-Sparen

Der Unterausschuß Personal des Haushaltsausschusses führte am 19. August unter Leitung des Vorsitzenden Peter Bensmann (CDU) eine mehrstündige öffentliche Anhörung zum Thema Parkraumbewirtschaftung in Landesbehörden und Änderungen beim Reisekostenrecht im öffentlichen Dienst durch. Dazu waren Sachverständige der Gewerkschaften und der Berufsverbände, der kommunalen Spitzenverbände, von Verkehrsbetrieben und Umweltschutzorganisationen eingeladen. Nachstehend einige Auszüge aus den Vorträgen. Der Unterausschuß Personal wird die Stellungnahmen in einer weiteren Sitzung auswerten und die Beratungen abschließen. — Am 27. August befaßte sich der Unterausschuß Personal unter Leitung des stellvertretenden Vorsitzenden Ernst-Martin Walsken (SPD) mit Abgruppierungen von drei Behördenleitungen (Änderungsentwurf zum Landesbesoldungs-gesetz Drs. 12/2928).

Franz-Josef Schumacher (NRW-Landkreistag) erläuterte, Dienstgeschäfte mit privaten Autos zu erledigen, sei wirtschaftlicher als ein eigener Kfz-Park oder Leihwagen und schlug vor, jeden Dienstherrn selbst über Kostengrenzen entscheiden zu lassen. Helmut Schneider trug für DAG und ÖTV große Bedenken gegen die 30-Kilometer-Begrenzung bei Erstattung von Kosten für Dienstreisen und gegen die zwangsweise Erhebung von Parkgebühren vor. Meinolf Guntermann (Deutscher Beamtenbund) schätzte, in NRW nutzten täglich zwei bis vier Millionen Arbeitnehmer in der Privatwirtschaft unentgeltliche Parkräume. Finanzämter sähen das bisher nicht als geldwerten Vorteil an. Erzieherische Zwangsmaßnahmen für das ganze Land seien nicht angebracht, zumal der öffentliche Nahverkehr noch nicht attraktiv genug sei. Bei Teilzeitbeschäftigten ginge Zeit für die Familie verloren. Das einheitliche Tagegeld und eine geringere Wegstreckenentschädigung wurde von Werner Siggelkow (Deutsche Steuer-gewerkschaft) begrüßt, der Zwang zu umweltbewußtem Verhalten aber abgelehnt. Rasche Maßnahmen der Steuerfahndung würden behindert. Durch eine Wegstreckenentschädigung von nur 42 Pfennigen pro Kilometer entstehe Ungleichbehandlung. Ulrich Krüger (DGB) äußerte ähnliche Bedenken und wies auf hohen Verwaltungsaufwand bei der Parkraumbewirtschaftung hin.

Dr. Herbert Kemming (Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung) hielt die Zielsetzungen Vorrang für den ÖPNV, Vereinfachung und Ausgaben-einsparung durch die gesetzlichen Änderungen für erreichbar und Parkgebühren für sachgerecht. Günter Scholz (Fachhochschule Gelsenkirchen) trug Bedenken gegen mehrere Änderungen und Probleme für kleinere und am Stadtrand gelegene Landeseinrichtungen vor. Parkraumbewirtschaftung werde für Hochschulen ein Zuschußgeschäft. Zu den Kosten und möglichen Einnahmen gab es mehrere Nachfragen von Abgeordneten aller drei Fraktio-

Der Bitte des Parlamentarischen Beratungs- und Gutachterdienstes, zu Änderungen beim Reisekostenrecht und der Parkraumbewirtschaftung Stellung zu nehmen, kamen Gewerkschaften und Verbände schriftlich und in der vom Vorsitzenden Peter Bensmann (CDU, l.) geleiteten Anhörung des Unterausschusses Personal des Haushaltsausschusses nach, neben ihm: Hans-Joachim Donath (Geschäftsführer), Mareile Hemmer (Mitarbeiterin).

Foto: Schäfte



nen. Vorsitzender Bensmann filterte einen Auftrag an die Landesregierung heraus, investive und laufende Kosten zu errechnen. Dr. Peter Hoffmann (Wuppertaler Stadtwerke) plädierte für Mobilitätskonzepte an den jeweiligen Standorten und wies auf das neue Instrument von Carsharing hin, das sich auch für Behörden eigne. Ferner könnten „Mobilcards“ zu mehreren Beförderungsarten berechtigen. Dieter Lippert (Verkehrsverbund Rhein-Ruhr) berichtete von 125 000 Jobticket-Verträgen des VRR, leider nicht mit dem Düsseldorfer Landtag. Jobtickets würden zu 90 Prozent in Kernzonen angenommen. Die Nutzerzahl steige ständig, obwohl die Preise angehoben worden seien. Die Gesetzesvorlage lasse ausreichende Ausnahmen zu.

### Abgruppieren von Behördenleitungen

Heinz Klewe (Verkehrsclub Deutschland) empfahl besseres Mobilitätsmanagement allgemein und eine Agentur für Dienstreisen. Thomas Hilpert (Verband Deutscher Verkehrsunternehmen) meinte, der ÖPNV werde schlechter gesehen, als er tatsächlich sei, vor allem auch von Politikern und von Journalisten. Dr. Werner Reh (BUND-Landesverband) hielt eine Wegstreckenentschädigung von 35 Pfennigen für ausreichend, da ansonsten der Anreiz für PKW-Fahrten bleibe, empfahl Dienst-Fahrräder sowie Regenbekleidung und eine einheitliche Pauschale von 30 Pfennigen für alle Verkehrsmittel. Vorsitzender Bensmann dankte für die

Stellungnahmen und formulierte vier Arbeitsaufträge an die Landesregierung für die abschließenden Beratungen.

In der vom stellvertretenden Vorsitzenden Ernst-Martin Walsken (SPD) geleiteten Sitzung des Unterausschusses am 27. August mit dem einzigen Tagesordnungspunkt „Änderung des Landesbesoldungsgesetzes“ erkundigte sich Winfried Schittges (CDU) nach den Gründen für die Absenkung der Gehälter des Präsidenten des Landesoberbergamts und der Direktoren der beiden Landwirtschaftskammern von B 7 nach B 5. Dr. Stefan Bajohr (GRÜNE) begrüßte die Maßnahme und regte weitere solche Schritte an, deren jährliche Einsparung er auf 1,6 Millionen Mark schätzte. Vertreter des Finanzministeriums verwiesen auf Empfehlungen in der Organisationsuntersuchung durch das Wirtschaftsministerium. Volkmar Klein (CDU) wunderte sich darüber, daß der Unterausschuß nicht damit befaßt worden sei. Ernst-Martin Walsken (SPD) erklärte, dadurch werde Argwohn provoziert, es handle sich nicht um die Umsetzung der Organisationsuntersuchung, sondern um einen politischen Konflikt. Er schlug vor, dem Entwurf zuzustimmen, der Regierung aber aufzutragen, weitere Potentiale für Gehaltsabsenkungen bei Behördenleitern darzustellen. Dr. Bajohr ergänzte, bei allen Positionen ab B 3 aufwärts seien die Zahl der Beschäftigten und der Aufgabenumfang interessant. Die Leitungsfunktionen von Fachhochschulen wurden in diesem Zusammenhang erwähnt. Den Herabstufungen stimmte die Unterausschußmehrheit dann zu und beauftragte die Landesregierung mit weiteren Abgruppierungsvorschlägen.

## Öffentliche Anhörungen der Fachausschüsse

### Krankenhausgesetz und Kindergärten

Der Ausschuß für Arbeit, Gesundheit und Soziales führt am 16. September ab 12.30 Uhr eine öffentliche Anhörung zum Entwurf eines Krankenhausgesetzes NRW der Landesregierung (Drs. 12/3073) durch.

Auf eine öffentliche Anhörung zum Änderungsentwurf der Landesregierung zum

Gesetz über Tageseinrichtungen für Kinder (Drs. 12/3271), der am Mittwoch im Landtag eingebracht wird, einigte sich der Ausschuß für Kinder, Jugend und Familie in seiner ersten Sitzung nach der Sommerpause. Die ganztägige Anhörung findet am 19. Oktober ab 10 Uhr im Plenarsaal statt.

## Sachverständige:

# Unterschiedliche Einschätzung der Lage in der Türkei

*Die Frage nach der Lage in der Türkei und die Menschenrechtssituation, vor allem des kurdischen Teils der Bevölkerung, sind immer dann relevant, wenn es um die Abschiebung abgelehnter Asylbewerber geht. Der Ausschuß für Innere Verwaltung (Vorsitzender Fritz Stallmann, CDU) hat darum Ende August zu einem Sachverständigengespräch geladen, dem zum Ärger aller Fraktionen das Bundesministerium des Auswärtigen trotz Einladung fernblieb: Sind doch gerade die Länder bei Entscheidungen über Abschiebestopps auf die Lagebeurteilung der Bundesregierung angewiesen.*

Helmut Oberdiek, Dolmetscher und Gutachter aus Hamburg, berichtete über die Erfahrungen nach seinen Türkeireisen seit 1994, die er bei der Recherche von Fällen der Menschenrechtsverletzungen in Istanbul und Ankara sammeln konnte. Er berichtete über die Situation der Kurden im Westen und Südwesten der Türkei und bemerkte, die genaue Zahl der Flüchtlinge, die das Land wegen politischer Verfolgung verlassen, könne kaum noch ermittelt werden. Im Jahre 1995 wurden in einem Urteil des Verwaltungsgerichts Göttingen zuletzt 10 000 genannt, die auf Grund kurdischer Herkunft oder prokurdischer Tätigkeit fliehen mußten. Er selbst sei zu dem Ergebnis gekommen, alternative Fluchtmöglichkeiten bestünden in der Türkei de facto nicht. Die Kurden lebten ghettoartig in den Vororten der Großstädte und seien jederzeit der Verfolgung ausgeliefert. Selbst in der „zivilisier-testen“ Stadt, Izmir, hätten kurdische Rückkehrer mit Schwierigkeiten zu rechnen. Jörn-Erik Gutheil, Landeskirchenrat der Evangelischen Kirche im Rheinland, schil-

derte seine Reiseeindrücke von 1994. Sie deckten sich mit denen, die bei der Fahrt einer Delegation mit dem damaligen Innenminister des Landes NRW sowie Vertretern des Asylreferats und der Härtefallkommission gemacht wurden. Für ihn stehe fest, daß in der Türkei gefoltert wird. Zu beklagen sei das Fehlen formaler Instanzen eines demokratischen Rechtsstaates oder die ausbleibende Instrumentalisierung solcher Organe. Nicht die Regierung oder das Parlament bestimmten die Richtlinien der Politik in der Türkei, sondern der Nationale Sicherheitsrat bzw. die Militärs.

Die kulturelle Eigenständigkeit der Kurden leide unter Einschränkungen und Verboten. Freie Ausübung und Bekenntnis zur kurdischen Identität seien auch heute noch nicht möglich.

Abgelehnte und abgeschobene Flüchtlinge hätten bei Kontrolle und Verhör nach ihrer Ankunft (zumeist in Istanbul) zwar formal gewisse Rechte, die würden jedoch häufig nicht beachtet. Selbst wenn sie unbehelligt blieben, bestehe die Möglichkeit, die Rückkehrer später im Heimatort festzunehmen, zu foltern, verschwinden zu lassen oder zu ermorden; Gutheil trug einige Beispiele vor. Die neue Situation müsse die Bundesregierung veranlassen, eine andere Bewertung der Menschenrechtssituation in der Türkei als bisher vorzunehmen, die dann die Innenminister der Länder veranlassen könnte zu prüfen, ob unter diesen Umständen Abschiebungen kurdischer Flüchtlinge in die Türkei zu verantworten sind. Die vom Auswärtigen Amt und deutschen Gerichten immer wieder betonte „alternative Fluchtmöglichkeit“ sei eine Hilfskonstruktion, damit ohne Gewissensbisse weiterhin abgeschoben werden könne. Inzwischen werde auch eine Zugangssperre für Kurden in den westlichen Landesteilen erwogen. In den Notstandsprovinzen habe sich die Situation längst nicht entspannt: PKK und die türkische Armee seien ständig mit der Vertreibung der Kurden, aber auch der Christen, Aleviten und Yeziden beschäftigt.

Metin Incesu, Vorsitzender des Kurdischen Informations- und Dokumentationszentrums NAVEND, legte eine umfangreiche

Dokumentation zur Menschenrechtssituation in der Türkei und im kurdischen Siedlungsgebiet vor. Seine Erkenntnis: Kurden können in der Westtürkei nicht ohne Verfolgung, Folter oder Diskriminierung leben. Im laufenden Jahr seien bereits neun kurdische Dörfer evakuiert worden, die sich außerhalb der Notstandsgebiete befänden. Er nannte ferner erschreckende Zahlen für Personen, die von Unbekannten ermordet worden seien, von spurlos verschwundenen Menschen und von Foltertoten. Dabei würden längst nicht alle verschwundenen Personen aus Angst der Kurden vor der Polizei gemeldet.

Dr. Roland Bell von der Zentrale des Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge schilderte die gegenwärtige Lage in der Türkei aus der Sicht der Nürnberger Behörde. Das Hauptsiedlungsgebiet der Kurden sei inzwischen die Westtürkei, weil dorthin viele Kurden aus wirtschaftlichen Gründen und wegen der Auseinandersetzung zwischen türkischem Staat und PKK ausgewichen seien. Von einer landesweiter Gruppenverfolgung könne keine Rede sein. Hohe Gerichte in Münster und Mannheim hätten zudem festgestellt, daß die Auseinandersetzungen im Osten der Türkei im wesentlichen militärisches Gepräge besäßen und nicht gegen die kurdische Bevölkerung als solche gerichtet seien. Politische Verfolgung wegen der Gefahr von Folter bei Rückkehr werde von den meisten Gerichten bei Antragstellern regelmäßig bejaht, die als aktive Mitarbeiter der PKK, der hierzulande verbotenen Kurdischen Arbeiterpartei, gälten. Auf entsprechende Fragen aus dem Ausschuß nannte Bell Quellen, aus denen das Bundesamt seine Erkenntnisse schöpft. Der Lagebericht des Auswärtigen Amtes sei eine davon, daneben würden zum Beispiel Berichte von amnesty international, der Medien, Pro Asyl und anderen verwertet. Das Bundesamt leiste Sachaufklärung mit eigenen Mitteln. So bestünden Kontakte zu Menschenrechtsorganisationen, hingegen grundsätzlich keine offiziellen zu türkischen Regierungsstellen.

Wolfgang Fröhlecke

## Tagesstättennovelle: Konsens im Mittelpunkt

*Zum Stand der Novellierung des Gesetzes über Tageseinrichtungen für Kinder (GTK) hat Familienministerin Birgit Fischer (SPD) darauf hingewiesen, daß alle beteiligten Gruppen - Land, Kommunen, Träger - sich bemühten, trotz der unterschiedlichen Standpunkte einen Konsens zu erreichen. In der Sitzung des Ausschusses für Kinder, Jugend und Familie (Vorsitzende Annegret Krauskopf, SPD) am 27. August nannte die Ministerin Begriffe wie Ausdünnung der Regelungsdichte, Flexibilität vor Ort, Erprobungsklausel für die Durchführung von Modellen zur bedarfsorientierten Ausrichtung von Kindergärten, Entkoppelung von Personal- und Sachkosten als wichtige Kriterien des Entwurfs. Mit dem Gesetz in seiner Neufassung verpflichteten sich alle Vertragspartner darauf, Einsparpotentiale zu realisieren und für ihre zukünftige Arbeit als Maßstab anzulegen. Diese Einsparpotentiale würden im Jahr 2000 auf den Prüfstand*

*gestellt. Auf jeden Fall solle der Qualitätsstandard gewahrt bleiben, der sich in Nordrhein-Westfalen ohnehin schon auf einem hohen Niveau befinde.*

Die CDU-Fraktion bestand darauf, daß die Auswirkungen für die unterschiedlichsten Gruppierungen klar werden müßten. Die Ministerin habe von 60 000 gesicherten Plätzen (52 000 und 8 000 Praktikanten) gesprochen. Von einer Personalanpassung durch den Träger im Rahmen der Nachmittagsbetreuung sei die Rede gewesen. Eine solche Verpflichtung werde den Trägern im Rahmen der Betriebskostenverordnung auferlegt, und zwar einschließlich der Möglichkeit, bei rückgängigen Betreuungszahlen ebenfalls anzupassen. Andererseits müsse man sehen, daß sozialverträgliche Lösungen gerade im Falle von Haushaltssicherungskonzepten, die einen stringenten Ausgabenrahmen vorsähen, äußerst schwierig seien.

Die SPD-Fraktion erinnerte daran, daß der Dialog einschließlich der konsensualen Lösung zwischen den Beteiligten einer der Schwerpunkte gewesen sei. Es sei für sich schon ein wichtiges Signal, daß die finanziellen Strukturen und die Kindergartenlandschaft abgesichert würden. Hervorzuheben seien die Möglichkeiten der Flexibilisierung bei den Öffnungszeiten, auch in der Übermittagsbetreuung, sowie die Budgetierung beim Personal. Politisch richtig sei die Entkoppelung der Personal- und Sachkosten. Die GRÜNEN monierten, auch Eltern und Erzieher als Betroffene hätten in stärkerem Maße in den Dialog einbezogen werden müssen. Daß nicht alle den Kompromiß befürworteten, sei von Anfang an klar gewesen. Es müsse gefragt werden, wie angesichts knapper werdender Finanzmittel pädagogische Standards aufrechtzuerhalten seien.

Die Ministerin betonte, alle Regelungen, über die derzeit debattiert werde, bezögen sich auf Regeleinrichtungen. Das, was für Einrichtungen in sozialen Brennpunkten gelte, habe weiterhin Bestand.

## Abschluß der IBA: Kunde vom Erfolg des Umbaus einer ganzen Region nach draußen tragen

*Die Internationale Bauausstellung Emscher Park (IBA) rüstet sich zum Endspurt. Im kommenden Jahr will sie zeigen, was mit insgesamt fünf Milliarden Mark gebündelter (und nicht zusätzlich bereitgestellter) öffentlicher und privater Projektmittel für eine geschundene Region getan werden kann, die von der Industrie, die sich inzwischen größtenteils verabschiedet hat, wie kaum eine andere geprägt worden ist. Acht Monate vor der Schlußpräsentation hat sich am 26. August der Ausschuß für Städtebau und Wohnungswesen unter seinem Vorsitzenden Adolf Retz (SPD) an Ort und Stelle umgesehen. Dabei sprachen der Ausschußvorsitzende und die Sprecherinnen und Sprecher der drei Fraktionen dem Geschäftsführer der IBA, Professor Karl Ganser, einhellig Lob und Anerkennung für sein zehnjähriges Wirken aus. Retz: „Wir sind begeistert von dem, was hier entstanden ist – eine spannende Region, von der in Europa viele nur träumen können.“*

Aber ansehen sollen sie es können. Dazu dient die große Abschlußpräsentation, die informierend und unterhaltend über die Effekte jener 100 IBA-Projekte ins Bild setzen soll, die in den 17 Städten des 75 Kilometer langen und 15 Kilometer breiten Emscher-raums realisiert worden sind. Sie soll den Menschen im Revier und möglichst vielen auswärtigen Besuchern wenigstens einen Eindruck vom Ausmaß der Modernisierung und des Strukturwandels eines Raumes geben, der sich um die Achse des Abwasserflusses Emscher gruppiert – die nebenbei auch saniert und zu ihrer Rolle eines „normalen“ Fließgewässers zurückfinden soll. Dieses „Wassergerippe“ zu renaturieren, nimmt noch einmal Milliardensummen weit über den Zeitrahmen der IBA hinaus in Anspruch.

IBA-Chef Ganser und sein Team wollen mit der dezentral strukturierten Abschlußpräsentation, die Mitte April nächsten Jahres ihren Anfang nimmt, drei „aufgehende“ Botschaften unter die Leute streuen, die er bei der Ausschußsitzung auf dem Gelände der ehemaligen Zeche „Rheinlbe“ im Gelsenkirchener Stadtteil Uckendorf in seinen Worten so umriß:

- Wir haben dem ohnehin notwendigen strukturpolitischen Wandel mit der IBA ökologische und kulturelle Impulse gegeben.
- Dieser Raum ist in Europa das einzige Beispiel, wo über Nachhaltigkeit wenig „gequatscht“, aber viel gemacht worden ist.
- Wir schaffen hier erstmals einen völlig neuen Typus von industriell-kulturell durchgeformter Landschaft.

Gewollt und erwünscht wäre der Effekt, daß die auswärtigen Besucher durch ihre an Ort und Stelle gewonnenen Eindrücke und Er-

fahrungen die Gewißheit mitnehmen, daß das Ruhrgebiet für Touristen eine erlebenswerte Region ist. Um diesem langwierigen Prozeß auf die Sprünge zu helfen, hat die IBA im Emscherraum 4000 persönliche Gastgeber gewonnen, die Gäste von außerhalb einladen und sie als Fremdenführer in eigener Sache zu einzelnen Projekten führen – „eine völlig neue Werbestrategie“, wie Ganser betonte. Den Unterschied zu anderen Großereignissen wie die EXPO umriß er so: „Wir machen nicht auf, wir machen zu. Wir haben den größten Teil unserer Präsentationsleistung hinter uns“; in den letzten Jahren habe die IBA schon zehn Millionen Besucher gehabt.

Auf die Frage des CDU-Abgeordneten Bernhard Schemmer, ob es nicht auch schwarze Punkte auf der Erfolgsbilanz gebe, nannte der IBA-Chef die 16 Technologiezentren („Das sind unsere Sorgenkinder“) und verlangte eine Vernetzung der vielen lokalen Agenden („sonst laufen sie sich tot“). Zudem sei eine echte Regionalplanung erforder-



Stellten sich bei einer Pressekonferenz den Fragen der Journalisten (v.l.): Siegfried Zellnig (CDU), Professor Karl Ganser, Ausschußvorsitzender Adolf Retz, Ellen Werthmann (beide SPD) und Hedwig Tarnier (GRÜNE).

lich, die die lokalen Interessen überwinde, die heute noch allzuoft das Übergewicht hätten. So wie es bisher laufe, daß die Regionalplanung lokale Entscheidungen nämlich lediglich „nachbuchen“ dürfe, könne es nicht weitergehen, fand er. Letztlich, so führte er in seiner Antwort auf die Frage von Gisela Meyer-Schiffer (SPD), wie der Ansatz der IBA weitergeführt werden könne, aus, müsse ein neuer Kommunalverband Ruhr (KVR) her – mit neuen Aufgaben und geregelter Finanzierung. Weil dafür nach seiner Ansicht eine gesetzliche Grundlage erforderlich sei, müsse der Impuls dazu von Landtag oder Landesregierung ausgehen, „denn die Region organisiert sich nicht“ (Ganser).

Nach dieser Einführung hatten die Abgeordneten Gelegenheit, drei unterschiedliche Projekte der IBA in Augenschein zu nehmen. Gleich neben dem Tagungsort, der ehemaligen Transformatorhalle von Rheinlbe, besichtigten sie den „Lichthof“, wie sich die Fortbildungseinrichtung des Ministeriums für Bauen und Wohnen bezeichne. In der beeindruckend neu hergerichteten, alten Maschinenhalle der ehemaligen Zeche, die später zur Lohnhalle umgebaut worden ist, finden die über ganz Nordrhein-Westfalen verstreut arbeitenden Beschäf-

tigten der staatlichen Bauverwaltung ein Zentrum für Kommunikation und Information, das Ende vergangenen Jahres seinen Betrieb aufgenommen hat und auch anderen Interessenten für deren Veranstaltungen offensteht.

Nächste Station war das Gelände der ehemaligen Zeche Holland in Wattenscheid. Hier ist statt einer eindimensionalen Nachfolgenutzung ein mehrdimensionales Konzept verfolgt worden, das Innovation, Gewerbe, Wohnen und Natur einbezieht. Also finden sich neben dem Technologiezentrum „Eco Textil“ verschiedene Gewerbebetriebe, darunter eine Großbäckerei, und mehrgeschossige Wohnbauten mit vorgeschaltetem Wintergarten und angegliederten Kleingärten. Verbindendes Element ist ein großer, von Parkflächen umgebener Teich, in den das von den Dächern gesammelte Regenwasser fließt und versickert.

Die Informationssammlung endete im Gelsenkirchener Stadtteil Bismarck, der vor zwei Jahren seine prägende Arbeitsstätte,

die Zeche Consolidation, verloren hat. Hier interessierten sich die Ausschußmitglieder für die neugegründete Evangelische Gesamtschule an der Laarstraße. Sie hat mit Beginn dieses Schuljahres ihren Ganztags-schulbetrieb aufgenommen und verfolgt in Räumen, die nach der Idee eines „Dorfes“ gegliedert sind, ein besonderes pädagogisches und soziales Konzept. Gründungsdirektor und Schulleiter Professor Dr. Rainer Winkel nannte die vier Säulen dieses Hauses des Lebens und Lernens: Familienschule – die Evangelische Gesamtschule Gelsenkirchen-Bismarck (EGG) solle die Merkmale einer Familienerziehung haben, Erziehungsschule (Winkel: „Erziehung ohne Werte ist wertlos“), Lebensschule („so viel Erfahrung wie möglich und so wenig Belehrung wie nötig“) und Stadtteilschule. Die EGG verstehe sich als Teil und Kristallisationspunkt für die Bewohner dieses gebeutelten Stadtteils, die sie annehmen müßten – „sonst haben wir verloren“. Wie attraktiv die mehr als das normale Engagement fordernde pädagogische Arbeit in dieser Schule eingeschätzt wird, umriß der Schulleiter mit der Bemerkung, an die tausend Lehrerinnen und Lehrer hätten sich beworben; davon habe man 70 ausgewählt und bisher zwölf einstellen können.



## Information über Holz im Wohnungsbau und Einblick in eine Einkaufswunderwelt

„Ein Wunder dieser Welt – kanadische Fertigbauhäuser“ und „Das außerordentliche Wunder – West-Edmonton-Mall“ – mit diesen Schlagworten wurden die kanadischen Beispiele modernen und nachhaltigen Wohnungs- und Städtebaus der Landtagsdelegation des Ausschusses für Städtebau und Wohnungswesen nahegebracht, die sich Anfang Juni unter dem Vorsitzenden Adolf Retz (SPD) zu einer Kommissionsreise nach Kanada aufgemacht hatte. Ziel war es, die vielfältigen Erfahrungen und Innovationen in allen Bereichen des kanadischen Bauwesens auf ihre Nutzungs- und Übertragungsmöglichkeiten für NRW zu überprüfen und damit einen Beitrag zur Lösung aktueller Fragen der nordrhein-westfälischen Wohnungs- und Städtebaupolitik zu leisten.

Vorsitzender Adolf Retz (SPD) stellte als Ergebnis fest: „Unser Interesse galt vor allem den Großprojekten wie dem gelungenen Eaton-Center in Toronto und als Gegenstück die West-Edmonton-Mall, dem größten Einkaufs- und Freizeitzentrum der Welt mit Übernachtungsmöglichkeit. Der Trend in Nordamerika geht zum Verbund von Handel, Einkauf, Freizeit und Unterhaltung in Großprojekten. Um sie mit den Gegebenheiten der Stadtentwicklung zu verbinden, wollten wir uns Kanadas Erfahrungen zunutze machen.“

Lebhaftes Interesse zeigten die Landtagspolitiker an der in Kanada üblichen Holzbaweise, dem Bau von leicht zu errichtenden, energiesparenden, kostengünstigen Häusern oder Appartements in Fertigbauweise.

Im Bereich der Einzelhandels- und Freizeitentwicklung sind Kanada und Nordamerika internationale Trendsetter für Einkaufszentren, SB-Warenhäuser, Freizeitparks, Multiplexkinos und den hierzulande umstrittenen Factory-outlet-center. Inzwischen gibt es in Nordamerika und Kanada mehr als 38 000 Einkaufszentren, die auf rund 425 Millionen Quadratmeter Verkaufsfläche etwa 55 Prozent des gesamten Einzelhandelsumsatzes realisieren. Von besonderer Bedeutung sind dabei die etwa 660 „Groß-Shopping-Malls“, mit einer Verkaufsfläche von jeweils mehr als 100 000 Quadratmeter.

Der Einzelhandels- und Freizeitsektor in Nordrhein-Westfalen gerät immer stärker unter Einfluß eines internationalen, amerikanisch orientierten Marktgedankens.

Ein Großteil der neuartigen Großeinrichtungsformen im nordrhein-westfälischen Handels- und Freizeitbereich ist entweder auf direkte Initiative von nordamerikanischen Investitions- und Entwicklungsgesellschaften entstanden oder stellt eine Imitation von ähnlichen Projekten in Nordamerika dar.

Wie sich in der Planungspraxis im Land Nordrhein-Westfalen gezeigt hat, ist der Umgang mit den neuen Einzelhandels- und Frei-

zeiteinrichtungen in mehrerer Hinsicht problematisch. Der Ausschuß hat zu diesem Problem umfangreiche Informationen erhalten, die in künftige Planungs- und Entscheidungsprozesse neue Überlegungen einbringen werden.

Voraussetzung dafür, um zum einen eine offensive und langfristig orientierte räumliche Einzelhandels- und Freizeitpolitik zu formulieren und um andere konkrete Projekte stadt- und regionalverträglich steuern zu können, ist eine umfassende Kenntnis der in diesem Investitionsbereich maßgeblichen Trends und Investitionsstrategien erforderlich. Diese Trends werden zur Zeit und zweifellos auch in Zukunft vor allem in Kanada/Nordamerika entstehen und dort auch zuerst umgesetzt.

In NRW ist es erforderlich, die aktuellen internationalen Projektentwicklungstrends inhaltlich und konzeptionell zu analysieren, schon deswegen, weil das Land aufgrund seiner Bevölkerungsdichte und der hohen Qualität der Infrastrukturausstattung als Testmarkt für international tätige Projektentwicklungsgesellschaften angesehen wird.

Herausragendes Beispiel ist die West-Edmonton-Mall (WEM) in Edmonton, deren Bau 1,1 Milliarden kanadische Dollar verschlungen hat. WEM gilt als „das größte Einkaufszentrum der Welt“ mit dem „größten Parkplatz der Welt“ aufgeführt. Hier sind mehr als 800 Geschäfte, darunter zehn der größten Kaufhäuser, 19 Kinos und 110 Restaurants und Imbisse zu finden; 15 000 Angestellte sind beschäftigt. Der Gesamtkomplex bietet weiter riesige Freizeiteinrichtungen wie zum Beispiel einen Wasserpark, die Nachbildung einer europäischen Straße sowie den größten Hallenvergnügungspark der Welt. Daneben beherbergt es das Fantasyland Hotel mit 354 Zimmern. WEM gilt als

*Die nordrhein-westfälische Ausschußdelegation und ihre Begleitung vor dem Parlamentsgebäude in Edmonton/Kanada.*



erster und einzigartiger Versuch, in diesem Großprojekt Einkauf mit Freizeit und Unterhaltung zu verknüpfen. Der Erfolg dieses Konzeptes zeigt sich auch in der durchschnittlichen Verweildauer der Besucher, die mehrere Tage beträgt. Allerdings geht dies – wie sich die Reisegruppe überzeugen konnte – zu Lasten der Innenstadt von Edmonton, die ihre Versorgungsfunktionen an das riesige Einkaufszentrum abgetreten hat.

Dagegen steht das Einkaufszentrum „The Toronto Eaton-Center“. Diese innerstädtische Mall mit ihren knapp 150 000 Quadratmetern Verkaufsfläche wird seit ihrer Gründung im Jahr 1977 laufend vergrößert. Das Eaton-Center hat – wegen seiner Größe, seiner besonderen Gestaltung und auch wegen seines innerstädtischen Standortes – inzwischen weltweit Aufmerksamkeit erzeugt. Von besonderem Interesse ist unter anderem die Einbindung dieses Einkaufszentrums in ein gesamtstädtisches Galerisystem. So wird die Innenstadt nachhaltig gestärkt.

Auch in der nordrhein-westfälischen Wohnungsbaupolitik gibt es Handlungsfelder, die in Kanada anhand der vorliegenden Erfahrungen und Beispiele diskutiert wurden. Gerade Kanada ist weltweit bekannt für seine gute und fortschrittlich organisierte Bauqualität. Dazu ergaben sich in Ottawa, Toronto, Edmonton sowie Vancouver Gesprächs- wie Besichtigungsmöglichkeiten zu den Themen Holzbaweise, nachhaltiges Bauen, Nutzung regenerativer Energien und Geothermie.

Kanada ist heute der führende Hersteller von energiesparenden Holzhäusern in der Welt und bietet die Häuser auf dem internationalen Markt an. Die kanadischen Fertigbauhäuser in ihrem Komplettanlagensystem sind das Ergebnis langjähriger Erfahrung. Wer sich für ein kanadisches Fertigbauhaus entscheidet, dem bieten sich nach Aussage der Gesprächspartner folgende Vorteile: Zuverlässige Lieferung, rascher Aufbau, geringe Materialverschwendung sowie praktisch kein Bauschutt am Standort. Dank der Erfahrungen können die Nutzer auf geringere Heiz- und Kühlkosten setzen und verfügen zu allen Jahreszeiten über ein angenehmes Wohnklima. Darüber gelten die kanadischen Fertigbauhäuser dank ihrer Strukturfestigkeit als besonders wind- und erdbebensicher.

Im Laufe der Jahre hat sich in Kanada, wie auch im Ausland, die technisch ausgereifte Holzrahmenbauweise zum Standard der Wirtschaftlichkeit und Preisgünstigkeit entwickelt. Sie gewährleistet hohen Komfort in energiesparenden Wohnhäusern von hoher Lebensdauer. In Kanada ist die Holzrahmenbauweise zu einem leistungsfähigen, kostengünstigen System entwickelt worden. Das gilt sowohl für Großprojekte als auch für Einzelhäuser.

Nicht zuletzt aus der klimatischen Notwendigkeit heraus hat Kanada in der Bauwissenschaft und deren Forschungs- und Entwicklungsbereichen – etwa bei der Untersuchung der Luft-, Wärme- und Feuchtigkeitsverhältnisse – die Führung übernommen. Diese Fortschritte bieten Energieersparnis, lange Lebensdauer und hohe Luftqualität im Wohnbereich. Brand- und Schallschutz gewährleisten in Einzelhäusern wie in Hochhäusern hohe Sicherheit und ruhiges Wohnen. Kanadische Wohnungsbausysteme haben zusammen mit fortschrittlichen Heizsystemen, Ventilatoren zur Wärmerückgewinnung und verbesserten Dämmstoffen zu immer leistungsfähigeren Wohnungen geführt, die auch für das Ausland zunehmend interessant sind.

Harald Holler

## „Tag der offenen Tür“ im Landtag – Zehn Jahre neues Gebäude am Rhein

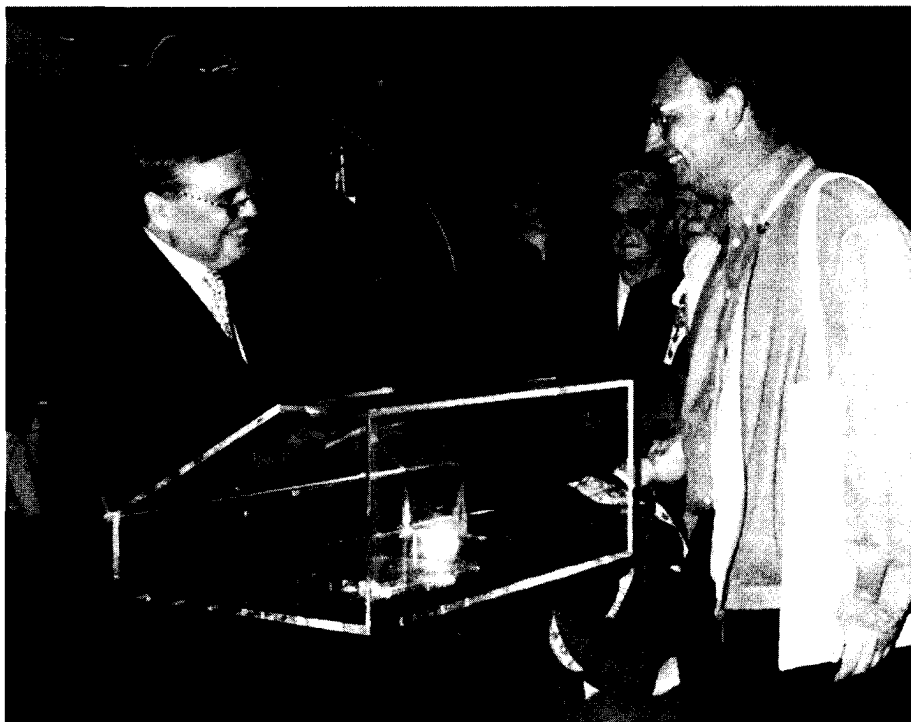
### Fast 50 000 informierten sich über das Hohe Haus

Das Wetter spielte mit und annähernd 50 000 kamen: „Tag der offenen Tür“ im nordrhein-westfälischen Landtag. Besser: Offene Tage. Denn das Landesparlament hatte sich an einem ganzen Wochenende für interessierte Bürgerinnen und Bürger geöffnet. Von 9 bis 18 Uhr konnte am Samstag, 29. und Sonntag, 30. August das Hohe Haus am Rhein besichtigt werden. Auch die Fraktionen standen in ihren Bereichen Rede und Antwort. Natürlich gehörte Musik dazu. Auf einer Innenbühne im Foyer des Landtages sowie auf einer Außenbühne wurde ein buntes Programm geboten. Erstmals hatten sich auch der WDR sowie das Apollo-Theater als unmittelbare Nachbarn des Landesparlaments der Offenen Tür angeschlossen. Gegenüber „Landtag intern“ begrüßte Landtagspräsident Ulrich Schmidt die neue Gemeinsamkeit „unter guten Nachbarn“.

In der Tat profitierten Landtag, Rundfunk und Varieté-Theater voneinander. Wer sich für die Arbeit des Parlaments interessierte, für den war es naheliegend, auch einen Blick in das Düsseldorfer Funkhaus des Kölner Senders zu werfen. Und vom Theater waren es nur ein paar Schritte bis zum Landtag. „Wir leben alle vom gleichen Menschenstrom“ meinte der Landtagspräsident denn auch und gab seiner Freude über das Besucheraufgebot Ausdruck. Unter lebhaftem Interesse von Groß und Klein schrieb Ulrich Schmidt an seinem angestammten Rednerpult im Eingangsbereich Autogramme.

Im Programm waren Besucherinnen und Besucher bereits von ihm eingestimmt worden, unter anderem mit dem Hinweis auf ein kleines Jubiläum. Der Präsident wies darauf hin, daß der neue Landtag am Rhein vor zehn Jahren seiner Bestimmung übergeben worden sei. Seither beherberge er die gegenwärtig 221 Abgeordneten, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Fraktionen sowie die Bediensteten der Landtagsverwaltung. Schmidt ging auch auf den Zweck der Veranstaltung ein. Die beiden Tage der offenen Tür sollten allen Gelegenheit geben, das Haus der Volksvertretung des Landes Nordrhein-Westfalen mit seinen rund 18 Millionen Einwohnern kennenzulernen. Dabei konnten die Besucher sich das Informationsangebot des Hauses zu eigen machen und den Landtag im Internet und Intranet erleben. Sie bekamen dabei Gelegenheit, selbst zu surfen. In der Infothek im Lesesaal der Bibliothek konnte in die Dokumentation der Parlamentsarbeit Einblick genommen werden, zum einen in die nordrhein-westfälische Dokumentation, zum anderen in die Dokumentation der Parlamentsarbeit in Europa, im Bund und in den Ländern.

Anziehungspunkt für viele war ferner die Videoschau „50 Jahre Landtag Nordrhein-



Autogramme für Besucherinnen und Besucher: Landtagspräsident Ulrich Schmidt am Pult. Fotos: Schälte

Westfalen“ im Vorführsaal des Hauses. Dort erlebten die Älteren noch einmal, wie 1962 erstmalig schwarze Fahnen über den Ruhrzechen aufzogen, wie die erste große Energie-debatte in den frühen 60er Jahren im Landtag über die Bühne ging, wie sich im Parlament eine Kohlefraktion gründete. Sie konnten auf der Leinwand verfolgen, wie zwei Jahrzehnte Vormachtstellung der CDU



Rundgang über drei Stockwerke und zur Tribüne mit dem gläsernen Aufzug.

in dem noch jungen Land zu Ende gingen, wie dann über 14 Jahre eine SPD/FDP-Koalition regierte und schließlich die SPD bis 1995 und danach in Koalition mit den GRÜNEN das politische Heft in die Hand nahm. Von der Verordnung 43 der britischen Militärregierung, durch die am 23. August 1946 das Land Nordrhein-Westfalen aus der Taufe gehoben wurde, bis zum 7. September 1988, jenem herausragenden Tag, an dem die festliche Einweihung des neuen Landtages am Rhein in Düsseldorf erfolgte, hatte der aufmerksame Bürger die Chance, sozusagen im Schnelldurchgang seine Kenntnisse über NRW aufzufrischen.

Wer seinen Durchgang lieber lockerer angeht und eher auf ein Ständchen als auf Statements aus war, der kam beim musikalischen Programm auf seine Kosten. Und da die Musikanten, alles Amateure, häufig Brauurstücke lieferten, hier die Chöre und Formationen in der Reihenfolge ihres Auftritts von Samstag 11 Uhr an: Kinderchor Tonika der Musikschule Minsk/Weißrußland, Detmolder Schloß-Spatzen Kinderchor, Männergesangverein Eintracht Leuscheid, Kreisjugendorchester Heinsberg, Jugendchor der Humboldt-Schule Kerpen-Buer, Saxophonquartett der Musikschule Herten, Trompetenensemble der Musikschule Gelsenkirchen, Century Past, Present & Future, Castrop Rauxel (Revue), Wellblech Jazz GmbH Hennef, Männergesangverein Eitorf, Frauenchor 1970 Banfe, Spielmannszug Altenseelbach, Soester Kinder- und Jugendchor, Menskes-Chöre vom Niederrhein, Jazzensemble der Musik- und Kunstschule Remscheid, Saxophonquartett der städtischen Musikschule Meschede, Donie-Band Brühl – Bigband, EASTSIDE FIVE, Unna, Jazzband sowie die Bigband der städtischen Musikschule Lünen.

## Sondersitzung zur Antwerpes-Wohnung

*Eine öffentliche Sondersitzung des Haushaltskontrollausschusses hat am 2. September auf Antrag der CDU-Fraktion stattgefunden. Unter der Leitung von Elke Tahorst (SPD) ging es um das Haus im Besitz des Landes, in dem der Kölner Regierungspräsident Antwerpes eine Mietwohnung hat. Während die SPD-Fraktion eher an Wahlkampf dachte und die Eilbedürftigkeit der Sitzung nicht zu erkennen vermochte – Gisela Ley (SPD) sah auch eine mögliche Fluchtgefahr des Betroffenen als nicht gegeben an – wollte die Opposition Aufklärung über Widersprüche in den Darstellungen von Finanzministerium (FM) und des Kölner Regierungspräsidenten.*

In der Sitzung ging es um den Umfang von Instandsetzungsarbeiten, um den von Antwerpes gezahlten Mietzins und um eine mögliche Interessenkollision zwischen Mieter (Regierungspräsident Antwerpes) und Verwalter des Mietobjekts (Regierungspräsidium Köln). Michael Breuer (CDU) nahm den Regierungspräsidenten ins Visier: Der habe in der Frage von Mietsteigerung durch wertsteigernde Maßnahmen sinngemäß er-

klärt, daß er es für „dumm“ halte, als Mieter selbst in dieser Richtung vorstellig zu werden. Darin sah Breuer keine Vorbildfunktion eines hohen Beamten, denn dahinter stehe das Motto „Lieber intelligent und gerissen als dumm und ehrlich“. Der Abgeordnete weiter: Dieser Regierungspräsident sei für das Land nicht tragbar; der Ministerpräsident solle möglichst schnell „durchgreifen“, denn jeder weitere Tag, der verstreiche, irriere die Bevölkerung.

FM-Staatssekretär Ernst Gerlach bemühte sich, den Schlagabtausch in dieser Sache auf die Ebene zu führen, auf die er nach seiner Meinung hingehöre, nämlich auf das Niveau einer ganz normalen und alltäglichen Mietstreitigkeit, mit der jeder konfrontiert werden könne. Die Kontrollfunktion des Finanzministeriums habe funktioniert, wies er den entsprechenden Vorwurf zurück und erklärte sich vorab mit dem ersten Abschnitt des Punktes 3 des Beschlußvorschlags einverstanden, den die CDU-Fraktion in der Sitzung verteilte und der Gegenstand der weiteren Ausschlußberatungen sein wird.

In diesem Beschlußvorschlag (Breuer: Wir wollen nach vorne sehen) verlangt die CDU in Zukunft mehr Transparenz und Kontrolle bei der Verwaltung landeseigener Liegenschaften, besonders in Fällen, in denen der Verwalter selbst ein landeseigenes Objekt privat nutzt. In Punkt 3 heißt es: „Wir fordern

ein professionelles Gebäudemanagement für landeseigene Immobilien. Da keine hoheitlichen Tätigkeiten anfallen, muß das Gebäudemanagement nicht zwingend durch staatliche Organe erfolgen und kann auch auf private Gesellschaften übertragen werden.

Der zweite Absatz des Abschnittes lautet: „Soweit das Gebäudemanagement durch staatliche Organe erfolgt, muß die Aufsicht der Verwaltung der landeseigenen Wohnungen beim Finanzminister liegen, wenn ein Interessenkonflikt, wie im Fall Antwerpes, vorliegt. Insbesondere immer dann, wenn der Verwalter selbst Mieter einer landeseigenen Wohnung ist.“

Im Verlauf der Sitzung wurde zudem deutlich, daß es sich bei dem fraglichen Haus um, wie es der Sprecher des Bauministeriums, Dr. Ulrich Giebeler, formulierte, „einen überdurchschnittlich saniierungsbedürftigen und unter Denkmalschutz stehenden Altbau von 1911“ handele. Die in den Medien genannte Summe von 978 000 Mark für Instandhaltung beziehe sich nicht allein auf die Wohnung des Regierungspräsidenten im Erdgeschoß, sondern auf das gesamte Haus. Das erklärte der Ministeriumssprecher auf die Frage von Gisela Ley (SPD), ob das Land nicht wie jeder andere private Immobilienbesitzer verpflichtet sei, ein denkmalwertes Gebäude zu unterhalten.

## Integration hemmt Kriminalität

*In der Sitzung des Ausschusses für Migrationsangelegenheiten Ende August unter Vorsitz von Christiane Bainski (GRÜNE) fand ein weiteres Fachgespräch mit Sachverständigen von Verbänden und Organisationen aus dem Migrationsbereich statt. Es handelte sich dabei um dasselbe Thema wie bei Anhörung des Ausschusses am Beginn des Jahres: „Ausländerkriminalität – Konstrukt und Wirklichkeit/Mögliche Ursachen für Kriminalität und politische Handlungskonzepte.“*

Ercüment Toker (Sprecher des Arbeitskreises Immigration des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes NRW) bemängelte, daß die Migrantenfamilien zunehmend ihre Funktion verlieren. In der Sozialarbeit gebe es zwar sehr viele Maßnahmen, die einzelne Zielgruppen der Migranten und Migrantinnen für sich definiert hätten, aber fast keine, die die Migrantenfamilie als ganzes betrachteten. Die Familie sei eine wichtige Instanz im Rahmen der Sozialisierung.

Dr. Hakan Akgün (Leiter der Remscheider Regionalen Arbeitsstelle zur Förderung ausländischer Kinder und Jugendlicher – RAA) benannte die Ursachen für die allgemeine gestiegene Jugendkriminalität und zusätzliche Faktoren wie Sprachschwierigkeiten, kulturelle Diskrepanzen und Benachteiligungen. Als Präventivmaßnahme schlug er ein flächendeckendes Beratungsnetz für Schulabgänger aus Zuwandererfamilien vor. Ein weiterer wichtiger Ansatzpunkt sei die Zusammenarbeit zwischen RAA, Polizei, Schulen und Jugendamt. Hierbei sollte die RAA den Kontakt zur Familie herstellen und durch gezielte Förderungen und Unterstützung den schulischen Erfolg oder die Chancen für einen Ausbildungsplatz verbessern.

Christiane Certa, Abteilungsleiterin bei der Landesstelle Unna-Massen, sprach für den Bereich der Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler. Die Jugendlichen hätten Sprachprobleme und könnten sich in der zugewiesenen Gemeinde nicht verständigen; sie hätten schlicht und einfach Langeweile. Sie zögen sich in Gruppen zurück, in denen sie russisch sprechen können, sie verbrächten ihre Frei-

zeit auf der Straße. Wichtig sei es, das Selbstwertgefühl der Zuwanderer zu stärken. Weiter forderte sie, daß nach dem Bielefelder Modell Arbeitsverwaltung, die Kommunalverwaltung und die Verbände Probleme direkt angehen und gemeinsam Lösungen suchten.

Dr. Elvira Spötter (Arbeitsgemeinschaft Katholischer Jugendsozialarbeit NRW) hielt es für kriminalitätsfördernd, wenn die soziokulturelle Integration erschwert oder nicht gegeben sei. Sie forderte zielgerichtete Hilfen für die Jugendlichen, die den Wechsel des bildungs- und soziokulturellen Systems allein nicht in so kurzer Zeit bewältigen könnten. Für sinnvoll hielt sie die Durchführung von Intensivsprachkursen etwa in Förderschulinternaten mit sozialpädagogischen Hilfen. Für straffällig gewordene Jugendliche hielt sie auch die Auflage zur Teilnahme an zweisprachig durchgeführten Bildungsseminaren und Sozialstunden für hilfreich.

Tayfun Keltok (Landesarbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte) stellte zusammenfassend fest, daß eine Ethnisierung der Kriminalität nicht hilfreich sei und nur zu mehr Problemen führe, weil es dadurch zu einer Spaltung der Gesellschaft komme. Das Ziel, ein friedliches Zusammenleben aller Menschen in dieser Gesellschaft zu erreichen, sei dadurch gefährdet.

Dr. Karl-Heinz Dries konstatierte, aus seiner Sicht werde gegen besseres Wissen der Tatbestand ausländischer Jugendkriminalität verschwiegen. Als Jugendrichter habe er die Erkenntnis gewonnen, daß einzelne Gruppen von Ausländern ein vor 20 Jahren nicht gekanntes Ausmaß an Gewalt erzeugten. Er

sprach sich dafür aus, auch Druck auf Eltern ausüben zu können.

Dr. Lale Akgün (Leiterin des Landesentrums für Zuwanderung) sah die Notwendigkeit von Grundlagenforschung, um ausschlaggebende Faktoren für das Entstehen von Jugendkriminalität herauszufiltern. Auf einer solchen Basis ließen sich dann gezielte Konzepte zur Auflösung des Problems formulieren.

Vera Dedanwala (SPD) stellte fest, daß es sich nicht nur um ein Problem der Mehrheitsgesellschaft, sondern um ein mindestens ebenso großes für Migrantenfamilien handle. Verantwortlich für Kriminalität sei ein ganzes Bündel an Umständen, unter denen besonders die Gruppe der Heranwachsenden leide. Ein wesentliches Element, Kriminalität zu vermeiden, sei das „sich zu Hause fühlen“. Leider sei Ausgrenzung eines der stärksten Signale, das unsere Gesellschaft aussenden könne.

Oliver Wittke (CDU) widersprach ausdrücklich der These, es existiere keine Ausländerkriminalität, sondern allenfalls Jugendkriminalität. Darin sah er den Weg zu einer Tabuisierung vorhandener Sachverhalte.

Ausschlußvorsitzende Christiane Bainski (GRÜNE) erinnerte daran, daß Migrantenfamilien tatsächlich in ein gewisses „Beratungs-Nichts“ fielen. Zwar lasse sich der höhere Anteil an Kriminalität bei Nichtdeutschen und Aussiedlern statistisch gesehen nicht leugnen, der Schluß jedoch, bestimmte Gruppen neigten qua Herkunft eher zur Kriminalität, sei völlig falsch. Festzustellen sei auch, daß gerade männliche Jugendliche und Heranwachsende in der Regel deviantes Verhalten zeigten, diese Gruppe sei bei den Migranten größer als in der deutschen Wohnbevölkerung. Auch verstärkte Sanktionen würden nicht zu einer Lösung führen. Gerade in den 80er Jahren, als die Jugendkriminalität prozentual noch höher war als heute, wurden harte Strafen und geschlossene Einrichtungen zurückgenommen, dennoch sei die Jugendkriminalität erheblich gesunken.

Frank Schlichting

## Der erste NRW-Wirtschaftsminister starb 1953 nach einer Wahlveranstaltung

# Erik Nölting war ein vehementer Gegner der Demontage

*Wer war der erste Wirtschaftsminister Nordrhein-Westfalens? Das ist wohl eine von den Fragen, die nicht wenigen bei einem Test zur Allgemeinbildung Schwierigkeiten bereiten würde. Manchen mag da der Name Erik Nölting einfallen. Doch was er als Politiker in Nordrhein-Westfalen bewegt hat und wer dieser Mann eigentlich war, ist vielen nicht bekannt.*

*Sollten Zeitgenossen ein wesentliches Merkmal des ersten NRW-Wirtschaftsministers bezeichnen, so würden sicherlich einige seine Wortgewandtheit und Schlagfertigkeit in Diskussionen betonen. Denn Erik Nölting war ein Mann mit besonderem Vergnügen an Sprache und Rhetorik. Er starb vor 45 Jahren.*

Nicht nur als sprachgewaltigen Diskussionspartner erlebten ihn seine Mitmenschen, sondern auch als umfassend gebildeten, intellektuellen Menschen mit vielseitigem kulturellen Interesse, als Zeitgenossen, der das Geschehen um sich herum und die Menschen seiner Umgebung kritisch beobachtete und als Sozialdemokraten, der auf theoretischer wie praktischer Ebene für die Umsetzung seiner Ziele kämpfte.

Karl Wilhelm Erik August Nölting, am 20. November 1892 im sauerländischen Plettenberg geboren, wuchs als Beamtensohn in bürgerlichen Verhältnissen auf. Doch schon in seiner Schulzeit versuchte er, sich vom obrigkeitstaatlichen Denken seiner bürgerlichen Umgebung zu lösen. Als Student beschäftigte sich Nölting zunächst mit liberalen Ideen und schloß sich der „Demokratischen Vereinigung“ an, bevor er dann später in die Arbeiterbewegung eintrat. Nölting war Student der Nationalökonomie, Soziologie und Rechtswissenschaft an den Universitäten Halle an der Saale, München, Berlin und Frankfurt am Main. Nachdem er sich am Ersten Weltkrieg als Freiwilliger beteiligt hatte, beendete er im Jahr 1919 seine Studien in Frankfurt bei dem liberalen Ökonomen Franz Oppenheimer. Von nun an war er als Dozent an den Hochschulen in Detmold und Hannover tätig. Im Jahr 1921 trat der spätere NRW-Wirtschaftsminister der SPD bei und blieb ihr bis zu seinem Tod als überzeugter und aktiver Sozialdemokrat treu. 1923 berief ihn der preußische Kultusminister an die Frankfurter Akademie der Arbeit. In der Akademie der Arbeit, die mit Unterstützung der sozialdemokratisch orientierten Gewerkschaften gegründet worden war, bildete Nölting Arbeitnehmer und Gewerkschaftsfunktionäre aus. Die Idee der Aus- und Weiterbildung unterprivilegierter Schichten war ihm zeit seines Lebens ein wichtiges Anliegen.

1928 wurde Erik Nölting für die SPD in den preußischen Landtag gewählt. Fünf Jahre später entließen ihn dann die Nationalsozialisten aufgrund des Berufsbeamtengesetzes wegen „politischer Unzuverlässigkeit“ aus allen Ämtern.

Nölting gehört zu den wenigen Sozialdemokraten, die sich sowohl vor 1933 als auch nach dem Zweiten Weltkrieg für die SPD engagierten und für sie verschiedene Ämter bekleideten. Anders als in der Weimarer Zeit konzentrierte er sich nach dem Zweiten Weltkrieg fast ausschließlich auf den ökonomischen Bereich.

Zunächst als Wirtschafts-experte für die Bezirksregierung in Arnberg tätig, beschäftigte er sich seit August 1945 als Generalreferent für Wirtschaft beim Oberpräsidium Westfalen in Münster.

Seine politische Tätigkeit für das Land Nordrhein-Westfalen begann mit seiner Benennung zum Wirtschaftsminister durch den Ministerpräsidenten des neugegründeten Landes, Rudolf Amelunxen. Als Nölting sein Amt antrat, befand sich das Land in einem wirtschaftlich desolaten Zustand: Wichtige Industrieanlagen waren zerstört, und insgesamt erreichten Industrie und Bergbau nicht einmal ein Drittel ihres Produktionsniveaus von 1936. Zu all dem Übel kam die Drohung der Alliierten hinzu, Teile der deutschen Industrie zu demontieren oder die Anlagen als Reparationen ins Ausland zu transportieren. Hier erwies sich Nölting als einer der vehementesten Demontagegegner, konnte er damals doch noch nicht ahnen, daß die Demontage später teilweise zur Modernisierung und

Sozialisierung ablehnte. Neben dem Kampf gegen die Demontage und dem Einsatz für die Sozialisierung war Nölting als erster Wirtschaftsminister Nordrhein-Westfalens maßgeblich am Aufbau einer Wirtschaftsverwaltung für das neue Land auf der Grundlage einer demokratischen Verfassung beteiligt. Für Nölting war die Gestaltung des wirtschaftlichen Lebens als ein Bereich sozialistischen Wiederaufbaus wesentlich und zentral für die Errichtung einer dauerhaften Demokratie. Dies bedeutet nicht, daß der Politiker Nölting die Wirtschaft als Maß aller Dinge betrachtete. Im Gegenteil: er bekräftigte immer wieder, daß Wirtschaft nie Selbstzweck sei. Vor allem für die Menschen in der Wirtschaft sei es wichtig, sich ein weites geistiges Umfeld zu bewahren, da es „eng und banausenhaft“ wäre, „wollten wir nur noch die ökonomische Problematik sehen und würden wir vergessen, daß es eine höhere Rangordnung, eine übergeordnete Perspektive gibt, in die auch die Wirtschaft sich einzuordnen hat.“

In seiner Zeit als Wirtschaftsminister für Nordrhein-Westfalen bis zum Jahr 1950 übernahm Nölting zeitweise auch das Verkehrsministerium. Weiterhin trat er im Juni 1948 in die Länderratskommission ein, die sich mit dem Investitionsbedarf der Industrie nach der Währungsreform beschäftigte, und seit Dezember 1948 saß er zudem als Vertreter der Länder im Verwaltungsrat der Kreditanstalt für Wiederaufbau sowie in deren Kreditausschuß. Mit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland übernahm Nölting ein Bundestagsmandat und wurde als SPD-Wirtschaftspolitiker von nun an zu einem der unbequemsten Kontrahenten des Bundeswirtschaftsministers Ludwig Erhard, vor allem bei öffentlichen Streitgesprächen. Am 26. Juli 1950 wurde Nölting als einer der deutschen Delegierten zum Europarat gewählt. Hier saß der Sozialdemokrat im Koordinierungsausschuß, im Unterausschuß für Produktionsfragen und im Unterausschuß für Kohle. Als Mitglied im Sachverständigenausschuß des Bundestages, der den Schuman-Plan beriet, lehnte er diesen ab. Er betonte, daß seine Kritik nicht der Idee des Schuman-Plans gelte, sondern dem Resultat der in Paris geführten Verhandlungen: „Man ist eben praktisch, trotz aller guten Vorsätze, bei einem Kartell angelangt, geleitet zwar nicht vom Kapitalmagnaten, aber von Managern, Repräsentanten und Funktionären der einzelnen Regierungen, von denen einige wiederum den vorerwähnten Kapitalmagnaten nahestehen ... Wir fordern ein internationales demokratisches Parlament als Gestalterin einer wahrhaft europäischen Wirtschaftspolitik und eine von ihm abhängige und kontrollierte Exekutivbehörde.“

Seit den 50er Jahren war das Leben des ersten NRW-Wirtschaftsministers und des Abgeordneten im Bundestag zunehmend geprägt von Terminen, Konferenzen und Wahlveranstaltungen für die SPD. Zwar zeichnete Nölting sich zeit seines Lebens durch große Vitalität aus. Der Dauerstreß und seine Herzschwäche machten ihm aber doch zu schaffen.

Zu Beginn seiner Politikerlaufbahn hatte  
(Fortsetzung Seite 22)



Professor Dr. Erik Nölting am Rednerpult im Landtag in den Henkel-Werken in der Sitzung vom 5. April 1948.

stärkeren Konkurrenzfähigkeit der deutschen Industrie beitragen würde. Er kämpfte um jeden Betrieb, der nicht zur Rüstungsindustrie gehörte und erreichte, daß zumindest einige von ihnen aus der Demontageliste gestrichen wurden. So wie er in Nordrhein-Westfalen die alliierten Demontagepläne bekämpfte, so engagierte er sich auf Landes- und auf Bundesebene ebenfalls hartnäckig für die Sozialisierung der Schlüsselindustrien. Am 7. April 1948 betonte er im Landtag: „Ich möchte nicht der Minister sein, der später beim Rückblick auf diese Zeit gestehen muß, daß er nur die Demontage durchgeführt habe, sondern ich möchte der sein, der die Sozialisierung gestaltet.“ Dieser Wunsch scheiterte auf Landesebene an der britischen Militärregierung, die ein Gesetz zur



## Professor Dr. Nölting ...

(Fortsetzung von Seite 21)

Nölting bezüglich seiner Diskussionsfreude einmal in seinem Tagebuch vermerkt: „Ein wirbeliger Tag mit vier Vorträgen. Aber ich glaube, man brauchte mich von meinem Sterbebett nur in ein Versammlungslokal zu tragen, und ich lebte wieder auf.“ Doch das Schicksal meinte es anders mit ihm. Im Alter von 61 Jahren starb er am 15. Juli 1953 in Haan, nachdem er bei einer Wahlveranstaltung der SPD einen Schlaganfall erlitten hatte.

In Rückblick auf seine Stellung in der SPD der frühen Nachkriegsjahre ist festzustellen, daß Erik Nölting dort eher eine Außenseiterrolle einnahm, nicht aber, weil man an seinen fachlichen Qualifikationen zweifelte, sondern weil es ihm nie gelang, sich eine innerparteiliche Hausmacht zu verschaffen.

Astrid Krekelberg

### Literatur

„Aus dreißig Jahren; Rheinisch-Westfälische Politiker-Porträts“, herausgegeben von Walter Först; Grote-Verlag

„Zwischen Tradition und Innovation; Die sozialdemokratische Landtagsfraktion in Nordrhein-Westfalen 1946—1966“; Dieter Düding; Verlag J. H. W. Dietz Nachfolger

„Erik Nölting, Wirtschaftsminister und Theoretiker der SPD (1892—1953)“; Claudia Nölting; Klartext Verlag

## Neue Techniken und Dienste in den Fachhochschulen

Die Landesregierung unterstützt in großem Umfang die Initiativen der Fachhochschulen, neue Techniken und Dienste in den gesamten Hochschulalltag einzubinden. Darauf verweist Wissenschaftsministerin Gabriele Behler (SPD) in Ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage der CDU-Abgeordneten Manfred Kuhmichel, Dr. Renate Düttmann-Braun, Rudolf Henke, Dr. Irmgard Klingbeil, Marie-Theres Ley, Dr. Andreas Lorenz, Hans-Martin Schlebusch und Hubert Schulte. Die Oppositionspolitikerinnen und -politiker berufen sich dabei auf ein Gespräch des Ausschusses für Wissenschaft und Forschung vom 19. März mit der Landesrektorenkonferenz der Fachhochschulen. Die Ministerin teilt in der Antwort mit, allein im letzten Jahr seien Landesmittel in Höhe von 1,329 Millionen Mark eingesetzt worden, um die Fachhochschulen an das Wissenschaftsnetz NRW WissWeb anzuschließen, das Voraussetzung für Multimedia-Anwendungen in den Hochschulen sei. Darüber hinaus stelle das Land 5,154 Millionen Mark als Sondermittel für die hochschulinterne Infrastruktur zur Verfügung. Neben internetfähigen Arbeitsplätzen würden die technischen Grundlagen für die Einbindung für multimediale Elemente in den Hochschulalltag geschaffen, zum Beispiel die Ausstattung eines elektronischen Hörsaals, elektronische Lehrsäle und die Verbesserung der Bibliotheksdienstleistungen. Schwerpunkte in der Lehre bildeten der Bereich Design und medienrelevante Studiengänge.

## Erster Innenminister: ein preußischer Sozialdemokrat

# Bei Verfassungsvorlagen wirkte Walter Menzel entscheidend mit

*Er war ein preußischer Sozialdemokrat, den es nach dem Kriege nach Westfalen und an den Rhein verschlagen hat, von wo aus er entscheidenden Einfluß auf die innerstaatliche Entwicklung Nordrhein-Westfalens und der Bundesrepublik Deutschlands genommen hat. Ende der vierziger Jahre war er ein vielbeachteter Kontrapunkt zu den Positionen der CDU.*

Als er vor 35 Jahren, am 24. September 1963, starb — erst 62 Jahre alt — war es allerdings schon still um ihn geworden.

1901 war er in Berlin als Sohn eines Lehrers auf die Welt gekommen, der es zum Ministerialrat im preußischen Kultusministerium gebracht hatte. Walter Menzel hat-

nem Sachverstand und seinem Fleiß. Er war kein Hemdsärmeliger. Mittelgroß, korrekt im Auftreten und eher introvertiert, vermittelte er Gesprächspartnern Ruhe und Nachdenklichkeit. Er war ein guter Redner, aber kein glänzender. Da stand er im Bundestag eher im Schatten von Volkstribunen wie Erich Ollenhauer, Herbert Wehner oder Carlo Schmid.

Schon 1945 holte Oberpräsident Amelunxen den erfahrenen Verwaltungsjuristen als „Generalreferenten für Inneres“ in die Münsterische Provinzialverwaltung. Nach der Landesgründung 1946 war Menzel vier Jahre lang Innenminister in den Kabinetten Amelunxen und Arnold. Bis 1954 blieb er im Landtag, engagierte sich aber auch schon im Bonner Bundestag; Doppelmandate waren damals nicht selten. Eine hervorragende Rolle hat Menzel im Parlamentarischen Rat gespielt, wo er neben Carlo Schmid der wichtigste Verfassungsspezialist auf Seiten der SPD war. Beim Streit um die künftige Verteilung von Steuern und Finanzen (sie ist erneut strittig) schlug Menzel einen mittleren Weg vor, der dann in Artikel 106 Grundgesetz seinen Niederschlag fand. Im Herbst 1947 (Große Koalition Arnold) hatte Menzel dem Landtag bereits einen ersten, voll ausgearbeiteten Verfassungsentwurf für NRW vorgelegt. Er wurde aber auf Eis gelegt, weil die Beratungen über das Grundgesetz abgewartet werden sollten. Bei den späteren Verfassungsvorlagen im Lande hat Menzel mit neuen Entwürfen aktiv und entscheidend mitgewirkt.

Menzels Staatsvorstellung war unitaristisch. Da stand er ganz in den Traditionen der legalistischen und antiföderalistischen Weimarer SPD. Die Weimarer Republik — so Menzels Lehre aus den zwanziger Jahren — ist an der Schwäche und Handlungsunfähigkeit der Zentrale zugrunde gegangen, und nicht am Zentralismus. Eine Zentralregierung dürfe nicht Kostgänger selbstherrlicher Länder werden.

Diese Thesen konnte die Nachkriegs-SPD nicht durchhalten. Auch in anderen Grundsatfragen mußte sie umdenken und sich an den Realitäten orientieren (Verstaatlichung der Montanindustrie, keine Wiederbewaffnung usw.). Das „Godesberger Programm“ von 1959 ist Ausdruck dieses Wandels. Menzel war 1957 Vorsitzender des Ausschusses „Kampf dem Atomtod“ geworden. Diese bundesweite Initiative hatte starken Widerhall bei Studenten und Intellektuellen sowie kräftige Unterstützung bei den Gewerkschaften gefunden. Aber nach „Godesberg“ und mit dem Aufsteigen Willy Brandts in der Partei wurden auch die militärpolitischen Akzente anders gesetzt. Ein Jahr vor seinem Tode und schon von Herzattacken geschwächt, schrieb Walter Menzel resignierend an einen Freund: „Die Politik ist in vielen Dingen andere Wege gegangen... Ich habe mich daher entschlossen, die Politik... nur noch vom Rande her zu beobachten. Ob der Verstand dann immer mitkann, muß sich herausstellen.“

Wolfram Köhler



Dr. Walter Menzel

te sich in Deutschland umgesehen und in Breslau, Freiburg und Berlin Jura studiert. Die Doktorarbeit behandelte eine Frage der Weimarer Reichsverfassung. Obwohl kein Arbeiterkind, war er aktives Mitglied in der Sozialistischen Arbeiterjugend und im „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“. Damit war eine Ministeriallaufbahn nach 1933 verbaut, aber er konnte als Rechtsanwalt in Berlin tätig bleiben. Walter Menzel hatte in Berlin eine Tochter des ehemaligen preußischen Innen- und Reichsfinanzministers Carl Severing geheiratet. Seine politische Karriere verdankte der „Schwiegersohn des Reichsministers“, wie manchmal gespöttelt wurde, allerdings seinen eigenen Leistungen, sei-

## Landesregierung antwortet auf Große Anfrage 11 der CDU-Fraktion zu PVC in NRW

# Herstellung bei Chlorchemie in engem Verbund mit anderen Produktionslinien

*Polyvinylchlorid, besser bekannt unter seiner Abkürzung PVC, gehört zu den Kunststoffen, die in den neunziger Jahren aufgrund von Gesundheits- und Umweltaspekten zunehmend in die Kritik geraten sind, und die Zündstoff für politische Diskussionen liefern.*

Welche Bedeutung hat die PVC-Branche in NRW in bezug auf Produktion, Umsatz und Arbeitsplätze? Welche Sicherheitsauflagen gelten für PVC-herstellende und -verarbeitende Betriebe in NRW? Welche Strategien für eine Umstrukturierung in der Chlorchemie, weg von PVC, gibt es, die ökologisch und ökonomisch vertretbar sind?

Das sind nur einige der 81 Fragen, die die CDU-Fraktion jetzt in ihrer Großen Anfrage 11 der Landesregierung zur Beantwortung vorlegte. Die Minister sollten Stellung beziehen zum Thema „PVC in NRW“.

Die CDU bemängelte in ihren Vorbemerkungen zum Fragenkatalog: „Die offene Ablehnung von PVC, zumindest durch einen Teil der Landesregierung, bedeutet für die Unternehmen der Chlorchemie in NRW Planungs- und Rechtsunsicherheit.“ Und weiterhin: „Die Landesregierung ist bis heute einer klaren Stellungnahme ausgewichen. Ihre Mitglieder sind immer wieder durch widersprüchliche Äußerungen in der Öffentlichkeit aufgefallen.“ Als Reaktion auf diese Feststellung von seiten der CDU betonte das Wirtschaftsministerium als Antwortgeber, daß es unzutreffend sei, von „widersprüchlichen Äußerungen“ zu sprechen, wenn die einzelnen Ressorts sich doch lediglich mit den unterschiedlichen Aspekten des Industriezweigs Chlorchemie auseinandersetzen. Und von Planungs- und Rechtsunsicherheit für Unternehmen der Chlorchemie könne ebenfalls keine Rede sein. Schließlich produzierten die Unternehmen im Einklang mit den Anforderungen des bundesweit geltenden Umwelt-, Chemikalien- und Gefahrstoffrechts auf Basis bestandskräftiger Genehmigungen.

Fakt sei, daß die chemische Industrie in Nordrhein-Westfalen einen maßgeblichen Wirtschaftszweig darstelle, der wegen seines Arbeitsplatzangebotes und der Forschungsaktivität für die Wirtschaftsstruktur des Landes große Bedeutung habe. Die Landesregierung bemühe sich daher besonders darum, Nordrhein-Westfalen als Chemiestandort zu erhalten, auszubauen und Arbeitsplätze zu sichern. Produktivitätssteigerungen und zu erwartende, steigende Wachstumsraten deuteten auf eine positive Entwicklung im Bereich der Chemie hin. Diese Entwicklung schließe allerdings selbstverständlich nicht aus, „daß im marktwirtschaftlichen Wettbewerb einzelne Produkte oder ganze Produktlinien durch Konkurrenzprodukte ersetzt oder aufgrund öko-

logischer Erfordernisse zurückgedrängt werden.“ Von solchen Entwicklungen sei in den letzten Jahren gerade die Chlorchemie betroffen gewesen, beispielsweise aufgrund der FCKW-Halon-Verbotsverordnung und der Verbote einiger Chlorkohlenwasserstoffe.

Würde die Produktion von PVC wegfallen, so wären auch andere Bereiche betroffen. Denn die Herstellung von PVC erfolge im engen Verbund mit anderen Produktionslinien. Zutreffend sei auch, daß PVC-Produktions- und Verarbeitungsanlagen nicht beziehungsweise nur unter Kostenaufwand auf andere Produkte umgestellt werden könnten. Auswirkungen auf die Arbeitsplätze seien dabei, zumindest für eine Übergangszeit, „nicht auszuschließen“.

Die Frage, welche ökonomisch und ökologisch vertretbaren Strategien es für eine Umstrukturierung, weg von PVC, gebe, beantwortete das Wirtschaftsministerium mit einem Verweis auf die Umweltministerkonferenz vom November 1992. Dort sei schon betont worden, daß der Verzicht auf kurzlebige, meist nicht wieder verwertbare PVC-Produkte ökologisch geboten und in Hinblick auf den Entsorgungsaufwand auch ökonomisch vertretbar sei. Welche ökologisch erforderlichen Gründe es aber rechtfertigen würden, die Verwendung zu Baumaterialien aus PVC zu beschränken, erläuterte das Ministerium mit Hinweis auf den Erlaßentwurf „Umweltschonendes Bauen des Landes“, der sich mit diesem Thema beschäftige, sich zur Zeit aber noch im Verfahren befinde.

Grundsätzliches zur Verwendung von PVC hätten die Regierungsparteien bereits in einer Koalitionsvereinbarung klargestellt, welche besagt: „Die Landesregierung macht sich die Forderung der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages nach einer partiellen Veränderung der Chlorchemie zu eigen, sofern die Alternativen ökologisch erforderlich sowie wirtschaftlich und sozial verträglich sind.“

Diese Forderung sei im Jahre 1994 im Konsens mit der Industrie, der Wirtschaft und der Politik getroffen worden. Das Ministeri-

um betonte, daß die Umstrukturierung in der Chlorchemie nicht ohne oder gegen die Industrie zu realisieren sei, sondern stets nur mit ihr und den betroffenen Arbeitnehmern. Und dies sei in vielen Bereichen in der Vergangenheit bereits gelungen.

In bezug auf die gesundheitliche Relevanz von PVC bestätigte das Ministerium die Auffassung, daß PVC-Bodenbeläge sowohl hinsichtlich der Arbeitsplatzbedingungen bei handwerkgerichtetem Verlegen als auch für den kurz- und langfristigen Aufenthalt in Räumen gesundheitlich unbedenklich seien.

Bei ihrer Großen Anfrage interessierte sich die CDU-Fraktion nicht nur für Aspekte rund um den Einsatz von PVC, sondern auch für seine Wiederverwertung und Entsorgung im Vergleich zu alternativen Ersatzstoffen. Die Wiederverwertung von PVC sei begrenzt, zum einen, weil der Kunststoff bislang nur aus sortenreinen Abfallfraktionen noch einmal benutzt werden könne, und zum anderen, weil die Qualität des Recyclingmaterials PVC nicht immer der ursprünglichen Ware gleichwertig sei, heißt es in der Antwort. Im Gegensatz zum Kunststoff PVC könnten Ersatzstoffe wie Eisen, Stahl oder Aluminium als Metalle ohne Qualitätsverlust recycelt werden. Die Entsorgung von PVC-Abfällen erfolge über Siedlungsabfallbeseitigungsanlagen der öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger sowie über Sonderabfalldeponien und Sonderabfallverbrennungsanlagen.

Trotz der Kritik, die in der Öffentlichkeit häufig an PVC geübt werde, sieht die Landesregierung sich nicht dazu veranlaßt, Maßnahmen zu ergreifen, die die Akzeptanz des viel diskutierten Kunststoffes stärken könnten. Der Werkstoff PVC habe seine starke Machtposition bei verschiedenen Produkten im Wettbewerb mit anderen Stoffen erungen. Insoweit verfüge er über eine breite Akzeptanz bei den Kunden. „Maßnahmen der Politik zur Sicherstellung der Akzeptanz dieses Werkstoffes sind vor diesem Hintergrund nicht erforderlich und würden zudem einen unzulässigen Eingriff in das Marktgeschehen bedeuten.“



*Im Rahmen ihres Austausches mit Volleyballerinnen des S. C. Union 08 aus Lüdinghausen (Kreis Coesfeld) besuchte eine Gruppe junger Sportlerinnen aus Israel auch den Dülmener Landtagsabgeordneten Werner Jostmeier (CDU) im Düsseldorfer Landtag. Mit ihm (r.), der Landtagsvizepräsidentin Dr. Katrin Grüber (l.) und dem CDU-Fraktionsvorsitzenden Dr. Helmut Linssen (2. v. r.) diskutierten die Mädchen aus Israel über die politische Entwicklung in Deutschland. Breiteren Raum nahmen Berichte über die persönlichen Erfahrungen und Begegnungen zwischen deutschen und israelischen Bürgern ein. Von Linssen nach ihren ersten und prägenden Eindrücken befragt, sagte die Spielführerin (hintere Reihe, 2. v. r.): „The Germans we know are very polite and kind.“ Aber auch die Eindrücke nach einem Besuch der Gedenkstätte Bergen-Belsen sowie die Frage einer Teilnehmerin, welche Lehren die Deutschen aus ihrer Geschichte zögen, bestimmten die Gespräche.*

Foto: Schälte

## Pastoren siegten bei Eröffnung des Kirchentages

### Gegen „protestantische Flügelzange“ erwies sich FC Landtag als machtlos

Obwohl vom stundenlangen Stehen im Stau geschwächt, begann der FC Landtag unter den Augen des WDR sehr selbstbewußt gegen eine Auswahl evangelischer Pfarrer zur Eröffnung des westfälischen Kirchentages in Unna.

Das Team hatte, getragen von einem stabilen parlamentarischen Viereck aus Hans Kraft, Peter Bensmann, Bernhard Tenhumberg und dem Alt-Parlamentarier Rainer Maedge, in dieser Anfangsphase auch mehr vom Spiel und ließ sich auch durch den anhaltenden Regen, der den Untergrund tückisch und schlüpfrig machte, nicht von gefälligen Ballstafetten abhalten. Zwei sehr gute Tormöglichkeiten blieben ungenutzt. Die Landtagsmannschaft zeigte sich zu ballverliebt und schwelgte zudem in Erinnerungen an vergangene Tage, in denen sie alle bisherigen Spiele gegen Kirchenmannschaften gewonnen hatte.

Die Strafe folgte dann auf dem Fuße: In der zweiten Halbzeit drehten die Glaubenskicker mächtig auf und verstärkten ihre Sturmreihe auf insgesamt sechs Mann. Diesem Druck war der Landtag nicht gewachsen. Als dann noch die gefürchtete, legendäre protestantische „Flügelzange“ eingesetzt wurde, zerfiel das Spiel der Parlamentarier

von Minute zu Minute. Auch ein letztes Aufbäumen half nicht mehr. Im Glauben gestärkt, mit fühlbarer Hilfe von oben, rang die Pastoren-Auswahl die Weltlichen nieder und ging als verdienter Sieger mit 3:0 vom Platz. Was die Landtags-Elf jetzt dringend benötigt, ist ein Trainingslager, um wichtige Spielzüge immer wieder zu üben.

Hans Kraft

## Landtag berät Haushalt

Der Landtag berät am Mittwoch, 9. September, das Haushaltsgesetz 1999, das Haushaltssicherungsgesetz sowie das Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes NRW an die Gemeinden in erster Lesung. Ebenfalls am Mittwoch debattiert der Landtag über eine Änderung des Polizeigesetzes (Verdachtsunabhängige Kontrollen) auf Antrag der CDU. Es folgt die 1. Lesung einer Änderung des Gesetzes über Tageseinrich-

## Bensmann verletzt

Der Landtagsabgeordnete Peter Bensmann hat sich im Fußballspiel des FC Landtag gegen eine Auswahl evangelischer Pfarrer schwer verletzt. Seine Achillessehne ist gerissen. Das Team des FCL sowie „Landtag intern“ wünschen gute Besserung.

tungen für Kinder im Entwurf der Landesregierung, Ambulante Dienste, Grundsätze für Sozialhilfegewährung und die Fortschreibung des Umsetzungsberichtes zum Klimabericht, alle auf Antrag der CDU, stehen weiter auf dem Programm. Am Donnerstag, 10. September, wird über HDO, die Interessen der Landwirtschaft und Wissenschaftspolitik und die Behebung des Ingenieurmangels, jeweils auf Antrag der CDU, beraten. Ferner stehen die Gesetzentwürfe der Landesregierung zur Änderung des Landesbesoldungsgesetzes, der Landeshaushaltsordnung sowie zur Einführung des Euro für das Land NRW zur Diskussion. Am Freitag, 11. September, wird über Agenda 21 NRW auf Koalitionsantrag sowie über Naturschutz, Medienerziehung und schweinehaltende Betriebe auf CDU-Antrag beraten. Zwei Aktuelle Stunden und eine Fragestunde runden die Plenarwoche ab. Beginn ist an den drei Tagen um 10 Uhr.

## Auch gegen Prosper-Hospital gab es nur Niederlage

Es ist zum Verzweifeln: Erneut kassierte der FCL eine Niederlage – diesmal mit 2:4 gegen die Mannschaft des Prosper-Hospitals Recklinghausen, das sein 150jähriges Jubiläum feiern konnte.

Dabei lieferte das Parlamentsteam auch diesmal wieder eine durchaus respektable Visitenkarte ab: Der Wille, endlich wieder einen Sieg einzufahren, war deutlich zu spüren; es fehlte nicht an Spielwitz, der Einsatz stimmte, manche sehenswerte Kombination gelang, gute Torchancen ergaben sich. Bernhard Kasperek, Oliver Wittke, Bernhard Tenhumberg und Günter Langen bildeten das elastisch agierende Mannschaftsgefüge, und vor allem Spielführer Günter Langen war einmal mehr, sowohl in spielerischer wie kämpferischer Hinsicht, vorbildlich.

Diesmal demonstrierte er seine Qualitäten im ungewohnten Defensivbereich und fegte konsequent die rechte Abwehrseite leer. Und doch: zur Pause führte die Hospitalmannschaft mit 1:0, das ihr wieselflinker Außenstürmer nach feiner Einzelleistung erzielt hatte. Aber noch gab sich der FCL nicht geschlagen. Und nachdem Jens Harmeier nach präzisiertem Steilpaß von Jürgen Cosse mit hartem Flachschuß in die lange Ecke ausgeglichen hatte, drehte der FCL noch mehr auf. Der geschmeidige Österreicher Werner Mayer erzielte dann ein Traumtor, indem er das Leder aus spitzem Winkel über den Hospital-Keeper genau in das obere Tordreieck zirkelte – eine fulminante Mischung aus Lothar Emmerich und Krassimir Balakov.

Und fast hätte sein Sohn Thomas dieses Kunststück wiederholt. Allein das Alu-Quer-

gestänge, früher Latte genannt, verhinderte das 3:1 für den FCL. Das wäre mit Sicherheit der so herbeigesehnte Sieg gewesen. Es wäre ..., aber es kam anders. Die Prosper-Mannschaft schöpfte aus ihrem großen Spielerreservoir und brachte nun frische Kräfte. Und tatsächlich drehte sie den Spieß noch herum. Trotz verzweifelter Gegenwehr konnte der FCL dem Druck nicht standhal-

ten. Dreimal landete der Ball noch im FCL-Netz. Nun steht das ruhmreiche Team am Abgrund. Und im Genick sitzt das hämisch grinsende Abstiegsgepenst mit seinen paralyisierenden Einflüssen auf Psyche und Physis. Die Köpfe sind nicht mehr frei, die Glieder schwer, das Selbstvertrauen hat einen Knacks. Wer und was soll dem FC Landtag NRW noch helfen?



Der Vorsitzende der Enquete-Kommission „Zukunft der Mobilität“, Johannes Rimmel (GRÜNE, 2. v. l.), übergab Landtagspräsident Ulrich Schmidt (2. v. r.) am 2. September in Anwesenheit der Obleute der SPD- und der CDU-Fraktion Walter Bieber (r.) und Gerhard Wächter (l.) den Teilbericht zur „Integrierten Gesamtverkehrsplanung in NRW“. Darin empfiehlt die Kommission dem Landtag, die planerischen Rahmenbedingungen für eine zukunftsfähige Mobilität zu schaffen.

Foto: Schälte

## Kein Rechtsanspruch auf Fernsehempfang

Ein unbeschränkter Rechtsanspruch auf den Empfang von Fernsehprogrammen ihrer Heimatländer stehe Gefangenen nicht zu, weder im Bereich der Untersuchungshaft noch in dem der Straftaft. Gleichwohl sei die Landesregierung bemüht, im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel bei Neubau- und Umbaumaßnahmen durch zentrale Satellitenempfangsanlagen und Verkabelung in den nordrhein-westfälischen Justizvollzugsanstalten Möglichkeiten zum Empfang ausländischer Fernsehprogramme zu schaffen. Das erklärt Justizminister Dr. Fritz Behrens (SPD) in seiner Antwort auf eine Kleine Anfrage der CDU-Abgeordneten Tanja Brakensiek, Karin Hussing und Anne-Hanne Siepenkothen. Sie hatten von Klagen berichtet, wonach es, insbesondere türkischen Häftlingen, nicht immer möglich sei, heimische Fernsehprogramme zu empfangen. Der Minister erläutert ferner, in Anstalten, die nicht über zentrale Satellitenempfangsanlagen oder Verkabelung verfügten, seien bei der Zulassung mobiler Einzel-Satellitenempfangsanlagen bestimmte Kriterien zu berücksichtigen, so beispielsweise der Gleichbehandlungsgrundsatz. Behrens verweist auf einen Beschluß vom Juli 1997, in dem das Landgericht Köln einem Untersuchungsgefangenen die Erlaubnis zum Betreiben einer mobilen Einzel-Satellitenempfangsanlage erteilt habe. Dagegen habe das Oberlandesgericht Koblenz sich — für den Bereich der Straftaft — bereits im Jahre 1994 mit eingehender Begründung gegen die Zulassung einer mobilen Einzel-Satellitenempfangsanlage mit Receiver ausgesprochen und sich unter anderem auf den Gesichtspunkt gestützt, mit der Zulassung einer solchen Anlage werde der Gleichbehandlungsgrundsatz verletzt, da sie nur von einem Teil der Gefangenen mit entsprechend günstig gelegenen Haftraum genutzt werden könne.

## Recycling von Kleinstverpackungen

Die Landesregierung werde sich im Rahmen der Verhandlungen im Bundesrat dafür einsetzen, daß hinsichtlich des Recyclings von Kleinstverpackungen eine unter ökologischen und ökonomischen Gesichtspunkten akzeptable Lösung gefunden werde. Dies erklärt Umweltministerin Bärbel Höhn (GRÜNE) im Einvernehmen mit den Ministerien für Finanzen, Inneres, Gesundheit und Wirtschaft in ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage des SPD-Abgeordneten Hans Kern, die Kritik an der Praxis auch Kleinstverpackungen, wie zum Beispiel Kaffeesahne-Döschen, in gelben Säcken zu sammeln und der Weiterverwertung zuzuführen, aufgeworfen hatte. Frau Höhn räumt die Kritik als berechtigt ein, weshalb die Landesregierung die Zielsetzung unterstütze, ökologisch und ökonomisch nicht sinnvolle Verpackungen, auch Kleinverpackungen, nicht im Rahmen des Dualen Systems zu erfassen. Vielmehr sollen nur solche Verpackungen erfaßt werden, die ökologisch sinnvoll verwertet werden können und für die Ver-



Eine Delegation der weißrussischen sozialdemokratischen Jugend hat Landtagspräsident Ulrich Schmidt (4. v. r.) im Landtag empfangen. Die Gruppe der Maladaya Hramada wurde vom Vorsitzenden Sjarhei Martseu, der stellvertretenden Vorsitzenden Sviatlana Piskun und dem Schatzmeister Alixei Gerasimau geleitet. Der Besuch im Landtag war von der SPD-Abgeordneten Svernja Schulze (4. v. l.) organisiert worden.

Foto: Schälte



Einen Empfang für Schwule und Lesben hat Landtagsvizepräsidentin Dr. Katrin Grüber (im Bild vorne) im Landtag gegeben. Die Vizepräsidentin erinnerte daran, daß es im Februar letzten Jahres bereits ein solches Ereignis im Landtag gegeben habe, bei dem es zu vielen Begegnungen zwischen den Organisationen und der Politik und den Organisationen untereinander gekommen sei. Frau Grüber hatte mit der Feststellung zum Empfang eingeladen, der politische Stellenwert von Lesben und Schwulen sei in den letzten Jahren immer weiter gestiegen. Zwischen ihnen und der Politik würden Gespräche immer selbstverständlicher. Dennoch sei es für viele immer noch nicht möglich, ihre Identität offen zu leben, da sie mit negativen Folgen, u. a. in der Arbeitswelt, rechnen müßten.

Foto: Schälte

wertungskapazitäten tatsächlich vorhanden sind. Auch für die Sammlung von Leichtverpackungen im gelben Sack sei davon auszugehen, daß diese aufgrund des geringen Gewichts der Leichtverpackungen wenig energieeffizient sei. Da diese Verpackungen

in Sortieranlagen im wesentlichen händisch sortiert werden, dürfen die gelben Säcke beim Transport nicht verdichtet werden, so daß vergleichsweise sehr hohe Transportaufwendungen für den gelben Sack notwendig sind (Drs. 12/2945).



**SPD-Fraktion****Straßenbedarfsplan wird nicht vor 2000 fortgeschrieben**

Analog zur Regelung des Bundes bei den Bundesfernstraßen, wird auch der Landesstraßenbedarfsplan nicht vor dem Jahr 2000 fortgeschrieben. „Eine entsprechende Feststellung traf jetzt der Verkehrsausschuß des Landtags“, teilte Heinz Hunger, verkehrspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion mit. Ein gegenteiliger Antrag der CDU habe im Ausschuß keine Mehrheit gefunden. Der derzeit geltende Ausbauplan erfordere noch ein Volumen von rund einer Milliarde Mark. Der CDU-Antrag habe auch deshalb zurückgewiesen werden müssen, so Hunger, weil er Wünsche nach weiteren, neuen Straßen wecke, ohne auch nur ansatzweise sagen zu können, wie und von wem diese finanziert werden sollen.

Zu den vorgesehenen Mitteln für den Straßenbau im Entwurf des Landeshaushaltes faßte die Fraktion nach einem ausführlichen Bericht von Verkehrsminister Bodo Hombach folgenden Beschluß:

Die Fraktion nimmt den Bericht des Verkehrsministers zur Kenntnis.

Mit dem vorgesehenen Baransatz von 100 Millionen DM und der um 50 Millionen DM erhöhten Verpflichtungsermächtigung bei Kapitel 08 084, Titel 883 13, – Baumaßnahmen des Landesstraßenausbauplans – ist es möglich, die laufenden Maßnahmen des Ausbauplans, die vier bekannten Maßnahmen in Gevelsberg, Plettenberg, Wuppertal und Lügde sowie einige wenige strukturpolitisch besonders wichtige weitere Neubaumaßnahmen (z. B. in Rheinhäusen und in Werne) zu finanzieren, wenn der Baransatz bei diesem Titel ab dem Jahr 2000 (bis wenigstens 2005) mindestens 150 Millionen DM beträgt.

Die Fraktion beschließt, bei den Beratungen des Haushaltsplanentwurfs 1999 keine negative Veränderung der Verpflichtungsermächtigungen für den Landesstraßenbau zuzulassen.

Sie fordert die Landesregierung auf, ab dem Jahr 2000 zur Verwirklichung der Maßnahmen jährlich wieder Barmittel in Höhe von 150 Millionen DM zur Verfügung zu stellen. Die Fraktion erwartet, daß diese 150 Millionen DM Barmittel jeweils Teil der Haushaltsentwürfe der Landesregierung sind.

★

Die SPD-Landtagsfraktion begrüßt ausdrücklich, daß die Landesregierung die Voraussetzung für eine zügige Beratung des Kindergartengesetzes geschaffen hat und einen entsprechenden Gesetzentwurf jetzt dem Landtag zugeleitet hat. Der Gesetzentwurf zur Novelle des GTK sei geeignet, das in Nordrhein-Westfalen hohe pädagogische Niveau der Kindergartenbetreuung unter veränderten Rahmenbedingungen zu sichern und gleichzeitig die Dynamik der Kindergartenbetriebskosten zu bremsen. Die Regierungsvorlage berücksichtige, daß die Umwandlung von Regelkindergärten in sogenannte „arme Trägerschaften“ im gesetzlich vorgesehenen und finanziell verkraftbaren Rahmen bleiben müsse. Die Novelle der Landesregierung habe die Vereinbarung zwischen ihr, den freien Trägern, den Kirchen und den kommunalen Spitzenverbänden zur Grundlage. Die Fraktion appellierte an alle Partner dieser Vereinbarung, jetzt mit dazu beizutragen, daß die zwischen ihnen und der Landesregierung fest vereinbarten Ziele zur Sicherung des Kindergartenangebotes auch erreicht würden.

**CDU-Fraktion****Nein zu Kindergartenplänen der Landesregierung**

Der von der Landesregierung vorgelegte Gesetzentwurf zur Änderung des Gesetzes über Tageseinrichtungen für Kinder (GTK) wird von der CDU-Landtagsfraktion abgelehnt. Der familienpolitische Sprecher der CDU, Antonius Rüsenberg, begründet die Haltung seiner Fraktion damit, daß das rot-grüne Bündnis vorrangig das „Spardiktat“ zur Grundlage ihres Handelns in einem sehr wichtigen kinder- und familienpolitischen Bereich mache. Die CDU-Kritik richtet sich insbesondere gegen die ab dem Jahr 2000 beabsichtigte Personalkostenreduzierung um 271 Millionen Mark jährlich.

Rüsenberg wörtlich: „Die vorgeschlagene Personalbemessungsgrundlage führt dazu, daß 4 000 bis 6 000 Erzieherinnen von den Sparplänen betroffen sind – bei insgesamt rund 37 000 Vollzeitstellen für Erzieherinnen in den Kindergärten. Es ist widersinnig, durch Einsparungen im Landeshaushalt im Bereich der Kinderbetreuung Entlassungen herbeizuführen und andererseits millionenschwere Programme im Landeshaushalt einzustellen, um die Arbeitslosigkeit in NRW zu bekämpfen.“

Die von der Landesregierung beschlossene Personalkosteneinsparung steht nach Ansicht der CDU im krassen Widerspruch zur Regierungserklärung des Ministerpräsidenten Clement. Dieser hatte am 17. Juni 1998 erklärt, daß es jetzt darum gehen müsse, „die vorhandenen Mittel effektiver und den Bedürfnissen von Eltern und Kindern entsprechend einzusetzen“. Beschlossen sei aber eine Kostenreduzierung im Landeshaushalt um rund 60 Millionen Mark jährlich. Die CDU bleibt auch weiterhin bei ihrer klaren Absage zur Erhöhung der Elternbeiträge für Kindergärten. „Verlässlichkeit“, so Antonius Rüsenberg, „ist offenbar ein Fremdwort in der rot-grünen Familienpolitik. Noch vor wenigen Monaten wurde den Eltern versichert, daß es keine Erhöhung der Elternbeiträge geben werde. Der Vorschlag der Landesregierung, die Erhöhung der Elternbeiträge mit der Tarifierhöhung im öffentlichen Dienst zu koppeln, ist ein Witz. Die Ausgaben für die dann jährlich entstehenden Verwaltungskosten übersteigen erheblich den angestrebten Einnahmeeffekt.“ Als positiv bewertete es Rüsenberg, daß einige CDU-Vorschläge mit der Novellierung des GTK berücksichtigt werden sollen, unter anderem die Abkopplung der Sachkosten von den Personalkosten mit einem Einsparvolumen von rund 168 Millionen Mark. Bereits 1992 habe die CDU diesen Vorschlag unterbreitet, der jedoch von der Mehrheit im Landtag abgelehnt worden sei. Auch mit der gesetzlichen Möglichkeit, neue Angebots- und Organisationsformen zur Weiterentwicklung im Bereich der Kinderbetreuungsangebote zu erproben, greife die Landesregierung einen im vergangenen Jahr gemachten Vorschlag der CDU-Landtagsfraktion auf.

\*) Diese Mitteilungen liegen in der alleinigen Verantwortung der Fraktionen

**DIE GRÜNEN-Fraktion****Biomüll kompostieren statt verbrennen**

Anläßlich einer Pressekonferenz zur Müllpolitik und zur geplanten Novellierung des Landesabfallgesetzes und den Irritationen um die Biomüllentsorgung erklärte Gisela Nacken, Fraktionssprecherin von Bündnis 90/DIE GRÜNEN im Landtag NRW:

„Die erfolgreiche Abfallpolitik von Umweltministerin Bärbel Höhn soll nun auch gesetzlich verankert werden. Die Landtagsfraktion von Bündnis 90/DIE GRÜNEN hat den Entwurf der Landesregierung zur Novellierung des Landesabfallgesetzes einstimmig begrüßt. Mit der Vorlage des Entwurfes werden wesentliche Ziele GRÜNER Abfallpolitik konkretisiert, wie Vermeidung von Abfällen und von Mülltourismus, die Eindämmung von zweifelhafter Scheinverwertung und die Sicherung der öffentlich-rechtlichen Entsorgungsstruktur. Gerade letzteres ist in letzter Zeit besonders in Bedrängnis geraten, da durch den Begriffswirrwarr des Bundesabfallgesetzes die Anlieferung von Industrie- und Gewerbeabfällen weggebrochen ist, was zu eklatanten Gebührensprüngen führt.“

Irritationen, die vor der Sommerpause zum Thema Biomüll ausgelöst wurden, wollen die GRÜNEN rasch ausräumen. Es gehe im Kern letztlich darum, ob Biomüll kostengünstig und ökologisch kompostiert oder in Müllverbrennungsanlagen teuer verbrannt werden soll. Der umweltpolitische Sprecher der GRÜNEN Landtagsfraktion, Johannes Remmel, stellte noch einmal klar, daß die Biotonne nicht zwangsweise eingeführt wird und Eigenkompostierer ausdrücklich belohnt werden sollen.

Remmel: „Im Bereich der Haushalte fallen große Mengen Biomüll an, die alle zu wertvollem Kompost verarbeitet werden können. Biokompost teuer in Müllverbrennungsanlagen zu verbrennen, ist sowohl ökologisch als auch ökonomisch unsinnig und treibt die Gebühren noch weiter nach oben. Wenn der Bioabfall getrennt entsorgt wird, verringern sich also dadurch auch die Kosten für die Restmüllentsorgung und kommen allen Gebührenzahlern zugute. Wir wollen eine flächendeckende Biokompostierung, wir wollen ortsangepaßte Lösungen, wir wollen Eigenkompostierer belohnen, und wir wollen sozial und ökologisch verträgliche Müllgebühren.“

Die GRÜNE Landtagsfraktion wird sich darüber hinaus im Rahmen der nun anstehenden Beratungen für die verstärkte Bekämpfung von Scheinverwertung und Umweltkriminalität im Bereich der illegalen Abfallbeseitigung einsetzen. Sie fordern daher eine zentrale Stelle zur Erfassung der Sonderabfälle, die Einführung einer sog. Andienungspflicht für besonders überwachungsbedürftige Abfälle und die Verankerung von Regelungen zur Kontrolle und Überwachung.

Geht es nach dem Willen der GRÜNEN, soll die Novellierung zügig beraten werden, so daß das Gesetz zum 01.01.1999 in Kraft treten kann. Dies ist wichtig, um Rechtssicherheit herzustellen, damit die Gebührenbescheide 1999 daran ausgerichtet werden können. Ausdrücklich begrüßte die GRÜNE Landtagsfraktion die von der CDU signalisierte Unterstützung der flächendeckenden Biokompostierung sowie der entsprechenden Regelungen im Landesabfallgesetz.



**Gerda Kieninger** (SPD) wurde am 4. September zur Vorsitzenden des Ausschusses für Frauenpolitik gewählt. Die 47jährige gelernte Kauffrau zog 1995, im Dortmunder Norden direkt gewählt, erstmals in den Landtag ein. Die bisherige Vorsitzende **Helga Gießelmann** (SPD) übernimmt die Aufgabe der Sprecherin ihrer Fraktion im Frauen-Ausschuß, nachdem **Brigitte Speth** (SPD) wegen übergeordneter Aufgaben in der Fraktionsführung aus dem Ausschuß ausgeschieden ist. Die stellvertretende Fraktionsvorsitzende ist außerdem ordentliches Mitglied im Ausschuß für Kinder, Jugend und Familie.

## Landtagsandacht

Der Beauftragte der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung, Karl-Wolfgang Brandt, sowie der Leiter des Katholischen Büros, Augustinus Henckel-Donnersmarck, laden zur nächsten Landtagsandacht im Landesparlament ein. Die Andacht findet am Donnerstag, 10. September, um 9.15 Uhr im Raum E 3 Z O3 des Landtagsgebäudes statt.

### LANDTAG INTERN

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ulrich Schmidt.  
Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf,  
Postfach 101143, 40002 Düsseldorf  
Redaktion: Eckhard Hohlwein (Chefredakteur),  
Jürgen Knepper (Redakteur), Maria Mester-Grüner  
(Redakteurin), Telefon: (02 11) 8 84 23 03,  
8 84 23 04 und 8 84 25 45, T-Online: \*56801#, FAX  
8 84 30 22

Ständiger Berater des Herausgebers für „Landtag intern“: Dr. Hans Zinnkann, stellvertretender  
Pressesprecher des Landtags  
Redaktionsbeirat Edgar Moron MdL (SPD), Par-  
lamentarischer Geschäftsführer, Heinz Hardt MdL  
(CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer;  
Ute Koczy (GRÜNE), Mitglied des Fraktionsvor-  
stands; Hans-Peter Thelen (SPD), Pressereferent;  
Joachim Ludewig (CDU), Pressesprecher; Sabine  
Lauxen (GRÜNE), Pressesprecherin  
Nachdruck mit Quellenangabe erbeten  
Herstellung und Versand: Tritsch Druck und Ver-  
lag, Düsseldorf, Vertrieb Telefon (02 11) 3 86 36 26  
ISSN 0934-9154

Internet-Adresse: <http://www.landtag.nrw.de/>  
LANDTAG INTERN wird auf umweltschonend her-  
gestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

## Porträt der Woche

Als Zwanzigjähriger „nimmt man den Mund oft voll“, und meint, vieles besser machen zu können, resümiert Rolf Seel. Doch reden könne jeder, man müsse auch selbst anpacken, meinte damals der gebürtige Kreuzauer und trat 1975 in die CDU ein. Noch im selben Jahr schickte die Partei das Neumitglied als sogenannten sachkundigen Bürger in den Sozialausschuß des Gemeinderates seines Heimatortes. Vier Jahre später wurde er in das Kommunalparlament gewählt, wo der Christdemokrat seitdem in verschiedenen Funktionen sich für die gemeindlichen Belange engagierte – als stellvertretender Bürgermeister und seit 1992 als Fraktionsvorsitzen-

der. Auch der berufliche Werdegang von Rolf Seel wurde vom Kommunalen bestimmt. Nach Besuch der Real- und der Höheren Handelsschule absolvierte er die Inspektoren-Ausbildung bei der Stadt Düren. Als späterer Sportreferent gab er den 115 (!) Sportvereinen mit ihren 31 000 Mitgliedern viele Impulse. Aber auch der Kulturbereich lag dem früheren Rhythmus-Gitarristen in einer Bigband am Herzen. Nach seiner Wahl in den Landtag 1995 wurde er entsprechend der gesetzlichen Regelung für die Zeit seiner Abgeordnetentätigkeit als Beamter beurlaubt.

Der Christdemokrat holte im übrigen den Wahlkreis 8 Düren II nach zehn Jahren wieder für seine Partei zurück. Die Fraktion berief den Kreuzauer in seinen „Wunschausschuß“, den Sportausschuß, wo er allerdings schnell mit den finanziellen Realitäten konfrontiert wurde.

„Es fehlt das Geld, um sinnvolle Aktivitäten als Abgeordneter auf den Weg zu bringen.“ Sorgen bereiten ihm insbesondere die im Rahmen des „Goldenen Plans“ in den sechziger Jahren errichteten Sportanlagen. Sie müßten heute dringend saniert und modernisiert werden. Auch plädiert er für eine finanziell bessere Entschädigung der Übungsleiter. Was ehrenamtlich geleistet werde, entlaste schließlich den Staat. Im übrigen ist der Abgeordnete auch Kreisvorsitzender der Deutschen Olympischen Gesellschaft.

Im Ausschuß für Haushaltskontrolle, dem Rolf Seel auch angehört, gebe es zwar keine öffentlichen „Highlights“, aber eine Menge Arbeit. Als beson-



Rolf Seel (CDU)

dere Probleme nennt er die vielen Förderprogramme des Landes und den daraus resultierenden großen Behördenapparat. Sie alle müßten auf ihre Effektivität hin dringend überprüft werden.

In der vergangenen Woche ist Rolf Seel zum neuen Vorsitzenden des Ausschusses für Haushaltskontrolle gewählt worden.

Als Mitglied des Ausschusses für Verwaltungsstrukturreform tritt der Christdemokrat ebenfalls für eine radikale Reform der Behördenstruktur in Nordrhein-Westfalen ein. Leider habe die frühere Rau-Regierung dem Parlamentsgremium „Manschetten“ angelegt. Nach der jüngsten Kabinettsverkleinerung hofft aber Rolf Seel, daß die Reform auch bei den Mittelbehörden fortgesetzt werde. Der Bürger sehe sich von einer Unzahl von Ebenen politisch und administrativ „betreut“, die kostspielig und ineffizient seien.

Der Kreuzauer, der sich selbst als „geselliger Mensch“ charakterisiert, betrieb denn auch in seiner Freizeit viele Jahre Mannschaftssport – Fußball. Inzwischen hat der 45jährige wegen der Belastungen als Ratsmitglied und Landtagsabgeordneter schweren Herzens auf das runde Leder verzichtet. Heute joggt der Vater von zwei Söhnen regelmäßig durch die heimliche Region – fünf Kilometer.

Jochen Jurettko

(Das namentlich gekennzeichnete „Porträt der Woche“ ist Text eines jeweiligen Gastautors und muß nicht immer mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen.)

## Zur Person

### Geburtstagsliste

Vom 16. bis 17. September 1998

16.9. **Albert Leifert** (CDU), 62 J.

17.9. **Jutta Appelt** (CDU), 59 J.

17.9. **Anke Brunn** (SPD), 56 J.

17.9. **Siegfried Martsch** (GRÜNE), 45 J.

★

**Edgar Moron** (SPD), Landtagsabgeordneter, ist als Nachfolger der Abgeordneten **Birgit Fischer** (SPD), die ein Ministeramt übernommen hat, vom Landtag als Beisitzer in den Landeswahlausschuß berufen worden. Ebenfalls in dieses Gremium wurde die GRÜNE-Landtagsabgeordnete **Sylvia Löhrmann** für **Dr. Manfred Busch** berufen, der aus dem Parlament ausgeschieden ist. Der Landeswahlausschuß besteht aus dem Landeswahlleiter als Vorsitzendem und zehn Beisitzern, die der Landtag aus seiner Mitte beruft. **Edgar Moron** wurde ferner als ordentliches Mitglied für das Kontrollgremium gemäß Paragraph 23 des nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzgesetzes gewählt. Die Nachwahl wurde gleichfalls durch die Ernennung des bisherigen ordentlichen Mitglieds **Birgit Fischer** zum Mitglied der Landesregierung erforderlich. Zum stellvertretenden Mitglied wählte der Landtag **Frank Baranowski**. Auch bei der Nachwahl als Mitglied für den ständigen Ausschuß gemäß Artikel 40 der Landesverfassung wurde **Edgar Moron** für **Birgit Fischer** gewählt. Als stellvertretendes Mitglied für den ausgeschiedenen **Wolfram Kuschke** rückte der SPD-Abgeordnete **Dietrich Kessel** nach. **Edgar Moron** wurde darüber hinaus, gleichfalls für **Birgit Fischer**, vom Landtag als ordentliches Mitglied für den Wahlprüfungsausschuß bestimmt. Der SPD-Landtagsabgeordnete **Frank Sichau** ist als Nachfolger von **Wolfram Kuschke** (SPD), der aus dem Landesparlament ausgeschieden ist, als ordentliches Mitglied in den Parlamentarischen Untersuchungsausschuß I gewählt worden. Die Wahl als stellvertretendes Mitglied fiel auf die SPD-Abgeordnete **Brigitta Heemann**. Zum ordentlichen Mitglied des Stiftungsrats der „Stiftung des Landes Nordrhein-Westfalen für Wohlfahrtspflege“ hat das Parlament in Düsseldorf den SPD-Abgeordneten **Horst-Dieter Vöge** gewählt. Auch hier mußte der ausgeschiedene Abgeordnete **Wolfram Kuschke** ersetzt werden.

★

**Dr. Wolfgang Meyer-Hesemann** ist von der Landesregierung bereits am 30. Juni 1998 zum neuen Staatssekretär für das Ministerium für Schule und Weiterbildung, Wissenschaft und Forschung ernannt und jetzt von Landtagspräsident **Ulrich Schmidt** empfangen worden. Er ist im Bildungsministerium für den Bereich Schule und Weiterbildung verantwortlich. Der Jurist Meyer-Hesemann erwarb erste berufliche Erfahrungen von 1981 bis 1984 als Verwaltungsrichter in Münster. 1985 übernahm er die Geschäftsstelle des Rundfunkausschusses Nordrhein-Westfalen, der Vorläufereinrichtung der Landesanstalt für Rundfunk. Seit 1987 war er in verschiedenen Positionen in der Staatskanzlei tätig, u. a. als Persönlicher Referent des heutigen Ministerpräsidenten **Wolfgang Clement** (SPD).

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



## Clemens August und seine Epoche

Eine Epochenausstellung wird im Jahr der Jahrtausendwende im Schloß Augustusburg in Brühl (Bild) inszeniert. Sie trägt den Titel „Der Reiß im Himmel — Clemens August und seine Epoche“. Veranstalter sind der Landschaftsverband Rheinland, die Stadt Köln, die Stadt Bonn und die Stadt Jülich. Denn die Augustusburger Schau kommt nicht alleine daher. Den thematischen Kontrapunkt zum höfischen Glanz von Schloß Augustusburg gibt eine Ausstellung des Kölnischen Stadtmuseums in Köln. Die Metropole Kurkölns hatte in ihrer Entwicklung als freie Reichsstadt die politische Herrschaft des Kurfürsten abgeschüttelt, blieb aber geistiges und geistliches Zentrum der Region. Ferner sollen ergänzende Ausstellungen im Stadtmuseum in Bonn und in der Zitadelle in Jülich zusätzliche Aspekte des Themas aus der Sicht einer Residenz und einer Festungsstadt präsentieren. Mittelpunkt der Epochenausstellung vom Mai bis Oktober 2000 aber wird das Juwel des Rheinischen Rokoko, Schloß Augustusburg sein. Für die Epochenausstellung ist eine umfassende Auswahl hervorragender Meisterwerke aus Malerei, Skulptur und Kunstgewerbe dieser Zeit vorgesehen. „Macht und Herrschaft, Frömmigkeit und Lebenslust nehmen Gestalt an. Von fürstlich gedeckten Tafeln gelangt die Besucher in verschwiegene Bade- und Puderräume“, heißt es in einer Vorankündigung. Aber auch die Rückseite der Pracht soll sichtbar werden: Dienstubenzimmer, Kleider- und Wäschekammern erzählen von dem Alltag der einfachen Leute im Schloß. Anlaß für die Gala mit vielen zusätzlichen Veranstaltungen, die die ganze Vielschichtigkeit jener Zeit, den inneren Reiß in der Gesellschaft verdeutlichen sollen, etwa in Beaumarchais „Der tolle Tag“ oder in Gay/Pepuschs „Beggars Opera“, ist der 300jährige Geburtstag des Kurfürsten Clemens August. Wie kein zweiter verkörperte der Kölner Erzbischof und Kurfürst, der von 1700 bis 1761 lebte, die Kontraste der Epoche des 18. Jahrhunderts. Unter seiner Herrschaft vereinigte der aus Bayern stammende Wittelsbacher Prinz das Kurfürstentum Köln und die Bistümer Paderborn, Osnabrück, Münster und Hildesheim. Damit regierte er ein Gebiet, das weite Teile des heutigen Bundeslandes Nordrhein-Westfalen umfaßt. Die Ausstellung im Brühler Schloß wird von der Nordrhein-Westfalen-Stiftung und dem Ministerium für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, Kultur und Sport unterstützt. Das Land Nordrhein-Westfalen ist heutiger Eigentümer der Schlösser und Gärten zu Brühl, neben Augustusburg gehört dazu das Lust- und Jagdschloß Falkenlust. Die beiden Schlösser zählen als Meisterwerke des Rokoko zu den bedeutenden Schöpfungen dieser Stilrichtung. Für Augustusburg zeichnete der bayerische Hofarchitekt Francois Cuvilliers verantwortlich. Das Herzstück des Schlosses ist die Treppe von Balthasar Neumann mit einem Deckenbild von Carlo Carlone. Kurfürst Clemens August hat die Fertigstellung der Augustusburg 1768 nicht mehr selbst erleben können. Seinem besonderen Verhältnis zur Kunst und seiner Baufreude ist es jedoch zu verdanken, daß ein Schloß von Weltrang zwischen Köln und Bonn errichtet wurde. Die Gärten von Brühl mit den Schlössern Augustusburg und Falkenlust wurden 1984 in die Liste der Weltkulturdenkmäler der UNESCO aufgenommen.

Foto: Schälte